

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Diplomatisches Handbuch

Sammlungen der wichtigsten europäischen Friedensschlüsse,
Congreßacten und sonstigen Staatsurkunden vom Westphälischen Frieden
bis auf die neueste Zeit ; mit kurzen geschichtlichen Einleitungen

Ghillany, Friedrich Wilhelm

Noerdlingen, 1855

VIII. Schweiz

VIII.

Bestimmungen des Wiener Congresses über die Schweiz.

(20. März 1815.)

SCHWEIZ.

Die französische Revolution hatte auch in der Schweiz allseitigen revolutionäre Bewegungen veranlaßt, welche schon 1792 eine Einnahme der Franzosen in die Schweizer Verhältnisse herbeiführten. Im Jahr 1798 übten die Franzosen die schweizerische Souveränität auf und setzten an die Stelle derselben eine helvetische Republik. Sie hatte eine Centralregierung zu Yverdon und bestand aus folgenden 13 Cantonen: Bern, Ob- und Nidwalden, Lucerne, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Glarus, Aargau (in diese 4 Cantone war das Gebiet von Nyon getheilt worden), Fribourg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzel A. und S., Thurgau, Graubünden, Valais (dieser Canton war aus Schwyz, Zug, Uri und Unterwalden zusammengesetzt), Sion (gebildet aus Val de Saillon, Aargau und dem Rhodanthal). Diese neue Verfassung fand namentlich bei den Cantonen Schwyz, Uri, Unterwalden und Glarus Widerstand; sie gaben daher Anlaß zur Restauration des Königs Rudolph in den Thron, mußten sich aber bald der französischen Herrschaft fügen. In den folgenden Jahren brachte man verschiedene Verfassungsentwürfe zu Tage, welche den schweizerischen Verhältnissen angemessener sein sollten, sie kamen aber nicht zur Ausführung. Am 19. Juni 1802 wurde in Bern eine in Paris gemachte Verfassung für die Schweiz proklamirt, welche zwar anfangs von den größeren Cantonen angenommen wurde, in wenigen Monaten aber einen großen Theil der Schweiz gegen die Regierung in Bern in Waffen brachte und nur noch in dem zunächst an der französischen Grenze liegenden Schürzen Cantone blieb. Als Rudolph kehrte eine allgemeine Tagessatzung nach Schwyz, die am 27. Sept. 1802 ihre Verhandlungen begann. Maria Theresia war die Kaiserin von Österreich zum Vermittler, verlangte Einstellung aller Feindschaften und die Absetzung von Bevollmächtigten aller Cantone.

Schweiz.

Bestimmungen des wiener Congresses über die Schweiz.

(20. März 1815.)

Die französische Revolution hatte auch in der Schweiz allenthalben revolutionäre Bewegungen veranlaßt, welche schon 1792 eine Einmischung der Franzosen in die schweizer Verhältnisse herbeiführten. Im Jahr 1798 lösten die Franzosen die schweizerische Eidgenossenschaft auf und setzten an die Stelle derselben eine helvetische Republik. Sie hatte eine Centralregierung zu Aarau und bestand aus folgenden 18 Cantonen: Bern, Oberland, Neman, Aargau (in diese 4 Cantone war das Gebiet von Bern getheilt worden), Luzern, Zürich, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Glarus, Baden, Freiburg, Thurgau, Lugano, Wallis, Bellinzona, Waldstädten (dieser Canton war aus Schwyz, Zug, Uri und Unterwalden zusammengesetzt), Säntis (gebildet aus Sct. Gallen, Appenzell und dem Rheinthal). Diese neue Verfassung fand namentlich bei den Cantonen Schwyz, Uri, Unterwalden und Glarus Widerstand; sie griffen unter Anführung des Landammann's Aloys Reding zu den Waffen, mußten sich aber bald der französischen Uebermacht fügen. In den folgenden Jahren brachte man verschiedene Verfassungsentwürfe zu Tage, welche den schweizerischen Verhältnissen angemessener sein sollten, sie kamen aber nicht zur Ausführung. Am 19. Juni 1802 wurde in Bern eine in Paris gemachte Verfassung für die Schweiz proclamirt, welche zwar anfangs von den größeren Cantonen angenommen wurde, in wenigen Monaten aber einen großen Theil der Schweiz gegen die Regierung in Bern in Waffen brachte und nur noch in den zunächst an der französischen Grenze liegenden Gebietstheilen Geltung fand. Aloys Reding berief eine allgemeine Tagsatzung nach Schwyz, die am 27. Sept. 1802 ihre Verhandlungen begann. Allein jetzt erklärte sich der Consul Bonaparte zum Vermittler, verlangte Einstellung aller Feindseligkeiten und die Absendung von Bevollmächtigten aller Cantone

nach Paris, um mit ihnen eine neue Verfassungsurkunde zu entwerfen. Diese neue Verfassung (*Mediationsacte*) erschien am 19. Febr. 1803. Sie gründete sich auf die alten Einrichtungen und Verhältnisse der Schweiz, beschränkte aber die Aristokratie, indem sie die Familienvorrechte auf die Regierungsgewalt aufhob. Die Schweiz zerfiel nach dieser Verfassung in folgende 19 Cantone: Aargau, Appenzell, Basel, Bern, Freiburg, Glarus, Lemman, Luzern, Rhätien (Veltlin blieb jedoch bei Italien), Schaffhausen, Schwyz, Solothurn, St. Gallen, Tessin, Thurgau, Unterwalden, Uri, Zürich, Zug. Jeder Canton hatte seine besonderen Gesetze und Einrichtungen und regierte sich selbst. Die gemeinsamen Angelegenheiten wurden von einer Tagsatzung verhandelt, die sich jährlich abwechselnd in den Vororten Basel, Bern, Freiburg, Luzern, Solothurn und Zürich versammelte. Jeder Canton sandte zu dieser Tagsatzung einen Deputirten, der nach seinen Instructionen stimmte; die Deputirten der sechs größeren Cantone hatten zwei Stimmen. An der Spitze der Tagsatzung stand der Bürgermeister des jeweiligen Vororts unter dem Namen eines Landammann's der Schweiz. Wallis blieb eine gesonderte Republik und wurde 1807 mit Frankreich vereinigt; Neuchâtel wurde 1806 dem Fürsten Berthier als französisches Lehen zugetheilt und gleichfalls dem französischen Reiche einverleibt. So wenig auch diese Verfassung die in Parteien zerfallene Schweiz befriedigte, so wurde sie doch durch die Macht und das Ansehen des napoleonischen Namens aufrecht erhalten; der Kaiser beherrschte die Schweiz, sie mußte beständig ein Contingent von 12000 Mann bei seinen Heeren vollzählig erhalten, das in Spanien und Deutschland mitfocht und auf den Eisfeldern Rußland's fast völlig zu Grunde ging. Nach dem russischen Feldzug begannen sich auch die Parteien in der Schweiz wieder zu regen; die Aristokratie und ihre Anhänger arbeiteten für die Herstellung der alten Verfassung; ihre Gegner suchten die napoleonische aufrecht zu erhalten, die im allgemeinen gewiß den Vortheil gehabt hatte, daß sie die Kämpfe der Parteien niederhielt. Nur das Machtwort der Allirten verhinderte offenen Bürgerkrieg. Am 21. Dez. 1813 rückten die Verbündeten in die Schweiz ein; am 29. Dez. 1813 vereinigten sich zehn Stände auf der Tagsatzung, bevor sie auseinander ging, vorläufig dahin, daß die Mediationsverfassung abgeschafft, der alte Bundesverband wieder hergestellt, jeder Canton im Besitze seines gegenwärtigen Gebietsumfanges erhalten, das Unterthanenverhältniß der ehemaligen Unterthanenlande (Aargau, Thurgau, Tessin und Waadt) aber aufgehoben bleiben sollte. Wiewohl Bern und die Urkantone ihre Ansprüche auf den Rückfall früher ihnen zugehöriger Landestheile hartnäckig behaupteten, so mußten sie sich doch endlich, da sich der wiener Congress für die Uebereinkunft vom 29. Dez. 1813 erklärte, gegen Entschädigung fügen. Im April 1814 versammelte sich eine außerordentliche Tagsatzung, welche, von den Monarchen dazu aufgefordert, auf Grund der Uebereinkunft vom 29. Dez. 1813 eine neue Bundesurkunde entwarf, welche dem wiener Congress zum

Anhaltspunkt für die dort beabsichtigte Ordnung der schweizer Verhältnisse dienen sollte. Dieser Entwurf wurde am 8. Sept. 1814 von den Gesandten aller Cantone, mit Ausnahme von Bern, Freiburg und Waadt, unterzeichnet (vergl. Urkunde 1). Als Gesandte zum Congreß nach Wien wurden Reinhard aus Zürich, damals Landammann der Schweiz, Montenach aus Freiburg und Wieland aus Basel gewählt. Bern für sich sandte v. Zerleder, die neuen Cantone Kengger von Brugg und Monod aus Lausanne. Den bedeutendsten Einfluß aber hatte, ohne eigentlich Gesandter zu sein, der Oberst La Harpe aus dem Canton Waadt, ehemaliger Lehrer des Kaisers Alexander. Diese Gesandten waren angewiesen, den Congreß zu bestimmen, der Schweiz ihr Gebiet wieder in der Ausdehnung, welche dasselbe vor der französischen Revolution hatte, zuzuweisen, sowie die Anerkennung der neuen Bundesverfassung und eine neue Gewährleistung einer beständigen Neutralität der Schweiz zu erwirken. Am 2. Nov. 1814 ernannte der Congreß einen eigenen Ausschuß für die Schweiz; er bestand aus: v. Wessenberg, v. Stein, v. Humboldt, Capo d'Istria, Lord Stewardt und Stratfort-Canning. Frankreich sollte, nach Beschluß der Mächte, an den Conferenzen über die Schweiz nicht theilnehmen; doch wurde später der zweite Abgesandte Frankreich's, der Herzog von Dalberg, zugelassen. Die meiste Schwierigkeit machte Bern, welches seine alten Unterthanenlande Aargau und Waadt, die selbstständige Cantone geworden waren, wieder in das alte Verhältniß zurückgebracht wissen wollte. Lord Stewardt befürwortete dieses Verlangen Bern's, während Capo d'Istria, in freundschaftlicher Beziehung zu La Harpe, sich entschieden für die Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit der neuen Cantone erklärte. Der Congreß erkannte auch (Art. 1 der Transaction, vergl. Urkunde 2) die neunzehn Cantone, wie sie die Convention vom 29. Dez. 1813 aufgestellt hatte, an, somit auch die neuen (welche sich von 1798 bis 1803 aus ehemaligen Unterthanenländern der älteren Cantone, aus den sogenannten zugewandten Orten oder verbündeten Staaten und österreichischen Gebietstheilen gebildet hatten, nämlich: St. Gallen, Thurgau, Aargau, Waadt, Graubünden, Tessin). Der 2. Artikel bringt zu diesen 19 Cantonen noch die bisher mit Frankreich vereinigten: Wallis, Genf und das Fürstenthum Neuchâtel, so daß also jetzt die ganze Schweiz aus 22 Cantonen bestand. Das Veltlin, Bormio und Chiavenna blieben bei Oesterreich. Bern erhielt einen Theil des Bisthums Basel (der andere wurde mit dem Canton Basel vereinigt), die Stadt Biel (Art. 3) und von Waadt eine Geldentschädigung (Art. 8); auch die alten Cantone wurden von den früher zu ihnen im Unterthanverband stehenden neuen durch Geld entschädigt (Art. 6). Genf erhielt eine kleine Zugabe an Gebiet von Savoyen (vergl. hierüber die Urkunde 4 und Art. 1 des zweiten pariser Friedens). Diese neue Verfassung wurde am 27. Mai 1815 von der Tagsatzung angenommen (Urkunde 3). Da die Schweizer nach der Rückkehr Napoleon's von Elba mit den Allirten gegen Frankreich

gezogen waren, so erhielten sie bei der Beendigung des Krieges unter dem 20. Nov. 1815 von den Mächten neben einem Theil der Contributionsgelder auch die Zusicherung einer ewigen Neutralität (Urkunde 5).

Die wiener Congressacte selbst beschäftigt sich in den Artikeln 74 — 84 mit der Schweiz; der zweite pariser Frieden in den Artikeln 1 und 3, worauf wir verweisen. Hier geben wir noch folgende Actenstücke. 1) Den neuen Allianzvertrag der schweizer Cantone vom 8. Sept. 1814, welcher bei den Verhandlungen des wiener Congresses zur Grundlage diente. 2) Die an die wiener Congressacte unter Ziffer 11 angeschlossene besondere Erklärung der Mächte vom 20. März 1815 über die Angelegenheiten der Schweiz. 3) Die Annahme dieser Erklärung von Seiten der schweizer Tagsatzung, datirt vom 27. Mai 1815. 4) Die Erklärung des Königs von Sardinien (26. März 1815) und der Mächte (29. März 1815) bezüglich der Abtretung savoyischer Gebietstheile an Genf. 5) Die bei Gelegenheit des Abschlusses des zweiten pariser Friedens am 20. Nov. 1815 der Schweiz von den Mächten in Paris gegebene Zusicherung ewiger Neutralität. Das Actenstück Ziff. 1 findet man im *Moniteur* Nr. 274 Jahrg. 1814 und bei Martens *nouveau recueil* tom. II.; die Stücke von Ziff. 2 bis 4, welche der wiener Congressacte angeschlossen sind, in den Ausgaben der wiener Congressacte und bei Martens *nouveau recueil* tom. II, wo sich auch Ziff. 5 abgedruckt findet.

Bundesconstitution vom Jahr 1848.

Die Bestrebungen vieler Schweizer, die Bundesconstitution in einer Weise abzuändern, welche die Souveränität der einzelnen Cantone zu Gunsten einer größeren Einheit der Schweiz beschränkte und dadurch dem Lande mehr Kraft gegen Außen verliehe, fanden, trotz der Abgeneigtheit der Arcantone, immer mehr Boden unter dem schweizerischen Volke. Obgleich die nordischen Mächte sowohl, als Frankreich, diese beabsichtigte Neuverfassung nicht gerne sahen, so unternahm es die Tagsatzung des Jahres 1847 doch, ermutigt durch eine Zuschrift des englischen Ministeriums, die sich gegen jede Einmischung fremder Mächte in die inneren Angelegenheiten der Schweiz erklärte, am 16. August 1847 einen Ausschuss von 14 Mitgliedern für eine Revision des Bundesvertrags von 1814 niederzusetzen. Die Sonderbundscantone (Schwyz, Uri, Unterwalden, Zug, Luzern, Freiburg, Wallis) legten am 29. Okt. 1847 Verwahrung ein, griffen, als diese von der Tagsatzung verworfen wurde, zu den Waffen, wurden aber durch die Kriegsmacht der übrigen Cantone schon gegen Ende Novembers genöthigt, sich zu unterwerfen. Die Mächte Oestreich, Preußen und Frankreich erklärten jetzt in drei am 18. Jan. 1848 der Tagsatzung übergebenen Noten, daß sie eine

veränderte Bundesacte nur dann anerkennen würden, wenn sie die Zustimmung aller Cantone erhalten habe; allein die ausbrechende französische Februarrevolution verhinderte jedes weitere Vorgehen des Auslandes gegen die Schweiz. Die Tagsatzung entgegnete auf diese Erklärung, welcher auch Rußland beigepflichtet hatte, daß die Bervollkommnung der politischen Institutionen der Schweiz eine Angelegenheit sei, welche die schweizer Cantone allein berühre. Die für den Entwurf einer neuen Bundesverfassung niedergesetzte Commission hatte bis zum 16. April 1848 ihre Aufgabe vollendet. Die Verhandlungen der Tagsatzung über diesen Entwurf begannen am 15. Mai und währten bis zum 27. Juni; er wurde mit einigen Abänderungen angenommen und im Juli officiell bekannt gemacht mit der Bemerkung, die einzelnen Cantone sollten über Annahme oder Verwerfung bis zum 1. September abstimmen lassen. In Folge dieser Abstimmung wurde die neue Constitution durch Stimmenmehrheit angenommen in den Cantonen Bern, Zürich, Basel, Freiburg, Thurgau, Genf, Waadt und Neuchâtel, später auch in Zug, Unterwalden ob dem Wald, Wallis und Tessin. Da man festgesetzt hatte, daß die Mehrheit der Stände über Annahme oder Verwerfung für die ganze Schweiz entscheide, so war die überwiegende Mehrheit für die Annahme erreicht und die neue Constitution wurde am 12. Sept. 1848 feierlich verkündigt. Im Ganzen hatte die große Mehrheit der schweizer Bürger, nämlich 1,897,887 dafür gestimmt. — Die neue Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft ist öfter abgedruckt, z. B. Bern bei Fischer 1848, Zürich bei Drell, Füßli u. 1848; Sct. Gallen bei Scheitlin und Zollikofer 1848.

Traité d'alliance
conclu entre les Cantons de la Confédération Suisse

le 16. Août 1814;

Acte d'acceptation en date du 8. Septembre 1814.

Après que les députés des Etats souverains de la Suisse, munis des pleins-pouvoirs suffisans pour annoncer la volonté de leurs commettans sur le nouveau projet d'un traité d'alliance du 16. Août 1814 ainsi que sur la convention conclue le même jour, se furent acquittés de leur mission, à la séance du 6. Septembre, et qu'après avoir dès-lors travaillé, dans diverses conférences particulières, à écarter les difficultés qui s'opposaient à une réunion absolue ils eurent atteint aujourd'hui 8. Septembre et de la manière suivante, un but aussi important à la sûreté et au bien-être de la commune patrie:

En premier lieu que le traité d'alliance mentionné ci-dessus après quelques changemens à l'article I. et cet éclaircissement au V. „que les dispositions qui y sont contenues à l'égard du droit fédéral, ne peuvent dans aucun cas être appliquées aux portions du territoire actuellement réclamées par quelques anciens cantons“ a reçu la ratification de la grande majorité des Etats, comme le protocole le démontre plus amplement; et

En second lieu que la convention faite le 16. Août 1814 pour terminer toutes les prétentions territoriales et autres, inséparable du traité d'alliance et devant avoir la même force et le même effet que lui, tellement que les cantons qui la rejetteraient ne pourraient être considérés comme compris dans l'alliance, a reçu sa sanction par une majorité décisive de voix;

La diète en conséquence arrête:

I. Le traité d'alliance entre les dix neuf cantons de la Suisse dont la teneur suit, sera signé et scellé comme une véritable convention fédérale, dans les formes usitées jusqu'ici pour les actes de la diète.

Acte fédéral.

Art. I. Les dix neuf cantons souverains de la Suisse, savoir: Zurich, Berne, Lucerne, Uri, Schwitz, Unterwalden, Glaris, Zug, Fribourg, Soleure,

Bâle, Schaffhouse, Appenzell, Saint-Gall, Grisons, Argovie, Turgovie, Tessin et Vaud se lient par le présent traité pour la conservation de leur liberté et de leur indépendance, pour leur sûreté contre toute attaque de puissances étrangères, ainsi que pour le maintien de l'ordre et de la tranquillité publique dans l'intérieur. Ils se garantissent réciproquement leurs constitutions, telles qu'elles ont été acceptées par les premières autorités de chaque canton, d'accord avec les principes du traité d'alliance. Ils se garantissent réciproquement leur territoire.

Art. II. Pour le maintien de cette garantie et de la neutralité de la Suisse, il sera levé parmi les hommes de chaque canton, propres à porter les armes, un contingent sur le pied de deux sur cent. Les troupes seront fournies par les cantons comme suit:

Berne	4184
Zurich	3858
Vaud	2964
Saint-Gall	2630
Argovie	2410
Grisons	2000
Tessin	1084
Lucerne	1734
Thurgovie	1670
Fribourg	1240
Appenzell	972
Soleure	904
Bâle	816
Schweitz	602
Glaris	482
Schaffhouse	466
Unterwalden	282
Zug	250
Uri	236

Total 28,784 hommes.

Cette répartition est fixée pour un an, et sera revue par la diète de l'année 1815 pour être rectifiée d'après le mode ci-dessus.

Art. III. Les cantons pour faire face aux frais de la guerre et aux autres dépenses de la confédération contribueront comme suit: Berne 91,693 fr., Zurich 77,153, Vaud 59,273, Saint-Gall 59,451, Argovie 52,212, Grisons 12,000, Tessin 18,039, Lucerne 26,016, Thurgovie 25,052, Fribourg 18,591, Appenzell 9,728, Soleure 18,097, Bâle 20,450, Schweitz 3,012, Glaris 4,823, Schaffhouse 9,327, Unterwalden 1,907, Zug 1,437, Uri 1,184. Total 509,445 fr.

Ces contributions sont également valables pour une année et il sera statué de nouveau à leur égard par la diète de 1815 sur les réclamations que quelques cantons pourront faire. Une semblable révision aura lieu tous

les vingt ans, tant pour cet objet que pour la levée des contingens en hommes.

Pour subvenir aux dépenses de la guerre, il sera en outre établi une caisse de guerre fédérale, dont les fonds devront s'accumuler jusqu'au montant d'un double contingent d'argent.

Cette caisse militaire doit être exclusivement employée aux frais résultant de la marche des troupes fédérales, et, au besoin, une moitié de la dépense se remplira par la rentrée d'un contingent en argent selon l'échelle, et l'autre moitié être payée de la caisse militaire.

Pour parvenir à former cette caisse de guerre, il sera établi des droits d'entrée sur les marchandises qui ne sont pas de première nécessité; ces droits seront perçus par les cantons frontières et il en sera rendu compte tous les ans à la diète. Celle-ci fixera le tarif de ces droits et la manière dont les comptes devront en être établis, et prendra les mesures convenables pour la conservation de leur produit.

Art. IV. En cas de danger intérieur ou extérieur, chaque canton a le droit de réclamer l'intervention de ses confédérés. Lorsqu'il survient des troubles dans un canton, le gouvernement peut requérir les autres cantons de lui prêter assistance; néanmoins il en sera de suite donné avis au chef-lieu. Le danger continuant, la diète, sur l'invitation du gouvernement, prendra les mesures ultérieurement nécessaires.

Dans le cas d'un danger subit extérieur, le canton menacé peut, à la vérité, inviter les autres cantons à le secourir. Cependant le chef-lieu doit en être prévenu de suite. Celui-ci provoquera alors la réunion de la diète, à laquelle appartiennent toutes les mesures relatives à la sûreté de la confédération. Tous les cantons requis sont tenus de fournir les secours demandés.

En cas de danger extérieur, les dépenses seront supportées par la confédération. La tranquillité étant troublée dans l'intérieur elles seront à la charge du canton qu'il faudra secourir, à moins que la diète ne prenne une autre détermination par quelques circonstances particulières.

Art. V. Toutes prétensions ou différends entre les cantons sur des cas qui ne sont pas garantis par le traité d'alliance, seront décidés par la confédération. Le cours et la forme de cette action sont fixés comme suit:

Chacun des deux cantons en litige choisit parmi les magistrats des autres cantons deux, ou, lorsque les cantons s'accorderont à cet égard un arbitre. Lorsque le différend a lieu entre plus de deux cantons, ce nombre est choisi par chaque partie. Ces arbitres réunis s'empresseront de concilier amicalement le différend par leur médiation. Si elle ne peut avoir lieu, les arbitres choisiront un sur-arbitre parmi les magistrats d'un canton non intéressé à la cause et qui n'aura pas fourni d'arbitre. Si les arbitres ne peuvent pas s'accorder sur le choix du sur-arbitre et qu'un des cantons réclame à cet égard, ce sur-arbitre sera choisi par la diète; mais en ce cas, les cantons qui se trouvent en différend ne pourront point donner leurs voix. Le sur-arbitre et les arbitres chercheront encore à concilier les différends par la voie

de médiation, ou en décideront, en cas de soumission réciproque, par sentence; mais si l'un ou l'autre de ces cas n'a pas lieu, ils décident de la question selon le droit. La sentence sera sans appel, et en cas de besoin, elle sera mise à exécution par les mesures de la diète.

La décision sur les frais doit avoir lieu en même temps, ils consistent dans ceux des arbitres et du sur-arbitre; ceux-ci choisis d'après les dispositions ci-dessus seront libérés par leur gouvernement du serment pour leur canton dans la difficulté dont il s'agira.

Dans toutes les difficultés qui surviendront, les cantons qu'elles concernent doivent s'abstenir de toute mesure arbitraire ou de la voie des armes; ils devront suivre exactement le cours du droit fixé dans cet article et exécuter la sentence dans toutes ses parties.

Art. VI. Il ne doit être conclu entre les cantons individuellement aucune alliance défavorable à la confédération générale, ou au droit d'autres cantons.

Art. VII. La confédération rend hommage au principe qu'ayant reconnu les 19 cantons, il n'y a plus de sujets en Suisse; qu'ainsi la jouissance des droits politiques ne peut jamais être le privilège exclusif d'une classe de citoyens d'un canton.

Art. VIII. La diète soigne selon les prescriptions du traité d'alliance les affaires de la confédération qui lui ont été remises par les cantons qui votent selon leurs instructions. Chaque canton a une voix, la quelle est émise par un député. Elle s'assemble dans la capitale du chef-lieu où elle doit se réunir, ordinairement tous les ans au premier Lundi de Juillet, et extraordinairement si le chef-lieu la décrète, ou sur la demande de cinq cantons. Le bourgmestre ou avoyer du chef-lieu a la présidence.

La diète déclare la guerre et conclut la paix. Elle seule conclut des alliances avec les Etats étrangers. Cependant pour ces négociations importantes, les trois quarts des voix des cantons sont nécessaires; dans toutes les autres affaires qui sont soumises par le présent traité à la diète, la majorité absolue en décide. Les traités de commerce avec les Etats étrangers seront conclus par la diète.

Les capitulations militaires ou traités sur des objets économiques et de police peuvent être conclus par les cantons individuellement avec les puissances étrangères; mais ils ne peuvent être contraires ni au traité d'alliance, ni aux alliances existantes, ni aux droits constitutionnels d'autres cantons, et doivent ainsi être portés à la connaissance de la diète.

Les députés de la confédération dont la mission est jugée nécessaire, seront nommés par la diète. Elle prend toutes les mesures nécessaires pour la sûreté extérieure et intérieure de la confédération. Elle fixe l'organisation du contingent des troupes, ordonne leur mise sur pied, détermine leur emploi, nomme le général, l'état major et les colonels de la confédération. Elle ordonne, d'accord avec les gouvernemens cantonnaux, la formation et l'équipement du contingent militaire.

Art. IX. Dans des circonstances extraordinaires, et si elle ne peut pas rester en permanence, la diète est autorisée à donner au chef-lieu des pleins-pouvoirs particuliers. Elle peut aussi adjoindre à l'autorité du chef-lieu qui est chargée de la direction des affaires de l'alliance, des représentans de la confédération. Dans les deux cas, les deux tiers des voix sont nécessaires.

Les représentans de la confédération seront choisis par les cantons qui alternent dans les six classes suivantes:

Les deux chefs-lieux directeurs qui ne sont pas en office donnent alternativement le 1er représentant de la confédération. Le 2d est fourni par Uri, Schwitz, Unterwald; le 3e par Glaris, Zug, Appenzell, Schaffhouse; le 4e par Fribourg, Bâle et Soleure; le 5e par les Grisons, Saint-Gall et Argovie, et le 6e par Vaud, Turgovie et Tessin.

La diète donne aux représentans de la confédération les instructions nécessaires, et fixe la durée de leurs fonctions. Dans tous les cas ces dernières cessent par une nouvelle convocation de la diète. Les représentans de la confédération seront indemnisés par la caisse fédérale.

Art. X. La direction des affaires, quand la diète n'est pas assemblée, sera remise à un chef-lieu avec les pouvoirs exercés jusqu'en 1798. Le chef-lieu alterne tous les deux ans entre les cantons de Zurich, Berne et Lucerne; cet ordre commencera le 1. Janvier 1815. Une chancellerie de la confédération est adjointe au chef-lieu. Elle consiste en un chancelier et un secrétaire d'état qui seront choisis par la diète.

Art. XI. Le libre achat des denrées, productions du pays et marchandises de commerce est assuré, et pour ces objets, ainsi que pour le bétail, l'exportation, le transit d'un canton à l'autre auront également lieu sans obstacles avec la réserve des mesures de police nécessaires contre l'usure et l'accaparement. Ces mesures doivent être fixées par les citoyens d'un canton comme pour les habitans des autres cantons.

Les péages existant actuellement sur les routes et les ponts, approuvés par la diète, sont maintenus; mais sans son approbation, on ne peut en établir de nouveaux, ni élever le taux de ceux qui existent, ni leur perception, si elle a été limitée, être prolongée au de-là.

Les droits de traité de canton à canton sont abolis.

Art. XII. La conservation des couvens et chapitres, et la sureté de leurs propriétés, autant que cela dépend des gouvernemens cantonnaux sont garantis. Leurs biens soumis, ainsi que les propriétés particulières aux contributions et aux impôts.

Art. XIII. La dette nationale Helvétique dont le montant a été fixé le 1. Novembre 1804 à 3,118,336 fr. est reconnue.

Art. XIV. Tous les concordats et les conventions fédérales depuis l'année 1803 qui ne sont pas contraires aux principes de la présente alliance sont maintenus. La collection des décrets de la diète donnés dans la même espace de temps, doit être présentée pour la révision, à la diète de 1815, qui décidera lesquels seront dorénavant obligatoires.

Art. XV. Le présent traité d'alliance ainsi que les constitutions cantonales doivent être déposés dans les archives de la confédération.

(Suivent les signatures et le sceau.)

II. La convention particulière au 16. Août 1814 doit être réunie au traité d'alliance comme article additionnel; ils doivent être expédiés ensemble.

Convention.

La diète considérant que diverses prétentions territoriales et autres, en indemnités ou équivalens de droit et de propriétés possédées ci-devant par des cantons sur d'autres cantons ont été déposées dans les protocôles de la diète, et qu'il est absolument nécessaire au maintien du repos, de la concorde et de la confiance entre les confédérés, d'examiner et régulariser ces prétentions avant que la garantie non conditionnelle stipulée dans le traité d'alliance puisse être en vigueur.

Décète:

Art. I. A l'égard des prétentions ci-dessus de quelques anciens cantons, soit sur des parties de territoire d'autres cantons, soit pour les dédommagemens et équivalens de droits et propriétés possédées ci-devant dans iceux, il doit être remis jusqu'au 24. Août une fixation exacte et indication détaillée de la part des cantons formant ces prétentions.

Art. II. Il doit être nommé par les cantons qui forment ces prétentions ainsi que par ceux à qui elles sont adressées, deux médiateurs de chaque côté choisis dans des cantons non intéressés, et l'essai d'une conciliation amiable doit être tenté par eux au sujet de ces prétentions.

Art. III. Si contre toute attente cette médiation amiable restait sans succès pendant l'espace de trois mois, les prétentions en indemnités et restitutions seront, suivant l'usage ancien, renvoyées par les médiateurs à un jugement arbitral et mises en règle conformément à l'article V du traité d'alliance.

Art. IV. Mais pour ce qui regarde les parties de territoire réclamées, celles-ci doivent être exceptées de la garantie, aussi longtemps que les prétentions qui y sont relatives n'auront pas été décidées par des arrangemens ultérieurs. Jusqu'alors les cantons intéressés doivent entièrement s'abstenir de toute entreprise qui pourrait troubler le repos public.

Art. V. Dès que le pacte fédéral et la convention présente auront été ratifiés par la pluralité des Etats, l'alliance de la confédération sera déclarée conclue et constituée et toutes ses autres dispositions entreront en pleine force.

Art. VI. Ces ratifications devront parvenir jusqu'au 5. Septembre.

(Suivent les signatures.)

III. Les cantons contractans continuent comme confédération Suisse. Ils déclarent qu'ils sont entrés dans cette alliance librement et sans gêne,

qu'ils la maintiendront dans le bonheur comme dans l'adversité, et particulièrement que dès à présent ils veulent remplir réciproquement tous les devoirs et obligations qui en résultent; et pour qu'un acte aussi important à la patrie obtienne une garantie sacrée, les cantons contractans promettent que dans le courant de la diète actuelle, ils ne feront pas seulement signer et sceller cette alliance par les envoyés plénipotentiaires de chaque Etat, mais qu'ils la feront confirmer par un serment solennel, selon l'antique usage.

Ainsi fait à Zurich, le 8. Septembre 1814.

Au nom de la diète: Son président bourguemaitre du canton de Zurich,
Reinhart.

Le chancelier de la confédération,
Musson.

Déclaration des Puissances rassemblées au Congrès de Vienne au sujet de la Suisse,

signée le 20. Mars 1815.

Les Puissances appelées à intervenir dans l'arrangement des affaires de la Suisse pour l'exécution de l'art. VI du traité de Paris du 30. Mai mil huit cent-quatorze ayant reconnu, que l'intérêt général réclame en faveur du corps Helvétique l'avantage d'une neutralité perpétuelle, et voulant par des restitutions territoriales et des cessions lui fournir les moyens d'assurer son indépendance et maintenir sa neutralité;

Après avoir recueilli toutes les informations sur les intérêts des différens cantons, et pris en considération les demandes qui leur ont été adressées par la Légation Helvétique,

Déclarent,

Que, dès que la diète Helvétique aura donné son accession en bonne et due forme aux stipulations renfermées dans la présente transaction, il sera fait un acte portant la reconnaissance et la garantie de la part de toutes les Puissances de la neutralité perpétuelle de la Suisse dans ses nouvelles frontières lequel acte fera partie de celui qui, en exécution de l'article XXXII du susdit traité de Paris du trente Mai, doit compléter les dispositions de ce traité.

Transaction.

Art. I. L'intégrité des dix-neuf cantons, tels qu'ils existaient en corps politique à l'époque de la convention du vingt-neuf Décembre mil huit cent treize, est reconnue pour base du système Helvétique.

Art. II. Le Valais, le territoire de Genève, la principauté de Neuf-

châtel sont réunis à la Suisse, et formeront trois nouveaux cantons, la Vallée de Dappes, ayant fait partie du canton de Vaud, lui est rendue.

Art. III. La confédération Helvétique ayant témoigné le désir, que l'Evêché de Bâle lui fût réuni, et les puissances intervenantes voulant régler définitivement le sort de ce Pais, le dit Evêché et la ville et territoire de Bienne feront à l'avenir partie du canton de Berne.

On n'excepte que les districts suivants:

1. Un district d'environ trois lieues quarrées d'étendue renfermant les communes d'Altsweiler, Schönbuch, Oberweiler, Terweiller, Ettingen, Fürstenstein, Plotten, Pfeffingen, Aesch, Bruck, Reinach, Arlesheim, lequel district sera réuni au canton de Bâle.

2. Une petite enclave située près du village Neufchâtelois de Lignièrès, et laquelle étant aujourd'hui quant à la juridiction, sous la dépendance de Neufchâtel, et quant à la juridiction criminelle, sous celle de l'Evêché de Bâle, appartiendra en toute souveraineté à la principauté de Neufchâtel.

Art. IV. 1. Les habitants de l'Evêché de Bâle et ceux de Bienne réunis au canton de Berne et de Bâle, jouiront à tous égards sans différence de religion (qui sera conservée dans l'état présent) des mêmes droits politiques et civils dont jouissent et pourront jouir les habitans des anciennes parties des dits cantons. En conséquence ils concourront avec eux aux places des représentans et aux autres fonctions suivant les constitutions cantonales. Il sera conservé à la ville de Bienne, et aux villages ayant formé sa juridiction, les privilèges municipaux compatibles avec la constitution et les réglemens généraux du canton de Berne.

2. La vente des domaines nationaux sera maintenue, et les rentes féodales, et les dixmes ne pourront point être rétablies.

3. Les actes respectifs de réunion seront dressés, conformément aux principes ci-dessus énoncés, par des commissions composées d'un nombre égal de députés de chaque partie intéressée. Ceux de l'Evêché de Bâle seront choisis par le canton directeur parmi les citoyens les plus notables du Pays.

Les dits actes seront garantis par la confédération Suisse. Tous les points sur lesquels les parties ne pourront s'entendre seront décidés par un arbitre nommé par la diète.

4. Les revenus ordinaires du pays seront perçus pour le compte de l'administration actuelle jusqu'au jour de l'accession de la diète Helvétique à la présente transaction. Il en sera de même pour l'arriéré desdits revenus: ceux levés extraordinairement, et qui ne seraient pas encore entrés en caisse, cesseront d'être perçus.

5. Le ci-devant prince évêque de Bâle n'ayant reçu ni indemnité ni pension pour la quote part de l'Evêché, qui autrefois faisait partie de la Suisse, le recès de l'Empire Germanique de mil huit cent trois n'ayant stipulé qu'en raison des pays qui ont fait partie intégrante du dit Empire, les cantons de Berne et de Bâle se chargent de lui payer, en augmentation de la dite pension viagère, la somme de douze mille Florins d'Empire, à dater de la

réunion de l'Evêché de Bâle au canton de Berne et de Bâle. La cinquième partie de cette somme sera employée et restera affectée à la sustentation des Chanoines de l'ancienne cathédrale de Bâle pour compléter la rente viagère qui a été stipulée par le recès de l'Empire Germanique.

6. La diète Helvétique décidera, s'il est besoin de conserver un Evêché dans cette partie de la Suisse, ou si ce diocèse peut être réuni à celui qui, par suite des nouvelles dispositions, sera formés des territoires Suisses qui avaient fait partie du diocèse de Constance.

En cas que l'Evêché de Bâle dût être conservé, le canton de Berne fournira dans la proportion des autres Pays qui à l'avenir seront sous l'administration spirituelle de l'Evêque les sommes nécessaires à l'entretien de ce prélat, de son chapitre et de son séminaire.

Art. V. Pour assurer les communications commerciales et militaires de Genève avec le canton de Vaud et le reste de la Suisse, et pour compléter à cet égard l'art. IV du traité de Paris, S. M. très-chrétienne consent à faire placer la ligne de douane de manière à ce que la route, qui conduit de Genève par Versoy en Suisse, soit en tout temps libre, et que ni les postes, ni les voyageurs ni les transports de marchandises n'y soient inquiétés par aucune visite de douanes, ni soumis à aucun droit.

Il est également entendu, que le passage des troupes Suisses ne pourra y être aucunement entravé.

Dans les réglemens additionnels à faire à ce sujet, on assurera de la manière la plus avantageuse aux Genèveois l'exécution des traités relatifs à leur libre communication entre la ville de Genève et le mandement de Peney. Sa Majesté très-chrétienne consent en outre à ce que la Gend'armerie et les milices du canton de Genève passent par la grande route du Meyrin du dit mandement à la ville de Genève, et réciproquement, après en avoir prévenu le poste militaire de la Gend'armerie Française le plus voisin.

Les Puissances intervenantes interposeront de plus leurs bons offices pour faire obtenir à la ville de Genève un arrondissement convenable du côté de la Savoye.

Art. VI. Pour établir des compensations mutuelles les cantons d'Argovie, de Vaud, du Tessin et de St. Gall fourniront aux anciens cantons de Schwitz, Unterwalden, Uri, Glaris, Zug et Appenzell (Rhode intérieure) une somme qui sera appliquée à l'instruction publique et aux frais d'administration générale (mais principalement au premier objet) dans les dits cantons. La quantité, le mode de payement et la répartition de cette compensation pécuniaire sont fixés ainsi qu'il suit:

1. Les Cantons d'Argovie, de Vaud et de St. Gall fourniront aux cantons de Schwitz, d'Unterwalden, Uri, Zug, Glaris et Appenzell (Rhode intérieure) un fond de 500,000 Livres de Suisse.

2. Chacun des premiers payera l'intérêt de sa quote part à raison de 5 p. C. par an; on remboursera le Capital, soit en argent, soit en biens fonds à son choix.

3. La répartition, soit pour le paiement, soit pour la recette de ces fonds, se fera dans les proportions de l'échelle de contribution, réglée pour subvenir aux dépenses fédérales.

4. Le canton du Tessin payera chaque année au canton d'Uri la moitié du produit des péages dans la Vallée Levantine. Une commission nommée par la diète veillera à l'exécution des dispositions précédentes.

Art. VII. Pour mettre un terme aux discussions qui se sont élevées par rapport aux fonds placés en Angleterre par le canton de Zurich et de Berne, il est statué:

1. Que les cantons de Berne et de Zurich conserveront la propriété du fonds Capital, tel qu'il existait en 1803 à l'époque de la dissolution du Gouvernement Helvétique, et jouiront à dater du 1. Janvier 1815, des intérêts à échoir.

2. Que les intérêts échus et accumulés depuis l'année 1798 jusques et y compris l'année 1814, seront affectés au paiement du Capital restant de la dette nationale désignée sous la dénomination de dette Helvétique.

3. Que le surplus de la dette Helvétique restera à la charge des autres cantons, ceux de Berne et de Zurich étant exonérés par la disposition ci-dessus, la quote part de chacun des cantons qui restent chargés de ce surplus sera calculée et fournie dans la proportion fixée pour les contributions destinées au paiement des dépenses fédérales. Les pays incorporés à la Suisse depuis 1813 ne pourront pas être imposés en raison de l'ancienne dette Helvétique. S'il arrivait après le paiement de la dette susdite, qu'il y eut un excédent d'intérêt, cet excédent sera réparti entre les cantons de Berne et de Zurich dans la proportion de leurs capitaux respectifs.

4. Les mêmes dispositions seront suivies à l'égard de quelques autres créances, dont les titres sont déposés sous la garde du président de la diète.

Art. VIII. Les Puissances intervenantes, voulant concilier les contestations élevées à l'égard des Lands abolis sans indemnité, statuent qu'une indemnité sera payée aux particuliers propriétaires des Lands.

Afin d'éviter tout différend ultérieur à ce sujet entre les cantons de Berne et de Vaud, ce dernier payera au Gouvernement de Berne la Somme de 300,000 Livres de Suisse, pour être ensuite répartie entre les ressortisans Bernois propriétaires des Lands.

Les payemens se feront à raison d'un Cinquieme par an à commencer du 1. Janvier 1816.

Art. IX. Les Puissances intervenantes reconnaissent, qu'il est juste d'assurer au Prince Abbé de St. Gall une existence honorable et indépendante, et statuent que le canton de St. Gall lui fournira une pension viagère de 6000 Fl. d'Empire, et à ses employés une pension viagère de 2000. Ces pensions seront versées à dater du 1. Janvier 1815 par trimestre dans les mains du canton directeur, qui les remettra respectivement à la disposition du Prince Abbé de St. Gall et de ses employés.

Art. X. Les Puissances intervenantes dans les affaires de la Suisse ayant donné, par la déclaration ci-dessus une preuve manifeste de leur désir

d'assurer la paix intérieure de la Confédération, se font également un devoir de ne rien négliger qui puisse en hâter l'accomplissement.

En conséquence, elles s'attendent à ce que les cantons sacrifiant au bien général toute considération secondaire, ne tarderont plus à adhérer au pacte fédéral, librement arrêté par la grande majorité de leurs co-états, l'intérêt commun exigeant impérieusement, que toutes les parties de la Suisse, se réunissent le plutôt possible sous la même Constitution fédérative.

La Convention du 16. Août 1814, annexée au pacte fédéral ne saurait plus retarder cette réunion. Son but étant déjà rempli par la déclaration des Puissances, elle devient par le fait comme non avenue.

Pour consolider de plus en plus le repos de la Suisse, les Puissances désirent, qu'une amnestie générale soit accordée à tous les individus qui, induits en erreur par une époque d'incertitude et d'irritation, ont pu agir, de quelque manière que ce soit, contre l'ordre existant; loin d'affaiblir l'autorité légitime des Gouvernemens cet Acte de clémence leur donnera de nouveaux titres à exercer cette sévérité salulaire contre quiconque oserait à l'avenir susciter des troubles dans les pays.

Enfin les Puissances intervenantes aiment à se persuader que le patriotisme et le bon jugement des Suisses leur prescriront la convenance, ainsi que la nécessité, de se sacrifier mutuellement le souvenir des différends qui les ont divisés, et de consolider l'oeuvre de leur réorganisation, en travaillant à la perfection dans un esprit conforme au bien de tous, sans aucun retour sur le passé.

La déclaration a été insérée au Protocole du Congrès réuni à Vienne dans sa séance du 19. Mars 1815.

Fait et certifié véritable par les Plénipotentiaires des huit Puissances signataires du Traité de Paris. A Vienne le 20. Mars 1815.

Suivent les signatures dans l'ordre alphabétique des cours.

Autriche.

Le Prince de Metternich.
Le Baron de Wessenberg.

Espagne.

P. Gomez Labrador.

France.

Le Prince de Talleyrand.
Le Duc de Dalberg.
Latour du Pin.

Le Comte Alexis de Noailles.

Grande-Bretagne.

Wellington.
Clancarty.
Cathcart.
Stewart.

Suède.

Portugal.

Le Comte de Palmella.
Saldanha.
Lobo.

Prusse.

Le Prince de Hardenberg.
Le Baron de Humboldt.

Russie.

Le Comte de Rasoumoffsky.
Le Comte de Stakelberg.
Le Comte de Nesselrode.

Le Comte de Löwenhielm.

Acte d'accession de la Confédération Suisse

en date de Zurich le 27. Mai 1815.

La diète de la Confédération Suisse, réunie à Zurich en session extraordinaire, ayant reçu, dans sa séance du 3. Avril 1815, par l'intermédiaire des ministres accrédités auprès de la Confédération, savoir :

M. de Schraut, ministre d'Autriche, au nom de S. M. I. et R. A.; comme aussi, en vertu d'un pouvoir spécial au nom de S. A. R. le Prince-régent de Portugal;

M. Stratford Canning, au nom de S. M. le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande;

M. le comte Auguste de Talleyrand, au nom de S. M. T. C. le Roi de France; comme aussi, en vertu d'un pouvoir spécial, au nom de S. M. C. le Roi d'Espagne et des Indes;

M. le baron de Chambrier d'Olleyres, au nom de S. M. le Roi de Prusse;

M. le baron de Krudener, chargé d'affaires, au nom de S. M. l'Empereur de Russie;

La déclaration relative aux affaires de la Suisse, insérée au protocole du congrès de Vienne le 19., et signée le 20. Mars 1815 par les plénipotentiaires des huit puissances signataires du traité de Paris, du 30. Mai 1814;

S'est empressée de communiquer cet acte aux dix-neuf cantons Confédérés, en les invitant à mettre, par leurs suffrages, la diète en état de déclarer en bonne et due forme l'accession générale de la Suisse aux stipulations renfermées dans la dite transaction.

Les autorités souveraines de chaque canton ayant pris en mûre délibération l'objet de ce référé, et fait connaître successivement à l'autorité fédérale leurs résolutions définitives;

La diète de la confédération Suisse;

En vertu des actes déposés dans son archive, et des déclarations insérées dans son protocole, d'où il résulte qu'un nombre des cantons excédant celui que le pacte fédéral prescrit pour l'acceptation des résolutions les plus importantes du Corps Helvétique, a prononcé un vote affirmatif, lequel, aux termes de la constitution, devient par là même celui de la Confédération entière;

A pris l'arrêté dont la teneur suit :

1. La diète accède, au nom de la Confédération Suisse, à la déclaration des puissances réunies au congrès de Vienne, en date du 20. Mars 1815, et promet que les stipulations de la transaction insérée dans cet acte seront fidèlement et religieusement observées.

2. La diète exprime la gratitude éternelle de la nation suisse envers les hautes puissances qui, par la déclaration susdite, lui rendent, avec une démarcation plus favorable, d'anciennes frontières importantes; réunissent trois nouveaux cantons à son alliance, et promettent solennellement de reconnaître et garantir la neutralité perpétuelle que l'intérêt général de l'Europe réclame

en faveur du Corps Helvétique. Elle témoigne les mêmes sentimens de reconnaissance pour la bienveillance soutenue avec laquelle les augustes souverains se sont occupés de la conciliation des différends qui s'étaient élevés entre les cantons.

3. En suite du présent acte d'accession et de la note adressée aux envoyés Suisses à Vienne le 20. Mars 1815 par le Prince de Metternich, président des conférences des huit puissances, la diète exprime le voeu que les ministres de LL. MM. résidant en Suisse veuillent, en vertu des instructions qu'ils ont reçus, donner suite aux dispositions de la déclaration du 20. Mars, et compléter l'exécution des engagemens qui y sont énoncés.

En foi de quoi les présentes ont été signées et scellées à Zurich le 27. Mai 1815.

Au nom de la diète de la Confédération Suisse.

Le Bourgmestre du Canton de Zurich, président.

(L. S.)

Signé: *De W y s s.*

Le chancelier de la confédération.

Contre-signé: *Mousson.*

Acte de cession de S. M. le Roi de Sardaigne en faveur du Canton de Genève,

en date du 26. Mars 1815.

A. LL. Exc. MM. les plénipotentiaires d'Angleterre, d'Autriche, de Prusse et de Russie au congrès de Vienne.

Le soussigné ministre d'état et plénipotentiaire de S. M. le Roi de Sardaigne à présenté à son souverain le voeu des puissances alliées, que la Savoie cédât quelques portions de territoire au Canton de Genève, et il lui a soumis le plan formé pour cet objet. S. M. toujours empressée de donner à ses puissans alliés des preuves de sa reconnaissance, et de son désir de faire ce qui peut leur être agréable, a surmonté la répugnance bien naturelle qu'elle éprouvait à se séparer de ses bons, anciens et fidèles sujets, et a autorisé le soussigné à consentir en faveur du Canton de Genève à une cession de territoire, telle qu'elle a été proposée dans le protocole ci-joint, et aux conditions suivantes:

Art. I. Que le provinces de Chablais et de Faucigny, ainsi que tout le territoire, situé au nord d'Ugine et appartenant à S. M., soit compris dans la neutralité Helvétique garantie par toutes les puissances; c'est à dire que toutes les fois que les puissances voisines de la Suisse se trouveront en état d'hostilités ou commencées ou imminentes, les troupes de S. M. le Roi de

Sardaigne, qui se trouveraient dans ces provinces, puissent se retirer, et prendre à cet effet, s'il est besoin, la route du Valais; que les troupes armées d'aucune puissance ne pourront ni séjourner, ni passer dans les provinces ci-dessus, à l'exception de celles que la confédération Helvétique jugerait à propos d'y placer. Il est entendu que ces rapports ne gêneront en aucune manière l'administration de ces provinces, dans lesquelles les officiers civils de S. M. pourront employer la garde municipale au maintien du bon ordre.

Art. II. Il sera accordé une franchise de tous droits de transit pour toutes les marchandises, comestibles etc. qui, venant des états de S. M., et du port franc de Gênes, suivront la route du Simplon dans toute son étendue par le Valais et le territoire de Genève. On entend par là que cette franchise ne concerne exclusivement que les droits de passage, et ne s'étend ni aux droits de chaussée, ni aux marchandises et aux denrées qui sont destinées à être vendues ou consommées dans l'intérieur. On appliquera les mêmes restrictions à la communication accordée aux Suisses entre le Valais et le canton de Genève, et les gouvernemens se concerteront pour prendre les mesures jugées nécessaires, soit pour régler les taxes et empêcher la contrebande chacun respectivement sur son territoire.

Art. III. Les terres connues sous le nom de fiefs impériaux, qui étaient incorporées à la république Ligurienne, et qui sont maintenant sous l'administration provisoire de S. M. le Roi de Sardaigne, seront réunies entièrement aux états de S. M., et de la même manière que les autres états Genoïs.

Art. IV. Ces conditions feront partie des résolutions du congrès, et seront garanties par toutes les puissances.

Art. V. Les souverains alliés s'engagent à employer encore leur médiation, et les moyens qu'ils jugeront les plus convenables pour engager la France à rendre à S. M. le Roi de Sardaigne au moins une partie du territoire qu'elle possède maintenant en Savoie, savoir la chaîne de montagnes dite les Bauges, la ville d'Annecy et la grande route qui conduit de cette dernière à Genève, sous la réserve de fixer d'une manière convenable les frontières exactement déterminées, ou surtout que le territoire ci-dessus est nécessaire pour compléter le système de défense des Alpes, et pour faciliter l'administration du territoire, dont la possession est restée à S. M. le Roi de Sardaigne.

Vienne, le 26. Mars 1815.

Signé: *De St. Marsan.*

Protocole

sur les cessions faites par le Roi de Sardaigne au Canton de Genève,
du 29. Mars 1815.

Les puissances alliées ayant témoigné le vif désir qu'il fût accordé quelques facultés au Canton de Genève, soit pour le désenclavement d'une

partie de ses possessions, soit pour ses communications avec la Suisse; S. M. le Roi de Sardaigne étant empressée d'autre part de témoigner à ses hauts et puissans alliés toute la satisfaction qu'elle éprouve à faire quelque chose qui puisse leur être agréable; les plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

Art. I. S. M. le Roi de Sardaigne met à la disposition des hautes puissances alliées la partie de la Savoye qui se trouve entre la rivière d'Arve, le Rhône, les limites de la partie de la Savoye occupée par la France, et la montagne de Salève jusqu'à Veiry inclusivement; plus, celle qui se trouve comprise entre la grande route, dite du Simplon, le lac de Genève et le territoire actuel du Canton de Genève, depuis Vezenas, jusqu'au point où la rivière d'Hermance traverse la susdite route, et de là continuant le cours de cette rivière jusqu'à son embouchure dans le lac de Genève, au levant du village d'Hermance (la totalité de la route dite du Simplon continuant à être possédée par S. M. le Roi de Sardaigne), pour que ces pays soient réunis au Canton de Genève, sauf à déterminer plus précisément la limite par des commissaires respectifs, surtout pour ce qui concerne la délimitation en dessus de Veiry, et sur la montagne de Salève. Dans tous les lieux et territoires compris dans cette démarcation, S. M. renonce, pour elle et ses successeurs à perpétuité, à tous droits de souveraineté et autres qui peuvent lui appartenir, sans exceptions ni réserves.

Art. II. S. M. accorde la communication entre le Canton de Genève et le Valais, par la route dite du Simplon, de la même manière que la France l'a accordée entre Genève et le pays de Vaud, par la route qui passe par Versoy. Sa Majesté accorde de même en tout temps une communication libre pour les milices genevoises, entre le territoire de Genève et le mandement de Jussy, et les facilités qui pourraient être nécessaires à l'occasion pour revenir par le lac à la susdite route dite du Simplon.

Art. III. D'autre part S. M. ne pouvant se résoudre à consentir qu'une partie de son territoire soit réunie à un état où la religion dominante est différente, sans procurer aux habitans du pays qu'elle cède, la certitude qu'ils jouiront du libre exercice de leur religion, qu'ils continueront à avoir les moyens de fournir aux frais de leur culte, et à jouir eux-mêmes de la plénitude des droits de citoyens;

Il est convenu que,

1. La religion catholique sera maintenue et protégée de la même manière qu'elle l'est maintenant, dans toutes les communes cédées par S. M. le Roi de Sardaigne, et qui seront réunies au Canton de Genève;

2. Les provinces actuelles qui ne se trouveront ni démembrées, ni séparées par la délimitation des nouvelles frontières, conserveront leurs circonscriptions actuelles, et seront desservies par le même nombre d'ecclésiastiques; et quant aux portions démembrées qui seraient trop faibles pour constituer une paroisse, on s'adressera à l'évêque diocésain pour obtenir qu'elles soient annexées à quelque autre paroisse du Canton de Genève.

3. Dans les mêmes communes cédées par S. M., si les habitans protestans n'égalent point en nombre les habitans catholiques, les maîtres d'école seront toujours catholiques. Il ne sera établi aucun temple protestant, à l'exception de la ville de Carouge qui pourra en avoir un.

4. Les officiers municipaux seront toujours au moins pour les deux tiers catholiques; et spécialement sur les trois individus qui occuperont les places de maire et de deux adjoints, il y en aura toujours deux catholiques.

En cas que le nombre des protestans vint dans quelques communes à égaler celui des catholiques, l'égalité et l'alternative seront établies, tant pour la formation du conseil municipal, que pour celle de la mairie. En ce cas cependant, il y aura toujours un maître d'école catholique, quand même on en établirait un protestant.

On n'entend pas par cet article, d'empêcher que des individus protestans, habitant une commune catholique, ne puissent, s'ils le jugent à propos, y avoir une chapelle particulière pour l'exercice de leur culte, établie à leurs frais, et y avoir, également à leurs frais, un maître d'école protestant pour l'instruction particulière de leurs enfans.

Il ne sera point touché, soit pour les fonds et revenus, soit pour l'administration, aux donations et fondations pieuses existantes, et on n'empêchera pas les particuliers d'en faire de nouvelles.

5. Le gouvernement fournira aux mêmes frais que fournit le gouvernement actuel, pour l'entretien des ecclésiastiques et du culte.

6. L'église catholique actuellement existante à Genève y sera maintenue, telle qu'elle existe, à la charge de l'état, ainsi que les lois éventuelles de la constitution de Genève l'avaient déjà décrété; le curé sera logé et doté convenablement.

7. Les communes catholiques, et la paroisse de Genève continueront à faire partie du diocèse qui régira les provinces du Chablais et du Faucigny, sauf qu'il en soit réglé autrement par l'autorité du Saint-Siège.

8. Dans tous les cas, l'évêque ne sera jamais troublé dans les visites pastorales.

9. Les habitans des territoires cédés sont pleinement assimilés, pour les droits civils et politiques, aux Gênois de la ville; ils les exerceront communément avec eux, sauf la réserve des droits de propriété de cité ou de commerce.

10. Les enfans catholiques seront admis dans les maisons d'éducation publique: l'enseignement de la religion n'y aura pas lieu en commun, mais séparément, et on emploiera à cet effet, pour les catholiques, des ecclésiastiques de leur communion.

11. Les biens communaux ou propriétés appartenans aux nouvelles communes, leur seront conservés, et elles continueront à les administrer comme par le passé, et à employer les revenus à leur profit.

12. Ces mêmes communes ne seront point sujettes à des charges plus considérables que les anciennes communes.

13. S. M. le Roi de Sardaigne se réserve de porter à la connaissance de la diète helvétique, et d'appuyer par le canal de ses agens diplomatiques auprès d'elle, toute réclamation à laquelle l'inexécution des articles ci-dessus pourrait donner lieu.

Art. IV. Tous les titres terriers et documens concernant les choses cédées, seront remis par S. M. le Roi de Sardaigne au Canton de Genève, le plus-tôt que faire se pourra.

Art. V. Le traité conclu à Turin le 3. du mois de Juin 1754, entre S. M. le Roi de Sardaigne et la république de Genève, est maintenu pour tous les articles auxquels il n'est point dérogé par la présente transaction; mais S. M. voulant donner au Canton de Genève une preuve particulière de sa bienveillance, consent néanmoins à annuler la partie de l'art. XIII du susdit traité qui interdisait aux citoyens de Genève, qui se trouvaient dès lors avoir des maisons et biens situés en Savoie, la faculté d'y faire leur habitation principale.

Art. VI. S. M. consent par les mêmes motifs à prendre des arrangements avec le Canton de Genève, pour faciliter la sortie de ses états, des denrées destinées à la consommation de la ville et du Canton.

Vienne le 29 Mars 1815.

Signés: *de Saint-Marsan.*

Autriche.

Le Prince de Metternich.

Le Baron de Wessenberg.

Espagne.

Gomez Labrador.

France.

Talleyrand. Le Duc de Dalberg. Le Comte Alexis de Noailles.

Grande-Bretagne.

Clancarty.

Cathcart.

Stewart, L. G.

Portugal.

Le Comte de Palmella.

Ant. de Saldanha da Gama.

Lobo da Silveira.

Prusse.

Le Prince de Hardenberg.

Le Baron de Humboldt.

Russie.

Comte de Rasoumoffsky.

Le Comte de Stackelberg.

Le Comte de Nesselrode.

Suède.

Le Comte de Loewenhielm.

Acte
par lequel la neutralité de la Suisse a été reconnue
par les alliés,

en date de Paris du 20. Nov. 1815.

Après que l'accession de la Suisse à la déclaration rendue à Vienne le 20. Mars 1815, par les puissances qui ont signé la paix de Paris, eut été communiquée dans les formes aux ministres de cours impériales et royales par la résolution de la diète en date du 27. Mars, rien ne s'opposait plus à l'expédition de l'acte de reconnaissance et de garantie de la neutralité perpétuelle de la Suisse dans ses nouvelles frontières, telles qu'elles sont fixées par la présente déclaration. Cependant les puissances ont jugé à propos de différer la signature de cet acte jusqu'à présent, pour être à même d'avoir égard aux changemens que les évènements de la guerre et les réunions qui s'en suivraient, pourraient encore apporter aux frontières de la Suisse, ainsi qu'aux modifications qui en résulteraient par rapport au territoire qui doit avoir part aux avantages de la neutralité helvétique.

Ces changemens étant maintenant déterminés par le traité de Paris d'aujourd'hui, les puissances qui ont signé la déclaration de Vienne du 20. Mars, reconnaissent d'une manière formelle et authentique par le présent acte la neutralité perpétuelle de la Suisse, et lui garantissent l'inviolabilité de son territoire, circonscrit dans ses nouvelles limites, telles qu'elles sont fixées par le congrès de Vienne et la paix de Paris d'aujourd'hui, et telles qu'elles le seront encore ultérieurement en conformité de l'extrait du protocole ci-joint, en date du 3. Novembre, lequel accorde à la confédération helvétique une nouvelle augmentation de territoire, qui doit être pris sur le territoire de la Savoie pour arrondir le canton de Genève, et lui réunir les portions de territoire qu'il embrasse.

Les puissances reconnaissent également la neutralité des parties de la Savoie, qui sont désignées, dans la déclaration du congrès de Vienne en date du 20. Mars, et dans la paix de Paris d'aujourd'hui, comme devant avoir part à la neutralité de la Suisse, de même que si elles en faisaient partie.

Les puissances signataires de la déclaration du 20. Mars font connaître d'une manière authentique par le présent acte, que la neutralité et l'inviolabilité de la Suisse, ainsi que son indépendance de toute influence étrangère, est conforme aux véritables intérêts de la politique européenne.

Elles déclarent en outre qu'on ne peut ni ne doit tirer aucune conséquence désavantageuse à la neutralité et à l'inviolabilité de la Suisse, des évènements qui ont occasionné le passage de troupes alliées par une partie du territoire de la confédération suisse.

Le passage accordé volontairement par les cantons dans la convention du 20. Mars, a été une suite nécessaire de l'accession libre de la Suisse aux principes que les puissances signataires du traité d'alliance du 25. Mars, ont manifestés.

Les puissances reconnaissent avec satisfaction que les habitants de la Suisse ont montré dans ce moment d'épreuve quels grands sacrifices ils avaient fait pour le bien général, et pour la cause défendue par toutes les puissances de l'Europe, et qu'ils étaient dignes des grands avantages qui leur ont été accordés par les résolutions du congrès de Vienne, et par la paix de Paris d'aujourd'hui, ainsi que par le présent acte auquel toutes les puissances de l'Europe sont invitées d'accéder.

En foi de quoi, la présente déclaration a été donnée et signée à Paris le 20. Novembre 1815.

Signé: Le Prince de Metternich. Le Baron de Richelieu. Castlereagh. Wellington. Le Prince de Hardenberg. Le Baron de Humboldt. Le Prince de Rasoumofsky. Le Comte Capo d'Istria.

Bundesverfassung

der

Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Im Namen Gottes des Allmächtigen!

Die schweizerische Eidgenossenschaft, in der Absicht, den Bund der Eidgenossen zu befestigen, die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu erhalten und zu fördern, hat nachstehende Bundesverfassung angenommen:

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Die durch gegenwärtigen Bund vereinigten Völkerschaften der zwei und zwanzig souveränen Cantone, als: Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden (ob und nid dem Wald), Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (Stadt und Land), Schaffhausen, Appenzell (beider Rhoden), St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf bilden in ihrer Gesamtheit die schweizerische Eidgenossenschaft.

Art. 2. Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen Aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.

Art. 3. Die Cantone sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist, und üben als solche alle Rechte aus, welche nicht der Bundesgewalt übertragen sind.

Art. 4. Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich. Es gibt in der Schweiz keine Unterthanenverhältnisse, keine Vorrechte des Orts, der Geburt, der Familien oder Personen.

Art. 5. Der Bund gewährleistet den Cantonen ihr Gebiet, ihre Souveränität inner der Schranken des Artikels 3, ihre Verfassungen, die Freiheit, die Rechte des Volkes und die verfassungsmässigen Rechte der Bürger gleich den Rechten und Befugnissen, welche das Volk den Behörden übertragen hat.

Art. 6. Die Cantone sind verpflichtet, für ihre Verfassungen die Gewährleistung des Bundes nachzusuchen.

Der Bund übernimmt diese Gewährleistung, insofern

a) sie nichts den Vorschriften der Bundesverfassung Zuwiderlaufendes enthalten;

b) sie die Ausübung der politischen Rechte nach republikanischen — repräsentativen oder demokratischen — Formen sichern;

c) sie vom Volke angenommen worden sind und revidirt werden können, wenn die absolute Mehrheit der Bürger es verlangt.

Art. 7. Besondere Bündnisse und Verträge politischen Inhalts zwischen den Cantonen sind untersagt.

Dagegen steht ihnen das Recht zu, Verkommnisse über Gegenstände der Gesetzgebung, des Gerichtswesens und der Verwaltung unter sich abzuschliessen; jedoch haben sie dieselben der Bundesbehörde zur Einsicht vorzulegen, welche, wenn diese Verkommnisse etwas dem Bunde oder den Rechten anderer Cantone Zuwiderlaufendes enthalten, deren Vollziehung zu hindern befugt ist. Im entgegengesetzten Falle sind die betreffenden Cantone berechtigt, zur Vollziehung die Mitwirkung der Bundesbehörden anzusprechen.

Art. 8. Dem Bunde allein steht das Recht zu, Krieg zu erklären und Frieden zu schliessen, Bündnisse und Staatsverträge, namentlich Zoll- und Handelsverträge mit dem Auslande einzugehen.

Art. 9. Ausnahmsweise bleibt den Cantonen die Befugnis, Verträge über Gegenstände der Staatswirthschaft, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei mit dem Auslande abzuschliessen; jedoch dürfen dieselben nichts dem Bunde oder den Rechten anderer Cantone Zuwiderlaufendes enthalten.

Art. 10. Der amtliche Verkehr zwischen Cantonen und auswärtigen Staatsregierungen, sowie ihren Stellvertretern, findet durch Vermittlung des Bundesrathes statt.

Ueber die im Art. 9 bezeichneten Gegenstände können jedoch die Cantone mit den untergeordneten Behörden und Beamten eines auswärtigen Staates in unmittelbaren Verkehr treten.

Art. 11. Es dürfen keine Militärcapitulationen abgeschlossen werden.

Art. 12. Die Mitglieder der Bundesbehörden, die eidgenössischen Civil- und Militärbeamten und die eidgenössischen Repräsentanten oder Commissarien

dürfen von auswärtigen Regierungen weder Pensionen oder Gehalte, noch Titel, Geschenke oder Orden annehmen.

Sind sie bereits im Besitze von Pensionen, Titeln oder Orden, so haben sie für ihre Amtsdauer auf den Genuss der Pensionen und das Tragen der Titel und Orden zu verzichten.

Untergeordneten Beamten und Angestellten kann jedoch vom Bundesrath der Fortbezug von Pensionen bewilligt werden.

Art. 13. Der Bund ist nicht berechtigt stehende Truppen zu halten.

Ohne Bewilligung der Bundesbehörde darf kein Canton oder in getheilten Cantonen kein Landestheil mehr als 300 Mann stehende Truppen halten, die Landjägercorps nicht inbegriffen.

Art. 14. Die Cantone sind verpflichtet, wenn Streitigkeiten unter ihnen vorkommen, sich jeder Selbsthülfe, sowie jeder Bewaffnung zu enthalten und sich der bundesmässigen Entscheidung zu unterziehen.

Art. 15. Wenn einem Cantone vom Auslande plötzlich Gefahr droht, so ist die Regierung des bedrohten Cantons verpflichtet, andere Cantone zur Hülfe zu mahnen, unter gleichzeitiger Anzeige an die Bundesbehörde und unvorgreiflich den spätern Verfügungen dieser letztern. Die gemahnten Cantone sind zum Zuzuge verpflichtet. Die Kosten trägt die Eidgenossenschaft.

Art. 16. Bei gestörter Ordnung im Innern, oder wenn von einem andern Cantone Gefahr droht, hat die Regierung des bedrohten Cantons dem Bundesrath sogleich Kenntniss zu geben, damit dieser inner der Schranken seiner Competenz (Art. 90, Nr. 3. 10 und 11) die erforderlichen Massregeln treffen oder die Bundesversammlung einberufen kann. In dringenden Fällen ist die betreffende Regierung befugt, unter sofortiger Anzeige an den Bundesrath, andere Cantone zur Hülfe zu mahnen, und die gemahnten Stände sind zur Hülfeleistung verpflichtet.

Wenn die Cantonsregierung ausser Stande ist, Hülfe anzusprechen, so kann, und wenn die Sicherheit der Schweiz gefährdet wird, so soll die competente Bundesbehörde von sich aus einschreiten.

In Fällen eidgenössischer Intervention sorgen die Bundesbehörden für Beachtung der Vorschriften von Art. 5.

Die Kosten trägt der mahnende oder die eidgenössische Intervention veranlassende Canton, wenn nicht die Bundesversammlung wegen besonderer Umstände etwas Anderes beschliesst.

Art. 17. In den durch Art. 15 und 16 bezeichneten Fällen ist jeder Canton verpflichtet, den Truppen freien Durchzug zu gestatten. Diese sind sofort unter eidgenössische Leitung zu stellen.

Art. 18. Jeder Schweizer ist wehrpflichtig.

Art. 19. Das Bundesheer, welches aus den Contingenten der Cantone gebildet wird, besteht

a) aus dem Bundesauszug, wozu jeder Canton auf 100 Seelen schweizerischer Bevölkerung 3 Mann zu stellen hat;

b) aus der Reserve, deren Bestand die Hälfte des Bundesauszuges beträgt.

In Zeiten der Gefahr kann der Bund auch über die übrigen Streitkräfte (die Landwehr) eines jeden Cantons verfügen.

Die Mannschaftsskala, welche nach dem bezeichneten Massstabe das Contingent für jeden Canton festsetzt, ist alle zwanzig Jahre einer Revision zu unterwerfen.

Art. 20. Um in dem Bundesheere die erforderliche Gleichmässigkeit und Dienstfähigkeit zu erzielen, werden folgende Grundsätze festgesetzt:

1) Ein Bundesgesetz bestimmt die allgemeine Organisation des Bundesheeres.

2) Der Bund übernimmt

- a. den Unterricht der Genietruppen, der Artillerie und der Kavallerie, wobei jedoch den Cantonen, welche diese Waffengattungen zu stellen haben, die Lieferung der Pferde obliegt;
- b. die Bildung der Instructoren für die übrigen Waffengattungen;
- c. für alle Waffengattungen den höhern Militärunterricht, wozu er namentlich Militärschulen errichtet und Zusammenzüge von Truppen anordnet;
- d. die Lieferung eines Theiles des Kriegsmaterials.

Die Centralisation des Militärunterrichts kann nöthigenfalls durch die Bundesgesetzgebung weiter entwickelt werden.

3) Der Bund überwacht den Militärunterricht der Infanterie und der Scharfschützen, sowie die Anschaffung, den Bau und Unterhalt des Kriegszugs, welches die Cantone zum Bundesheere zu liefern haben.

4) Die Militärverordnungen der Cantone dürfen nichts enthalten, was der eidgenössischen Militärorganisation und den den Cantonen obliegenden bundesmässigen Verpflichtungen entgegen ist, und müssen zu diessfälliger Prüfung dem Bundesrathe vorgelegt werden.

5) Alle Truppenabtheilungen im eidgenössischen Dienste führen ausschliesslich die eidgenössische Fahne.

Art. 21. Dem Bunde steht das Recht zu, im Interesse der Eidgenossenschaft oder eines grossen Theiles derselben, auf Kosten der Eidgenossenschaft öffentliche Werke zu errichten oder die Errichtung derselben zu unterstützen.

Zu diesem Zwecke ist er auch befugt, gegen volle Entschädigung das Recht der Expropriation geltend zu machen. Die nähern Bestimmungen hierüber bleiben der Bundesgesetzgebung vorbehalten.

Die Bundesversammlung kann die Errichtung öffentlicher Werke untersagen, welche die militärischen Interessen der Eidgenossenschaft verletzen.

Art. 22. Der Bund ist befugt, eine Universität und eine polytechnische Schule zu errichten.

Art. 23. Das Zollwesen ist Sache des Bundes.

Art. 24. Dem Bunde steht das Recht zu, die von der Tagsatzung bewilligten oder anerkannten Land- und Wasserzölle, Weg- und Brücken-

gelder, verbindliche Kaufhaus- und andere Gebühren dieser Art, mögen dieselben von Cantonen, Gemeinden und Corporationen oder Privaten bezogen werden, gegen Entschädigung ganz oder theilweise aufzuheben. Diejenigen Zölle und Weggelder, welche auf dem Transit lasten, sollen jedenfalls im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft und zwar gleichzeitig eingelöst werden.

Die Eidgenossenschaft hat das Recht, an der schweizerischen Grenze Eingangs- Ausgangs- und Durchgangszölle zu erheben.

Sie ist berechtigt, gegenwärtig für das Zollwesen bestimmte Gebäulichkeiten an der schweizerischen Grenze gegen Entschädigung entweder als Eigenthum oder miethweise zur Benutzung zu übernehmen.

Art. 25. Bei Erhebung der Zölle sollen folgende Grundsätze beachtet werden:

1) Eingangsgebühren:

- a. Die für die inländische Industrie erforderlichen Stoffe sind im Zolllarif möglichst gering zu taxiren.
- b. Ebenso die zum nothwendigen Lebensbedarf erforderlichen Gegenstände.
- c. Die Gegenstände des Luxus unterliegen der höchsten Taxe.

2) Durchgangsgebühren, und in der Regel auch die Ausgangsgebühren, sind möglichst mässig festzusetzen.

3) Durch die Zollgesetzgebung sind zur Sicherung des Grenz- und Marktverkehrs geeignete Bestimmungen zu treffen.

Dem Bunde bleibt immerhin das Recht vorbehalten, unter ausserordentlichen Umständen, in Abweichung von vorstehenden Bestimmungen, vorübergehend besondere Massnahmen zu treffen.

Art. 26. Der Ertrag der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszölle wird folgendermassen verwendet:

a) Jeder Canton erhält 4 Batzen auf den Kopf nach dem Massstab der Gesamtbevölkerung, welche nach der Volkszählung von 1838 berechnet wird.

b) Wenn ein Canton hierdurch für die nach Art. 24 aufgehobenen Gebühren nicht hinlänglich gedeckt wird, so hat er noch so viel zu beziehen, als erforderlich ist, um ihn für dieselben Gebühren nach dem Durchschnitt des Reinertrages der fünf Jahre 1842 bis und mit 1846 zu entschädigen.

c) Die Mehreinnahme fällt in die Bundeskasse.

Art. 27. Wenn Zölle, Weg- und Brückengelder für Tilgung eines Baucapitals oder eines Theiles desselben bewilligt worden sind, so hört der Bezug derselben oder die Entschädigung auf, sobald das Capital oder der betreffende Theil nebst Zinsen gedeckt ist.

Art. 28. Den in bereits abgeschlossenen Eisenbahnverträgen über Transitgebühren enthaltenen Verfügungen soll durch gegenwärtige Bestimmungen kein Abbruch geschehen. Dagegen tritt der Bund in die durch solche Verträge den Cantonen in Beziehung auf die Transitgebühren vorbehaltenen Rechte.

Art. 29. Für Lebensmittel, Vieh und Kaufmannswaaren, Landes- und Gewerbeerzeugnisse jeder Art sind freier Kauf und Verkauf, freie Ein-, Aus- und Durchfuhr von einem Canton in den andern gewährleistet.

Vorbehalten sind

- a) In Beziehung auf Kauf und Verkauf das Salz- und Pulverregal.
- b) Polizeiliche Verfügungen der Cantone über die Ausübung von Handel und Gewerbe und über die Benutzung der Strassen.

c) Verfügungen gegen schädlichen Vorkauf.

d) Vorübergehende sanitätspolizeiliche Massregeln bei Seuchen.

Die in Litt. b und c bezeichneten Verfügungen müssen die Cantonsbürger und die Schweizerbürger anderer Cantone gleich behandeln. Sie sind dem Bundesrathe zur Prüfung vorzulegen und dürfen nicht vollzogen werden, ehe sie die Genehmigung desselben erhalten haben.

e) Die von der Tagsatzung bewilligten oder anerkannten Gebühren, welche der Bund nicht aufgehoben hat (Art. 24 und 31).

f) Die Consumogebühren auf Wein und andern geistigen Getränken, nach Vorschrift von Art. 32.

Art. 30. Der Bundesgesetzgebung bleibt vorbehalten, hinsichtlich der Abschaffung bestehender Vorrechte in Bezug auf Transport von Personen und Waaren jeder Art zwischen den Cantonen und im Innern derselben auf dem Wasser und auf dem Lande die nöthigen Verfügungen zu treffen, so weit die Eidgenossenschaft hiebei ein Interesse hat.

Art. 31. Der Bezug der im Art. 29 Litt. e bezeichneten Gebühren steht unter der Aufsicht des Bundesrathes. Sie dürfen nicht erhöht und der Bezug derselben darf ohne Genehmigung der Bundesversammlung, wenn er auf eine bestimmte Zeit beschränkt war, nicht verlängert werden.

Die Cantone dürfen weder Zölle, Weg- noch Brückengelder unter irgend welchem Namen neu einführen. Von der Bundesversammlung können jedoch auf bestimmte Zeit solche Gebühren bewilligt werden, um die Errichtung öffentlicher Werke zu unterstützen, welche im Sinne des Art. 21 von allgemeinem Interesse für den Verkehr sind und ohne solche Bewilligung nicht zu Stande kommen könnten.

Art. 32. Die Cantone sind befugt, ausser den nach Art. 29 Litt. e vorbehaltenen Berechtigungen, von Wein und andern geistigen Getränken Consumogebühren zu erheben, jedoch unter folgenden Beschränkungen:

a) Bei dem Bezug derselben soll der Transit in keiner Weise belästigt und der Verkehr überhaupt so wenig als möglich gehemmt und mit keinen andern Gebühren belegt werden.

b) Werden die für den Verbrauch eingeführten Gegenstände wieder aus dem Canton ausgeführt, so sind die bezahlten Consumogebühren ohne weitere Belästigung zurückzuerstatten.

c) Die Erzeugnisse schweizerischen Ursprungs sind mit niedrigeren Gebühren zu belegen als diejenigen des Auslandes.

d) Consumogebühren auf Wein und andern geistigen Getränken schweizerischen Ursprungs dürfen da, wo solche schon bestehen, nicht erhöht, und in Cantonen, welche noch keine beziehen, nicht eingeführt werden.

e) Die Gesetze und Verordnungen der Cantone über den Bezug der Consumogebühren sind der Bundesbehörde vor Vollziehung derselben zur Gutheissung vorzulegen, damit die Nichtbeachtung vorstehender Grundsätze verhindert werden kann.

Art. 33. Das Postwesen im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft wird vom Bunde übernommen unter folgenden Vorschriften:

1) Die gegenwärtig bestehenden Postverbindungen dürfen im Ganzen ohne Zustimmung der theiligten Cantone nicht vermindert werden.

2) Die Tarife werden im ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft nach den gleichen möglichst billigen Grundsätzen bestimmt.

3) Die Unverletzbarkeit des Postgeheimnisses ist gewährleistet.

4) Für Abtretung des Postregals leistet der Bund Entschädigung, und zwar nach folgenden nähern Bestimmungen:

a. Die Cantone erhalten jährlich die Durchschnittssumme des reinen Ertrages, den sie in den drei Jahren 1844, 1845 und 1846 vom Postwesen auf ihrem Cantonalgebiete bezogen haben.

Wenn jedoch der reine Ertrag, welchen der Bund vom Postwesen bezieht, für Bestreitung dieser Entschädigung nicht hinreicht, so wird den Cantonen das Mangelnde nach Verhältniss der festgesetzten Durchschnittssummen in Abzug gebracht.

b. Wenn ein Canton vom Postwesen unmittelbar noch gar nichts, oder in Folge eines mit einem andern Canton abgeschlossenen Pachtvertrags bedeutend weniger bezogen hat, als die Ausübung des Postregals auf seinem Gebiete demjenigen Canton, der dasselbe gepachtet hatte, erweislichermassen rein ertragen hat, so sollen solche Verhältnisse bei Ausmittlung der Entschädigungssumme billige Berücksichtigung finden.

c. Wo die Ausübung des Postregals an Privaten abgetreten worden ist, übernimmt der Bund die diessfällige Entschädigung.

d. Der Bund ist berechtigt und verpflichtet, das zum Postwesen gehörige Material, soweit dasselbe zum Gebrauche tauglich und erforderlich ist, gegen eine den Eigenthümern abzureichende billige Entschädigung zu übernehmen.

e. Die eidgenössische Verwaltung ist berechtigt, die gegenwärtig für das Postwesen bestimmten Gebäulichkeiten gegen Entschädigung entweder als Eigenthum oder aber nur miethweise zur Benutzung zu übernehmen.

Art. 34. Bei der Verwaltung des Zoll- und Postwesens sind die Angestellten grösstentheils aus den Einwohnern derjenigen Cantone zu wählen, für welche sie bestimmt sind.

Art. 35. Der Bund übt die Oberaufsicht über die Strassen und Brücken, an deren Erhaltung die Eidgenossenschaft ein Interesse hat.

Die nach Artikel 26 und 33 den Cantonen für Zölle und Posten zukommenden Summen werden von der Bundesbehörde zurückbehalten, wenn diese Strassen und Brücken von den betreffenden Cantonen, Corporationen oder Privaten nicht in gehörigem Zustand unterhalten werden.

Art. 36. Dem Bunde steht die Ausübung aller im Münzregale begriffenen Rechte zu.

Die Münzprägung durch die Cantone hört auf und geht einzig vom Bunde aus.

Es ist Sache der Bundesgesetzgebung, den Münzfuss festzusetzen, die vorhandenen Münzsorten zu tarifiren und die nähern Bestimmungen zu treffen, nach welchen die Cantone verpflichtet sind, von den von ihnen geprägten Münzen einschmelzen oder umprägen zu lassen.

Art. 37. Der Bund wird auf die Grundlagen des bestehenden eidgenössischen Concordates für die ganze Eidgenossenschaft gleiches Mass und Gewicht einführen.

Art. 38. Fabrication und Verkauf des Schiesspulvers im Umfange der Eidgenossenschaft stehen ausschliesslich dem Bunde zu.

Art. 39. Die Ausgaben des Bundes werden bestritten

- a) aus den Zinsen der eidgenössischen Kriegsfonds;
- b) aus dem Ertrag der schweizerischen Grenzzölle;
- c) aus dem Ertrag der Postverwaltung;
- d) aus dem Ertrag der Pulververwaltung;
- e) aus Beiträgen der Cantone, welche jedoch nur in Folge von Beschlüssen der Bundesversammlung erhoben werden können.

Solche Beiträge sind von den Cantonen nach Verhältniss der Geldscala zu leisten, welche alle zwanzig Jahre einer Revision zu unterwerfen ist. Bei einer solchen Revision sollen theils die Bevölkerung, theils die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse der Cantone zur Grundlage dienen.

Art. 40. Es soll jederzeit wenigstens der Betrag des doppelten Geldcontingentes für Bestreitung von Militärkosten bei eidgenössischen Aufgeboten baar in der Bundeskasse liegen.

Art. 41. Der Bund gewährleistet allen Schweizern, welche einer der christlichen Confessionen angehören, das Recht der freien Niederlassung im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft, nach folgenden nähern Bestimmungen:

1) Keinem Schweizer, der einer der christlichen Confessionen angehört, kann die Niederlassung in irgend einem Canton verweigert werden, wenn er folgende Ausweisschriften besitzt:

- a. einen Heimathschein oder eine andere gleichbedeutende Ausweisschrift;
- b. ein Zeugniß sittlicher Aufführung;
- c. eine Bescheinigung, dass er in bürgerlichen Rechten und Ehren stehe; und wenn er auf Verlangen sich ausweisen kann, dass er durch Vermögen, Beruf oder Gewerbe sich und seine Familie zu ernähren im Stande sei.

Naturalisirte Schweizer müssen überdiess die Bescheinigung beibringen, dass sie wenigstens fünf Jahre lang im Besitze eines Cantonsbürgerrechtes sich befinden.

2) Der Niedergelassene darf von Seite des die Niederlassung gestattenden Cantons mit keiner Bürgschaft und mit keinen andern besondern Lasten behufs der Niederlassung belegt werden.

3) Ein Bundesgesetz wird die Dauer der Niederlassungsbewilligung, so wie das Maximum der zu Erlangung derselben an den Canton zu entrichtenden Kanzleigebühren bestimmen.

4) Der Niedergelassene geniesst alle Rechte der Bürger des Cantons, in welchem er sich niedergelassen hat, mit Ausnahme des Stimmrechts in Gemeindeangelegenheiten und des Mitantheiles an Gemeinde- und Corporationsgütern. Insbesondere wird ihm freie Gewerbsausübung und das Recht der Erwerbung und Veräusserung von Liegenschaften zugesichert, nach Massgabe der Gesetze und Verordnungen des Cantons, die in allen diesen Beziehungen den Niedergelassenen dem eigenen Bürger gleich halten sollen.

5) Den Niedergelassenen anderer Cantone können von Seite der Gemeinden keine grössern Leistungen an Gemeindelasten auferlegt werden, als den Niedergelassenen des eigenen Cantons.

6) Der Niedergelassene kann aus dem Canton, in welchem er niedergelassen ist, weggewiesen werden

a. durch gerichtliches Strafurtheil;

b. durch Verfügung der Polizeibehörden, wenn er die bürgerlichen Rechte und Ehren verloren hat, oder sich eines unsittlichen Lebenswandels schuldig macht, oder durch Verarmung zur Last fällt, oder schon oft wegen Uebertretung polizeilicher Vorschriften bestraft werden musste.

Art. 42. Jeder Cantonsbürger ist Schweizerbürger. Als solcher kann er in eidgenössischen und cantonalen Angelegenheiten die politischen Rechte in jedem Canton ausüben, in welchem er niedergelassen ist. Er kann aber diese Rechte nur unter den nämlichen Bedingungen ausüben, wie die Bürger des Cantons und in Beziehung auf die cantonalen Angelegenheiten erst nach einem längern Aufenthalte, dessen Dauer durch die Cantonalgesetzgebung bestimmt wird, jedoch nicht über zwei Jahre ausgedehnt werden darf.

Niemand darf in mehr als einem Canton politische Rechte ausüben.

Art. 43. Kein Canton darf einen Bürger des Bürgerrechtes verlustig erklären.

Ausländern darf kein Canton das Bürgerrecht ertheilen, wenn sie nicht aus dem frühern Staatsverband entlassen werden.

Art. 44. Die freie Ausübung des Gottesdienstes ist den anerkannten christlichen Confessionen im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft gewährleistet.

Den Cantonen, sowie dem Bunde, bleibt vorbehalten, für Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Confessionen die geeigneten Massnahmen zu treffen.

Art. 45. Die Pressfreiheit ist gewährleistet.

Ueber den Missbrauch derselben trifft die Cantonalgesetzgebung die erforderlichen Bestimmungen, welche jedoch der Genehmigung des Bundesrathes bedürfen.

Dem Bunde steht das Recht zu, Strafbestimmungen gegen den Missbrauch der Presse zu erlassen, der gegen die Eidgenossenschaft und ihre Behörden gerichtet ist.

Art. 46. Die Bürger haben das Recht, Vereine zu bilden, sofern solche weder in ihrem Zweck noch in den dafür bestimmten Mitteln rechtswidrig oder staatsgefährlich sind. Ueber den Missbrauch dieses Rechtes trifft die Cantonalgesetzgebung die erforderlichen Bestimmungen.

Art. 47. Das Petitionsrecht ist gewährleistet.

Art. 48. Sämmtliche Cantone sind verpflichtet, alle Schweizerbürger christlicher Confession in der Gesetzgebung sowohl als im gerichtlichen Verfahren den Bürgern des eigenen Cantons gleich zu halten.

Art. 49. Die rechtskräftigen Civilurtheile, die in einem Canton gefällt sind, sollen in der ganzen Schweiz vollzogen werden können.

Art. 50. Der aufrechtstehende schweizerische Schuldner, welcher einen festen Wohnsitz hat, muss für persönliche Ansprachen vor dem Richter seines Wohnortes gesucht, und es darf daher für Forderungen auf das Vermögen eines solchen ausser dem Canton, in welchem er wohnt, kein Arrest gelegt werden.

Art. 51. Alle Abzugsrechte im Innern der Schweiz, sowie die Zugrechte von Bürgern des einen Cantons gegen Bürger anderer Cantone sind abgeschafft.

Art. 52. Gegen die auswärtigen Staaten besteht Freizügigkeit, unter Vorbehalt des Gegenrechtes.

Art. 53. Niemand darf seinem verfassungsmässigen Gerichtsstand entzogen, und es dürfen daher keine Ausnahmsgerichte eingeführt werden.

Art. 54. Wegen politischer Vergehen darf kein Todesurtheil gefällt werden.

Art. 55. Ein Bundesgesetz wird über die Auslieferung der Angeklagten von einem Canton an den andern Bestimmungen treffen; die Auslieferung kann jedoch für politische Vergehen und für Pressvergehen nicht verbindlich gemacht werden.

Art. 56. Die Ausmittlung von Bürgerrechten für Heimathlose und die Massregeln zur Verhinderung der Entstehung neuer Heimathlosen sind Gegenstand der Bundesgesetzgebung.

Art. 57. Dem Bunde steht das Recht zu, Fremde, welche die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährden, aus dem schweizerischen Gebiete wegzuweisen.

Art. 58. Der Orden der Jesuiten und die ihm affiliirten Gesellschaften dürfen in keinem Theile der Schweiz Aufnahme finden.

Art. 59. Die Bundesbehörden sind befugt, bei gemeingefährlichen Seuchen gesundheitspolizeiliche Verfügungen zu erlassen.

Zweiter Abschnitt.

B u n d e s b e h ö r d e n .

I. Bundesversammlung.

Art. 60. Die oberste Gewalt des Bundes wird durch die Bundesversammlung ausgeübt, welche aus zwei Abtheilungen besteht:

A. aus dem Nationalrath,

B. aus dem Ständerath.

A. Nationalrath.

Art. 61. Der Nationalrath wird aus Abgeordneten des schweizerischen Volkes gebildet. Auf je 20,000 Seelen der Gesamtbevölkerung wird ein Mitglied gewählt.

Eine Bruchzahl über 10,000 Seelen wird für 20,000 Seelen berechnet.

Jeder Canton und bei getheilten Cantonen jeder der beiden Landestheile hat wenigstens ein Mitglied zu wählen.

Art. 62. Die Wahlen für den Nationalrath sind directe. Sie finden in eidgenössischen Wahlkreisen statt, welche jedoch nicht aus Theilen verschiedener Cantone gebildet werden können.

Art. 63. Stimmberechtigt ist jeder Schweizer, der das zwanzigste Altersjahr zurückgelegt hat und im Uebrigen nach der Gesetzgebung des Cantons, in welchem er seinen Wohnsitz hat, nicht vom Activbürgerrecht ausgeschlossen ist.

Art. 64. Wahlfähig als Mitglied des Nationalrathes ist jeder stimmberechtigte Schweizerbürger weltlichen Standes.

Naturalisirte Schweizerbürger müssen seit wenigstens fünf Jahren das erworbene Bürgerrecht besitzen, um wahlfähig zu sein.

Art. 65. Der Nationalrath wird auf die Dauer von drei Jahren gewählt, und es findet jeweilen Gesamtterneuerung statt.

Art. 66. Die Mitglieder des Ständerathes, des Bundesrathes und von letzterem gewählte Beamte können nicht zugleich Mitglieder des Nationalrathes sein.

Art. 67. Der Nationalrath wählt aus seiner Mitte für jede ordentliche oder ausserordentliche Sitzung einen Präsidenten und Vicepräsidenten.

Dasjenige Mitglied, welches während einer ordentlichen Sitzung die Stelle eines Präsidenten bekleidete, ist für die nächstfolgende ordentliche Sitzung weder als Präsident, noch als Vicepräsident wählbar. Das gleiche Mitglied kann nicht während zwei unmittelbar auf einander folgenden ordentlichen Sitzungen Vicepräsident sein.

Der Präsident hat bei gleich getheilten Stimmen zu entscheiden; bei Wahlen übt er das Stimmrecht aus, wie jedes Mitglied.

Art. 68. Die Mitglieder des Nationalrathes werden aus der Bundeskasse entschädigt.

B. Ständerath.

Art. 69. Der Ständerath besteht aus 44 Abgeordneten der Cantone. Jeder Canton wählt zwei Abgeordnete; in den getheilten Cantonen jeder Landestheil einen Abgeordneten.

Art. 70. Die Mitglieder des Nationalrathes und des Bundesrathes können nicht zugleich Mitglieder des Ständerathes sein.

Art. 71. Der Ständerath wählt für jede ordentliche oder ausserordentliche Sitzung aus seiner Mitte einen Präsidenten und Vicepräsidenten.

Aus den Gesandten desjenigen Cantons, aus welchen für eine ordentliche Sitzung der Präsident gewählt worden ist, kann für die nächstfolgende ordentliche Sitzung weder der Präsident, noch der Vicepräsident gewählt werden.

Gesandte des gleichen Cantons können nicht während zwei unmittelbar auf einander folgenden ordentlichen Sitzungen die Stelle eines Vicepräsidenten bekleiden.

Der Präsident hat bei gleichgetheilten Stimmen zu entscheiden; bei Wahlen übt er das Stimmrecht aus wie jedes Mitglied.

Art. 72. Die Mitglieder des Ständerathes werden von den Cantonen entschädigt.

C. Befugnisse der Bundesversammlung.

Art. 73. Der Nationalrath und der Ständerath haben alle Gegenstände zu behandeln, welche nach Inhalt der gegenwärtigen Verfassung in die Competenz des Bundes gehören, und nicht einer andern Bundesbehörde zugeschrieben sind.

Art. 74. Die Gegenstände, welche in den Geschäftskreis beider Räthe fallen, sind insbesondere folgende:

1) Gesetze und Beschlüsse zur Ausführung der Bundesverfassung, wie namentlich Gesetze über Bildung der Wahlkreise, über Wahlart, über Organisation und Geschäftsgang der Bundesbehörden und Bildung der Schwurgerichte.

2) Besoldung und Entschädigung der Mitglieder der Bundesbehörden und der Bundeskanzlei; Errichtung bleibender Beamtungen und Bestimmung ihrer Gehalte.

3) Wahl des Bundesrathes, des Bundesgerichtes, des Kanzlers, des Generals, des Chefs des Stabes und eidgenössischer Repräsentanten.

4) Anerkennung auswärtiger Staaten und Regierungen.

5) Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, sowie die Gutheissung von Verträgen der Cantone unter sich oder mit dem Auslande. Solche Verträge der Cantone gelangen jedoch nur dann an die Bundesversammlung, wenn vom Bundesrath oder einem andern Canton Einsprache erhoben wird.

6) Massregeln für die äussere Sicherheit, für Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz, Kriegserklärungen und Friedensschlüsse.

7) Garantie der Verfassungen und des Gebietes der Cantone; Inter-

vention in Folge der Garantie; Massregeln für die innere Sicherheit, für Handhabung von Ruhe und Ordnung; Amnestie und Begnadigung.

8) Massregeln, welche die Handhabung der Bundesverfassung, die Garantie der Cantonalverfassungen, die Erfüllung der bundesmässigen Verpflichtungen und den Schutz der durch den Bund gewährleisteten Rechte zum Zwecke haben.

9) Gesetzliche Bestimmungen über Organisation des eidgenössischen Militärwesens, über Unterricht der Truppen und über Leistungen der Cantone; Verfügungen über das Bundesheer.

10) Festsetzung der eidgenössischen Mannschafts- und Geldscala; gesetzliche Bestimmungen über Verwaltung und Verwendung der eidgenössischen Kriegsfonds; Erhebung directer Beiträge der Cantone; Anleihen; Voranschlag und Rechnungen.

11) Gesetze und Beschlüsse über Zölle, Postwesen, Münzen, Mass und Gewicht, Fabrikation und Verkauf von Schiesspulver, Waffen und Munition.

12) Errichtung öffentlicher Anstalten und Werke und hierauf bezügliche Expropriationen.

13) Gesetzliche Verfügungen über Niederlassungsverhältnisse, über Heimathlose, Fremdenpolizei und Sanitätswesen.

14) Die Oberaufsicht über die eidgenössische Verwaltung und Rechtspflege.

15) Beschwerden von Cantonen oder Bürgern über Verfügungen des Bundesrathes.

16) Streitigkeiten unter den Cantonen, welche staatsrechtlicher Natur sind.

17) Kompetenzstreitigkeiten insbesondere darüber,

a. ob ein Gegenstand in den Bereich des Bundes oder der Cantonsouveränität gehöre;

b. ob eine Frage in die Competenz des Bundesrathes oder des Bundesgerichtes falle.

18) Revision der Bundesverfassung.

Art. 75. Die beiden Räthe versammeln sich jährlich ein Mal zur ordentlichen Sitzung an einem durch das Reglement festzusetzenden Tage.

Sie werden ausserordentlich einberufen durch Beschluss des Bundesrathes, oder wenn ein Viertel der Mitglieder des Nationalrathes oder fünf Cantone es verlangen.

Art. 76. Um gültig verhandeln zu können, ist die Anwesenheit der absoluten Mehrheit der Mitglieder des betreffenden Rathes erforderlich.

Art. 77. Im Nationalrath und im Ständerath entscheidet die Mehrheit der Stimmenden.

Art. 78. Für Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse ist die Zustimmung beider Räthe erforderlich.

Art. 79. Die Mitglieder beider Räthe stimmen ohne Instructionen.

Art. 80. Jeder Rath verhandelt abgesondert. Bei Wahlen (Art. 74, Nr. 3), bei Ausübung des Begnadigungsrechtes und für Entscheidung von

Competenzstreitigkeiten vereinigen sich jedoch beide Räthe unter der Leitung des Präsidenten des Nationalrathes zu einer gemeinschaftlichen Verhandlung, so dass die absolute Mehrheit der stimmenden Mitglieder beider Räthe entscheidet.

Art. 81. Jedem der beiden Räthe und jedem Mitglied derselben steht das Vorschlagsrecht (die Initiative) zu.

Das gleiche Recht können die Cantone durch Correspondenz ausüben.

Art. 82. Die Sitzungen der beiden Räthe sind in der Regel öffentlich.

II. Bundesrath.

Art. 83. Die oberste vollziehende und leitende Behörde der Eidgenossenschaft ist ein Bundesrath, welcher aus sieben Mitgliedern besteht.

Art. 84. Die Mitglieder des Bundesrathes werden von der Bundesversammlung aus allen Schweizerbürgern, welche als Mitglieder des Nationalrathes wählbar sind, auf die Dauer von drei Jahren ernannt. Es darf jedoch nicht mehr als ein Mitglied aus dem nämlichen Canton gewählt werden.

Nach jeder Gesammterneuerung des Nationalrathes findet auch eine Gesammterneuerung des Bundesrathes statt.

Die in der Zwischenzeit ledig gewordenen Stellen werden bei der nächstfolgenden Sitzung der Bundesversammlung für den Rest der Amtsdauer wieder besetzt.

Art. 85. Die Mitglieder des Bundesrathes dürfen keine andere Beamtung, sei es im Dienste der Eidgenossenschaft, sei es in einem Cantone, bekleiden, noch irgend einen andern Beruf oder Gewerbe treiben.

Art. 86. Den Vorsitz im Bundesrath führt der Bundespräsident, welcher, sowie auch der Vicepräsident, von den vereinigten Räthen aus den Mitgliedern desselben für die Dauer eines Jahres gewählt wird.

Der abtretende Präsident ist für das nächstfolgende Jahr weder als Präsident, noch als Vicepräsident wählbar. Das gleiche Mitglied kann nicht während zwei unmittelbar auf einander folgenden Jahren die Stelle eines Vicepräsidenten bekleiden.

Art. 87. Der Bundespräsident und die übrigen Mitglieder des Bundesrathes beziehen einen jährlichen Gehalt aus der Bundeskasse.

Art. 88. Um gültig verhandeln zu können, müssen wenigstens vier Mitglieder des Bundesrathes anwesend sein.

Art. 89. Die Mitglieder des Bundesrathes haben bei den Verhandlungen der beiden Abtheilungen der Bundesversammlung beratende Stimme und auch das Recht, über einen in Berathung liegenden Gegenstand Anträge zu stellen.

Art. 90. Der Bundesrath hat inner der Schranken der gegenwärtigen Verfassung vorzüglich folgende Befugnisse und Obliegenheiten:

1) Er leitet die eidgenössischen Angelegenheiten, gemäss der Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse.

2) Er hat für Beobachtung der Verfassung, der Gesetze und Beschlüsse des Bundes, sowie der Vorschriften eidgenössischer Concordate zu wachen; er trifft zu Handhabung derselben von sich aus oder auf eingegangene Beschwerde die erforderlichen Verfügungen.

3) Er wacht für die Garantie der Cantonalverfassungen.

4) Er schlägt der Bundesversammlung Gesetze und Beschlüsse vor und begutachtet die Anträge, welche von den Räten des Bundes oder von den Cantonen an ihn gelangen.

5) Er vollzieht die Bundesgesetze und die Bundesbeschlüsse, die Urtheile des Bundesgerichtes, sowie die Vergleiche oder schiedsrichterlichen Sprüche über Streitigkeiten zwischen Cantonen.

6) Er hat diejenigen Wahlen zu treffen, welche nicht durch die Verfassung der Bundesversammlung und dem Bundesgericht oder durch die Gesetzgebung einer andern untergeordneten Behörde übertragen werden.

Er ernennt Commissarien für Sendungen im Innern oder nach Aussen.

7) Er prüft die Verträge der Cantone unter sich oder mit dem Auslande und genehmigt dieselben, sofern sie zulässig sind. (Art. 74, Nr. 5.)

8) Er wahrt die Interessen der Eidgenossenschaft nach Aussen, wie namentlich ihre völkerrechtlichen Beziehungen, und besorgt die auswärtigen Angelegenheiten überhaupt.

9) Er wacht für die äussere Sicherheit, für die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz.

10) Er sorgt für die innere Sicherheit der Eidgenossenschaft, für Handhabung von Ruhe und Ordnung.

11) In Fällen von Dringlichkeit ist der Bundesrath befugt, sofern die Räte nicht versammelt sind, die erforderliche Truppenzahl aufzubieten und über solche zu verfügen, unter Vorbehalt unverzüglicher Einberufung der Bundesversammlung, sofern die aufgebotenen Truppen zweitausend Mann übersteigen oder das Aufgebot länger als drei Wochen dauert.

12) Er besorgt das eidgenössische Militärwesen und alle Zweige der Verwaltung, welche dem Bunde angehören.

13) Er prüft die Gesetze und Verordnungen der Cantone, welche seiner Genehmigung bedürfen; er überwacht diejenigen Zweige der Cantonalverwaltung, welche durch den Bund seiner Aufsicht unterstellt sind, wie das Militärwesen, Zölle, Strassen und Brücken.

14) Er sorgt für die Verwaltung der Finanzen des Bundes, für die Entwerfung des Voranschlages und die Stellung der Rechnungen über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes.

15) Er hat die Aufsicht über die Geschäftsführung aller Beamten und Angestellten der eidgenössischen Verwaltung.

16) Er erstattet der Bundesversammlung jeweilen bei ihrer ordentlichen Sitzung Rechenschaft über seine Verrichtungen, sowie Bericht über den Zustand der Eidgenossenschaft im Innern sowohl als nach Aussen, und wird

ihrer Aufmerksamkeit diejenigen Massregeln empfehlen, welche er zur Beförderung gemeinsamer Wohlfahrt für dienlich erachtet.

Er hat auch besondere Berichte zu erstatten, wenn die Bundesversammlung oder eine Abtheilung derselben es verlangt.

Art. 91. Die Geschäfte des Bundesrathes werden nach Departementen unter die einzelnen Mitglieder vertheilt. Diese Eintheilung hat aber einzig zum Zweck, die Prüfung und Besorgung der Geschäfte zu fördern; der jeweilige Entscheid geht von dem Bundesrathe als Behörde aus.

Art. 92. Der Bundesrath und seine Departemente sind befugt, für besondere Geschäfte Sachkundige beizuziehen.

III. Bundeskanzlei.

Art. 93. Eine Bundeskanzlei, welcher ein Kanzler vorsteht, besorgt die Kanzleigeschäfte bei der Bundesversammlung und bei'm Bundesrath.

Der Kanzler wird von der Bundesversammlung auf die Dauer von drei Jahren jeweilen gleichzeitig mit dem Bundesrath gewählt.

Die Bundeskanzlei steht unter der besondern Aufsicht des Bundesrathes.

Die nähere Organisation der Bundeskanzlei bleibt der Bundesgesetzgebung vorbehalten.

IV. Bundesgericht.

Art. 94. Zur Ausübung der Rechtspflege, so weit dieselbe in den Bereich des Bundes fällt, wird ein Bundesgericht aufgestellt.

Für Beurtheilung von Straffällen werden Schwurgerichte (Jury) gebildet.

Art. 95. Das Bundesgericht besteht aus elf Mitgliedern nebst Ersatzmännern, deren Anzahl durch die Bundesgesetzgebung bestimmt wird.

Art. 96. Die Mitglieder des Bundesgerichtes und die Ersatzmänner werden von der Bundesversammlung gewählt. Ihre Amtsdauer ist drei Jahre. Nach der Gesammterneuerung des Nationalrathes findet auch eine Gesammterneuerung des Bundesgerichtes statt.

Die in der Zwischenzeit ledig gewordenen Stellen werden bei der nächstfolgenden Sitzung der Bundesversammlung für den Rest der Amtsdauer wieder besetzt.

Art. 97. In das Bundesgericht kann jeder Schweizerbürger ernannt werden, der in den Nationalrath wählbar ist.

Die Mitglieder des Bundesrathes und die von ihm gewählten Beamten können nicht zugleich Mitglieder des Bundesgerichtes sein.

Art. 98. Der Präsident und der Vicepräsident des Bundesgerichtes werden von der Bundesversammlung aus den Mitgliedern desselben jeweilen auf ein Jahr gewählt.

Art. 99. Die Mitglieder des Bundesgerichtes werden aus der Bundeskasse durch Taggelder entschädigt.

Art. 100. Das Bundesgericht bestellt seine Kanzlei.

Art. 101. Das Bundesgericht urtheilt als Civilgericht

- 1) über Streitigkeiten, welche nicht staatsrechtlicher Natur sind,
 - a. zwischen Cantonen unter sich;
 - b. zwischen dem Bund und einem Canton;
- 2) über Streitigkeiten zwischen dem Bund einerseits und Corporationen oder Privaten andererseits, wenn diese Corporationen oder Privaten Kläger sind und der Streitgegenstand von einem beträchtlichen durch die Bundesgesetzgebung zu bestimmenden Werthe ist;
- 3) über Streitigkeiten in Bezug auf Heimathlosigkeit.

In den unter Nr. 1, Litt. a. und b. bezeichneten Fällen geschieht die Ueberweisung an das Bundesgericht durch den Bundesrath. Wenn dieser die Frage, ob ein Gegenstand vor das Bundesgericht gehöre, verneinend beantwortet, so entscheidet hierüber die Bundesversammlung.

Art. 102. Das Bundesgericht ist verpflichtet, auch die Beurtheilung anderer Fälle zu übernehmen, wenn dasselbe von beiden Parteien angerufen wird und der Streitgegenstand von einem beträchtlichen, durch die Bundesgesetzgebung festzusetzenden Werthe ist. Dabei fallen jedoch die Kosten ausschliesslich auf Rechnung der Parteien.

Art. 103. Die Mitwirkung des Bundesgerichtes bei Beurtheilung von Straffällen wird durch die Bundesgesetzgebung bestimmt, welche über Versetzung in Anklagezustand, über Bildung des Assisen- und Cassationsgerichts das Nähere festsetzen wird.

Art. 104. Das Assisengericht, mit Zuziehung von Geschwornen, welche über die Thatfrage absprechen, urtheilt

- a) in Fällen, wo von einer Bundesbehörde die von ihr ernannten Beamten zur strafrechtlichen Beurtheilung überwiesen werden;
- b) über Fälle von Hochverrath gegen die Eidgenossenschaft, von Aufruhr und Gewaltthat gegen die Bundesbehörden;
- c) über Verbrechen und Vergehen gegen das Völkerrecht;
- d) über politische Verbrechen und Vergehen, die Ursache oder Folge derjenigen Unruhen sind, durch welche eine bewaffnete eidgenössische Intervention veranlasst worden ist.

Der Bundesversammlung steht das Recht zu, hinsichtlich solcher Verbrechen und Vergehen Amnestie oder Begnadigung auszusprechen.

Art. 105. Das Bundesgericht urtheilt im Fernern über Verletzung der durch die Bundesverfassung garantirten Rechte, wenn hierauf bezügliche Klagen von der Bundesversammlung an dasselbe gewiesen werden.

Art. 106. Es bleibt der Bundesgesetzgebung überlassen, ausser den in den Art. 101, 104 und 105 bezeichneten Gegenständen auch noch andere Fälle in die Competenz des Bundesgerichtes zu legen.

Art. 107. Die Bundesgesetzgebung wird das Nähere bestimmen

- a) über Aufstellung eines Staatsanwaltes;
- b) über die Verbrechen und Vergehen, welche in die Competenz des Bundesgerichtes fallen und über die Strafgesetze, welche anzuwenden sind;

- c) über das Verfahren, welches mündlich und öffentlich sein soll;
- d) über die Gerichtskosten.

V. Verschiedene Bestimmungen.

Art. 108. Alles, was sich auf den Sitz der Bundesbehörden bezieht, ist Gegenstand der Bundesgesetzgebung.

Art. 109. Die drei Hauptsprachen der Schweiz, die deutsche, französische und italienische, sind Nationalsprachen des Bundes.

Art. 110. Die Beamten der Eidgenossenschaft sind für ihre Geschäftsführung verantwortlich. Ein Bundesgesetz wird diese Verantwortlichkeit näher bestimmen.

Dritter Abschnitt.

Revision der Bundesverfassung.

Art. 111. Die Bundesverfassung kann jederzeit revidirt werden.

Art. 112. Die Revision geschieht auf dem Wege der Bundesgesetzgebung.

Art. 113. Wenn eine Abtheilung der Bundesversammlung die Revision beschliesst und die andere nicht zustimmt, oder wenn fünfzigtausend stimmberechtigte Schweizerbürger die Revision der Bundesverfassung verlangen, so muss im einen wie im andern Falle die Frage, ob eine Revision statt finden soll oder nicht, dem schweizerischen Volke zur Abstimmung vorgelegt werden.

Sofern in einem dieser Fälle die Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger über die Frage sich bejahend ausspricht, so sind beide Räthe neu zu wählen, um die Revision zur Hand zu nehmen.

Art. 114. Die revidirte Bundesverfassung tritt in Kraft, wenn sie von der Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger und von der Mehrheit der Cantone angenommen ist.

Neufchatel.

Das Schloß Neufchatel, um welches sich nach und nach eine Stadt bildete, ist im neunten Jahrhundert erbaut und gehörte ursprünglich zum burgundischen Reich. Das Königreich Burgund kam nach dem Tode des letzten burgundischen Königs Rudolfs III. 1032 durch Erbschaft an den deutschen Kaiser Konrad II., der mit Gisela von Schwaben, einer Nichte des burgundischen Königs Rudolfs III., vermählt war. Auf diese Weise kam das Königreich Burgund, aus welchem jetzt das sogenannte Rectorat von Burgund wurde, und mit Burgund auch Neufchatel, unter die Lehensherrschaft des deutschen Kaisers. Ein Herr von Neufchatel, Ulrich III., Landgraf auf dem linken Ufer der Aar, begleitete den Herzog Berthold IV. von Zähringen (die drei letzten Rectoren von Burgund waren Herzoge von Zähringen) zum kaiserlichen Heere nach Italien, erwarb sich dort die Gunst des Kaisers Friedrich I. und wurde von demselben mit dem Ect. Immerthal, mit dem Lessenberg, Landeron und der Raftvogtei über Biel belehnt. Ihre ersten Freiheiten erhielt die Stadt Neufchatel 1214. Der Graf Ulrich von Narberg nämlich gab als Vormund seines unmündigen Neffen Berthold, Herren von Neufchatel, der Bürgerschaft in diesem Jahre in einer von ihm und seinem Mündel unterzeichneten Urkunde die nämlichen Freiheiten, welche Kaiser Friedrich der Stadt Besançon ertheilt hatte. Zugleich bestimmte er, daß der Bischof und das Domcapitel von Lausanne und das Chorherrenstift zu Neufchatel die beständigen Beschützer dieser Freiheiten und die Schiedsrichter in allen Streitigkeiten sein sollten, welche sich in Zukunft etwa zwischen der Bürgerschaft und den Herren von Neufchatel erheben würden.*) Mit dem Aussterben des Zähringer Hauses 1218 erlosch auch das Rectorat von Burgund und die dortigen Dynasten erhielten bei dem Sinken des hohenstaufischen Hauses und unter dem deutschen Interregnum eine gewisse Unabhängigkeit von der deutschen Lehnbarkeit. In den ersten Anfang dieser Periode fällt ein an sich unbedeutendes Ereigniß, welches aber den

*) Die Urkunde findet sich bei Montmollin Memoires sur le Comté de Neuchâtel tom. II. p. 271.

äußersten geschichtlichen Punkt bildet, auf den Preußen 500 Jahre später seine Ansprüche auf Neufchatel zurückführte. Der genannte Vormund des jungen Berthold vertauschte nämlich im Jahr 1218 einen Theil des neufchateler Gebiets an den Baron Gerard von Grançon, gegen das Val Travers. Dieses Val Travers war aber an die Grafen von Chalons lehnspflichtig und die Herren von Neufchatel wurden daher für diesen Theil Lehensunterthanen der Grafen von Chalons. In der Folge nahmen die Herren von Neufchatel in mehreren Fehden Partei gegen den Grafen Rudolf von Habsburg, namentlich unterstützten sie den Bischof von Basel, aus dem Hause Neufchatel, gegen den Grafen Rudolf. Als nun Rudolf 1273 deutscher Kaiser geworden war, glaubten sie Ursache zu haben, den gegen sie aufgebrachten Kaiser versöhnlich zu stimmen; namentlich schien dies nothwendig, als Amadeus von Neufchatel, dessen Vater dem Bischof von Basel gegen Rudolf beigestanden war, starb und nur einen fünfjährigen Sohn Rolin hinterließ. Die Oheime und Vormünder dieses jungen Rolin, von denen der eine Probst, der andere Chorherr des Stiftes zu Neufchatel war, beschloßen daher, um die Gunst des Kaisers ein für alle Mal zu gewinnen, da sie wußten, daß Kaiser Rudolf's Schwager, Graf Johann von Chalons, der bisher nur über das Val Travers Lehensherr der Neuenburger gewesen war, schon lange gerne seine Lehensherrschaft über das ganze neufchateler Besitzthum ausgedehnt hätte, die Lehensherrschaft über das ganze neufchateler Gebiet in die Hände des Kaisers zurückzulegen, damit dieser den Grafen von Chalons damit belehne, letzterer aber das Gebiet wieder dem jungen Rolin von Neufchatel als Afterlehen übertrage. So geschah dies auch im Jahr 1288. Am 12. Sept. 1288 wurden über diese doppelte Belehnung zwei Urkunden ausgestellt, die eine aus dem Lager des Kaisers bei Bern, die andere durch den Bischof von Lausanne.*). Die zweite Urkunde, welche das Afterlehensverhältniß Rolin's betrifft, läßt den Fall, wie es gehalten werden solle, wenn der neufchateler Mannstamm aussterbe, unberührt. Rolin schloß 1290 ein Bürgerrecht mit Freiburg, 1307 ein solches mit Bern, und im Vertrauen auf den Beistand dieser beiden Städte stellte er an den Grafen von Chalons das Verlangen, es möge in die Urkunde, welche er 1311 auszustellen hatte, der Punkt aufgenommen werden, daß in Bezug auf sein Lehen nicht das salische, sondern das burgundische Recht, nach welchem bei dem Erlöschen des Mannstammes auch die Töchter erbfähig waren, in Neufchatel Geltung haben solle. Der Graf von Chalons ging auf diese Bedingung ein**). Rolin's Sohn Ludwig (gest. 1373) hinterließ keinen Sohn, sondern nur zwei Töchter; die Erbschaft fiel also der älteren, Isabella, zu, die an den Grafen Rudolf von Nidau verheirathet war. Da sie keine Kinder hatte (sie starb 1395), so vermachte sie die Herrschaft Neufchatel an Konrad,

*) Sie finden sich bei Guinand Fragmens Neuchâtelois p. 63.

**) Die Urkunde bei Guinand Fragmens Neuchât. p. 50.

den Sohn ihrer jüngeren Stieffchwester Varenne, die mit dem Grafen Egon von Freiburg im Breisgau verheirathet war (Varenne starb 1393, zwei Jahre vor der älteren Schwester). Auf diese Weise kam Neufchatel an den Grafen Konrad von Freiburg. Der Graf Johann IV. von Chalon wollte zwar dieses Vermächtniß nicht anerkennen und das Lehen als heimgefallen einziehen; allein Konrad von Freiburg schloß am 23. April 1406, und ebenso die Gemeinde von Neufchatel an demselben Tage, mit Bern ein ewiges Bürgerrecht, demgemäß Bern auch Schiedsrichterin bei Streitigkeiten zwischen den Herren von Neufchatel und der Gemeinde sein sollte, und in Folge dieses Bündnisses trat der Graf Johann von Chalon von seinen Ansprüchen zurück, verheirathete auch später seine Tochter Maria an Konrad's von Freiburg Sohn und Nachfolger Johann. Dieser Graf Johann von Freiburg hinterließ keine Kinder und vermachte die Herrschaft Neufchatel an den Enkel einer Schwester seines Vaters, die mit einem Markgrafen von Baden-Hochberg verheirathet war. Als dieser Enkel Rudolf, Markgraf von Hochberg, von der Erbschaft Besitz nehmen wollte, protestirte das Haus Chalon und wollte diese Erbfolge nach weiblicher Seite in aufsteigender Linie nicht anerkennen; allein der Graf von Hochberg beeilte sich, die Bürgerrechte seiner Vorgänger mit Bern und Solothurn zu erneuern und das Haus Chalon konnte weder jetzt noch später, wo es in den Kriegen des Herzogs Karl, des Kühnen, von Burgund mit den Schweizern auf Seiten des Herzogs stand, Neufchatel gegen den mit den Schweizern verbundenen Grafen von Hochberg behaupten. Auch der Erzbischof von Besançon, welcher von Johann von Freiburg zum Vollzieher bestimmt worden war, verlangte, daß das Haus Chalon von seinen Ansprüchen abstehe. Die Familie Chalon beschwerte sich darüber beim Papste; dieser aber gab (1459) dem Erzbischof Recht. Eine Appellation des Hauses Chalon an den Kaiser Friedrich III., als obersten Lehenherrn, blieb bei der damaligen bedrängten Lage des Kaisers ohne Entschließung. Rudolf's v. Hochberg Sohn und Nachfolger Philipp erneuerte 1486 die Bürgerrechte mit Bern und Solothurn, und diese Städte unterstützten den Grafen Philipp sodann auch gegen Kaiser Maximilian, der nach einem Ausspruch des Reichskammergerichtes Neufchatel als verfallenes deutsches Reichslehen einziehen wollte. Bei dem Tode des Grafen Philipp von Hochberg, der von 1484 bis 1503 regiert hatte und nur eine einzige Tochter, Johanna, hinterließ, erhob das Haus Chalon seine Ansprüche von Neuem. Allein diese Johanna verheirathete sich 1504 mit Ludwig von Orleans, Herzog von Longueville, der sich des Beistandes des französischen Königs erfreute, und das Haus Chalon konnte seine Ansprüche abermals nicht zur Geltung bringen. In dem Kriege des französischen Königs Ludwig XII. mit Kaiser Maximilian ließ Ludwig von Orleans neufchateeler Soldtruppen zur französischen Armee gehen. Vergeblich warnten ihn die Schweizer, die seit dem Reichstag zu Constanz auf kaiserliche Seite getreten waren, den Kaiser nicht weiter

zu beleidigen; als er gleichwohl die Neutralität Neufchatel's nicht aufrecht erhielt, erschienen 1512 Abgeordnete der vier verburgrechteten Städte Bern, Solothurn, Luzern und Freiburg, und nahmen die Herrschaft oder, wie sie damals bereits genannt wurde, Grafschaft Neufchatel zur Sicherheit der Eidgenossenschaft unter eigene Verwaltung. Zum Rechte dieser Verwaltung wurden auch die übrigen acht Orte zugelassen, und die Grafschaft Neufchatel wurde von da an 17 Jahre hindurch von schweizerischen Landvögten regiert, die alle zwei Jahre nach der Reihenfolge der Cantone wechselten. Ludwig von Orleans starb 1523. Auf Bitten des französischen Königs Franz I. stellte die 1529 in Baden versammelte Tagsatzung seiner Wittve Johanna die Grafschaft unter der Bedingung, daß sie die Freiheiten derselben aufrecht erhalte, wieder zurück; nur Uri protestirte gegen die Rückgabe. Neufchatel blieb von jetzt an 178 Jahre im Besiz des Hauses Orleans-Longueville. Die Gräfin Marie von Longueville vereinigte 1579, nach dem Tode des Grafen Renatus von Balangin, die an Neufchatel lehenbare Grafschaft Balangin, auf welcher Marie eine Hypothek hatte, mit der Grafschaft Neufchatel; der verstorbene Graf Renatus hatte keine Söhne und seine beiden Schwiegersöhne vermochten die Hypothek nicht abzulösen. Als mit dem Prinzen Philibert 1530 das Haus Chalons-Dranten ausgestorben war und demselben mit Renatus von Nassau das Haus Nassau succedirte, suchte letzteres zwar die alten Ansprüche des Hauses Chalons auf Neufchatel wieder zur Geltung zu bringen; allein, da das Haus Orleans-Longueville von Frankreich und der Schweiz gehalten wurde, wollte ihm dies nicht gelingen; das Haus Orleans-Longueville blieb also bis zum Aussterben der Familie 1707 im Besiz.

Heinrich II. von Orleans-Longueville, der vom König von Frankreich als Bevollmächtigter auf dem westphälischen Friedenscongreß fungirte und sich dort Prince et comte souverain de Neufchâtel unterzeichnete (schon sein Vater Heinrich I. hatte angefangen, sich Fürst von Neufchatel zu nennen), hinterließ bei seinem Tode 1663 drei Kinder, 1) aus erster Ehe, mit Louise von Bourbon, einer Tochter des Grafen von Soisson, eine Tochter Marie. Sie war mit Heinrich von Savoyen, Herzog von Nemours, vermählt und hatte bei ihrer Vermählung auf die Erbschaft von Neufchatel verzichtet. 2) Aus zweiter Ehe, mit Anna von Bourbon, einer Tochter des Prinzen von Conti, einen Sohn Johann Ludwig. Er war geistesschwach, bei dem Tode seines Vaters 17 Jahre alt, trat später in den Jesuitenorden und lebte im Kloster Sct. Georg bei Rouen. 3) Karl, Graf von Saint-Paul, bei dem Tode seines Vaters 14 Jahre alt. Da Johann Ludwig geistesschwach war, so führte die Mutter Anna die Regierung. Später wurde zwischen den beiden Brüdern ein Uebereinkommen geschlossen, daß der jüngere Bruder Karl die Regierung übernehme, daß dieselbe aber, falls Karl kinderlos stürbe, wieder an den älteren Bruder, den Abbé d'Orleans, zurückfallen sollte. Karl, der mehr

Gefallen am Kriegsleben fand, machte die französischen Kriegszüge mit und kam beim Rheinübergang 1672 um's Leben. Die Mutter Anna regierte an der Stelle des Abbé, an den die Herrschaft Neufchatel jetzt wieder gefallen war, fort. Dem widersetzte sich Marie von Nemours, die Tochter Heinrich's II. aus erster Ehe, welche behauptete, daß das Recht der Erbfolge im Fürstenthum jetzt auf sie übergehe. Sie kam aus Frankreich nach Landeron, erregte dort einen Aufstand, wurde aber von Ludwig XIV. zurückgerufen. Die Wittve Anna führte die Regierung für ihren geisteschwachen Sohn bis zu ihrem Tode 1679 fort, sodann aber setzte sich Marie von Nemours, als Vormünderin ihres Stiefbruders wirklich in den Besitz derselben und behauptete sich auch darin mit Unterstützung Neufchatel's und der Schweizer. Als nun aber der Abbé d'Orleans im Jahr 1694 starb, glaubte Ludwig XIV. den Moment benützen zu müssen, um das Fürstenthum einem Glied seines Hauses zu erwerben; der Prinz von Conti brachte ein Testament zum Vorschein, in welchem der Abbé d'Orleans ihm das Fürstenthum vermacht hatte, und wurde auch sogleich von Ludwig XIV. zum rechtmäßigen Nachfolger erklärt. Die Herzogin von Nemours wandte sich um Schutz an die Schweizer, diese beriefen sich auf die Rechte Neufchatel's, bei streitiger Erbfolge selbst zu entscheiden; wirklich erschienen auch der Prinz von Conti, die Herzogin Marie von Nemours und ein Abgeordneter des Markgrafen von Baden-Durlach, der gleichfalls Ansprüche erhob, vor den drei Ständen in Neufchatel; diese aber entschieden sich für die Herzogin Marie von Nemours, unter der Bedingung, daß das Land auch ferner nur mit der Einwilligung der Stände an eine andere Familie sich vererben dürfe. Ludwig XIV. würde die Ansprüche seines Candidaten schwerlich dem Urtheile der neufchateleer Stände unterworfen haben, wenn er es nicht für gewiß angenommen hätte, daß diese Stände es nicht wagen würden, ihm, dem übermächtigen Nachbarn, entgegen zu treten; allein diese fürchteten eben diese gefährliche Nachbarschaft und verließen sich auf England. Ludwig ließ die Entscheidung der neufchateleer Stände durch das Parlament in Paris 1699 für ungültig erklären, worauf die vier mit Neufchatel verburgrechteten Cantone Bern, Lucern, Freiburg und Solothurn erwiderten, daß das Parlament in Paris über ein Land, welches dem Corpus Helvetiorum einverleibt sei, keine Jurisdiction habe. Gewalt konnte Ludwig XIV. in seiner damaligen Lage nicht wohl anwenden, um sich nicht in der Schweiz einen neuen Feind zu schaffen, um so weniger, da auch der König Wilhelm III. von England, als Erbe des Hauses Nassau-Oranien, seine Ansprüche auf Neufchatel bei dem französischen Hofe und der Schweiz angebracht hatte. König Wilhelm von England kam mit Ludwig XIV. überein, daß man die Wittve Marie von Nemours vorläufig im Besitz lassen und erst nach ihrem Tode die verschiedenen Ansprüche zur Ausgleichung bringen solle; da er aber selbst kinderlos war, so trat er am 23. Okt. 1694, noch vor dem Ableben Marien's, seine Ansprüche auf Neufchatel an den

Sohn der Schwester seines Vaters, den Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg, seit 1701 König Friedrich I. von Preußen ab (vergl. Urkunde 1).*)

Die Herzogin Marie von Nemours, welche im Schlosse von Balangin ihre Residenz aufgeschlagen hatte, starb im März 1707, acht Jahre nach diesem Streite, im 74. Lebensjahre, ohne Nachkommen zu hinterlassen: und jetzt war der Augenblick gekommen, wo die glimmende Frage eine bleibende Entscheidung erhalten sollte. Es meldeten sich nicht weniger als 15 Bewerber um das Fürstenthum; von sämmtlichen lagen die Ansprüche in ziemlicher Ferne; ein naher Erbe war nicht vorhanden. Die einen gründeten ihre Anwartschaft auf eine Verwandtschaft mit dem Hause Chalons, andere auf jene mit dem Hause Longueville; ein dritter Theil brachte irgend andere Verhältnisse vor, welche ein Recht auf das Fürstenthum geben sollten. 1) Wegen Verwandtschaft mit dem Hause Chalons erhoben Ansprüche: a) der König Friedrich I. von Preußen, b) Nassau=Diez und Nassau=Siegen, c) Margarethe von Monchy=Montcavel, Gemahlin Ludwig's von Mailly, d) der Marquis von Allegre, e) Leopold Eberhard, Prinz von Mümpelgard. 2) Auf ihre Verwandtschaft mit dem Hause Longueville stützten sich folgende Bewerber: a) der Herzog von Villeroy, b) der Graf von Matignon, c) der Prinz von Carignan, d) Louise von Bourbon=Soissons. 3) Von anderen Verhältnissen suchten Ansprüche abzuleiten die Häuser Baden, Fürstenberg und der Canton Uri; ferner erschien auch der Prinz von Conti wieder, der seine Ansprüche auf das oben erwähnte Testament des Abbé d'Orlean's gründete, und vor Allen König Ludwig XIV. selbst, der sich durch das Parlament von Besançon am 28. Okt. 1707 das Fürstenthum als ein Lehen der Barone Arlay hatte zusprechen lassen, welche einst zu den Chalons'schen Gütern in der Franche Comté gehörte; die Erben von Chalons hatten aber selbst nie auf diese Barone verzichtet.

Bei dieser großen Zahl von Bewerbern schien es das Natürlichste, daß das alte Recht der Neuchâtelers, bei Erbfolgestreitigkeiten selbst zu entscheiden, zur Anwendung komme; auch Ludwig XIV. rieth dazu,

*) Wilhelm I., Graf von Nassau, erbte das Fürstenthum Dranien, wurde von den Niederländern zum Generalcapitän erwählt und 1584 ermordet. Sein einziger Sohn, der Prinz Friedrich Heinrich hatte eine Tochter Luise Henriette, die sich 1647 mit dem großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg vermählte, und einen Sohn Wilhelm II. Der Sohn dieses Wilhelm II. war Wilhelm III., vermählt mit der Tochter des englischen Königs Jacob II. Dieser wurde von den Engländern 1688 auf den englischen Thron gerufen. Er trat seine Rechte auf Neuchâtel dem König Friedrich I. von Preußen, dem Sohn des großen Kurfürsten und der Luise Henriette ab.

weil er auf diese Weise sicherer in den Besitz des Fürstenthums zu gelangen glaubte, als durch Gewalt, welcher sich alsobald Preußen mit seinen Verbündeten entgegengestellt hätte. Allseitig wurde daher anerkannt, daß die Trois Etats in Neufchatel über die Ansprüche der verschiedenen Bewerber um den Besitz des Fürstenthums zu entscheiden hätten. Von vorne herein konnte für ausgemacht gelten, daß man sich durch die Entscheidung für einen der kleineren Competenten nur unnütze Schwierigkeiten bereite, da sich ein solcher den beiden Königen gegenüber nicht werde behaupten können; man hatte also nur die Wahl zwischen dem König von Preußen und dem König von Frankreich. Der vor-malige Kanzler der Marie von Nemours, Montmollin, dachte wohl auch daran, das Fürstenthum zur Republik zu machen und der Schweiz einzuverleiben; allein er hatte dabei die gegründeten Bedenken, daß der wohlhabende Theil der Bevölkerung der monarchischen Regierungsform zugethan sei, daß die Eifersucht zwischen Valangin und Neufchatel unter republikanischer Regierung beständige Kämpfe in Aussicht stellte, daß Neufchatel vielleicht nicht einmal als selbstständiger Canton in die Schweiz aufgenommen, sondern unter die gemeinen Herrschaften verwiesen würde, daß die katholischen Cantone eine solche Verstärkung der protestantischen nicht gerne sähen und man bei dem Versuch des Eintrittes von der Schweiz vielleicht völlig im Reich gelassen würde, daß endlich weder Preußen, noch Ludwig XIV. dies dulden und namentlich letzterer sogleich das Land besetzen würde. Handelte es sich aber nur um die Wahl zwischen Preußen und Frankreich, so mußten die Gründe für Preußen überwiegen. Der König von Preußen war allerdings der Erbe des Hauses Chalons, während Ludwig XIV. gar keine Erbschaftsansprüche hatte, der Regent Preußens war protestantisch, den Neufchatelern schien bei der Entfernung des preussischen Staates auch ihre Selbstständigkeit und freie Bewegung mehr gewahrt, während ihnen unter Ludwig nur die Unterdrückung der protestantischen Religion und demnächstige Einverleibung in Frankreich in Aussicht stand. Die Gefahr, daß sich Ludwig XIV. für die Entscheidung zu Gunsten des Königs von Preußen mit Waffengewalt an dem Fürstenthum räche, schien gerade nicht drohend; denn es war nicht ganz unbekannt, daß sich die große Coalition (der deutsche Kaiser, Preußen, England, die Generalstaaten, Savoyen) im Geheimen gegen Preußen verbindlich gemacht hatte, keinen Frieden oder Waffenstillstand mit Ludwig XIV. zu schließen, ohne daß dieser zuvor das Recht Preußens auf Neufchatel und Valangin anerkannt hätte. Im Hinterhalt lag also gegen die Folgen eines französischen Angriffes ein hinreichender Schutz; ein Angriff selbst aber war für den Augenblick deßhalb nicht zu fürchten, weil es von Ludwig höchst unklug gewesen wäre, auch noch die Schweiz seinen Gegnern zuzugesellen; denn die vier Orte Bern, Freiburg, Lucern und Solothurn, mit denen Neufchatel verburgrechtet war, hatten in einem solchen Falle die Verpflichtung zu thätigem Beistand, und da sie selbst wieder mit der übrigen Schweiz verbündet waren, so

würde die ganze Schweiz gegen Ludwig unter die Waffen gerufen worden sein.

Der König Friedrich I. von Preußen ließ sich die Erwerbung des Fürstenthums sehr angelegen sein. Nach den Ansichten jener Zeit, wo die Fürsten ihre höchste Aufgabe in der Vergrößerung ihres Gebietes fanden, schien die Erwerbung des Fürstenthums ein größerer Gewinn, als er es in der Wirklichkeit, namentlich für das entfernt liegende Preußen, sein konnte. Das Ländchen war zu klein, als daß es bei politischen Verwickelungen der Großstaaten für sich allein irgend einen Einfluß hätte üben können, Preußen aber mußte in solchen Fällen seine auf den Norden berechnete Politik führen und hatte an dem weit entlegenen Fürstenthum nicht nur keine Verstärkung seiner Macht, sondern eher ein störendes Anhängsel, das man, wenn es sich nicht unter die Neutralität der Schweiz flüchten konnte, in europäischen Krisen seinem Schicksal überlassen mußte. Schon nach dem Tode des englischen Königs Wilhelm III. 1702 ließ König Friedrich I. durch seinen Abgeordneten bei der Eidgenossenschaft, Simon Bondelt, den Staatsrath von Neuchâtel benachrichtigen, daß Wilhelm III., als Haupt der Familie Nassau-Oranien, seine Ansprüche auf Neuchâtel an ihn abgetreten habe. Als die Herzogin Marie von Nemours am 16. März 1707 gestorben war, schickte er seinen Gesandten beim deutschen Reichstag, den Grafen Ernst von Metternich, im April nach Bern und Neuchâtel. Dieser verbreitete eine Staatschrift, worin die Ansprüche Preußens auseinandergesetzt waren (*Traité sommaire des droits du roi de Prusse à la principauté de Neuchâtel*, 40 Seiten in Folio, die Schrift soll Leibniz zum Verfasser haben*), stellte die Vortheile da, welche für Neuchâtel aus einer Verbindung mit dem protestantischen Preußen hervorgehen würden, versprach im Namen des Königs den Einwohnern die möglichste Förderung ihrer Interessen und vollständige Anerkennung ihrer Rechte und Freiheiten. Auch die Verbündeten des Königs von Preußen machten bei Neuchâtel und den Schweizern ihren Einfluß für den König geltend; die Königin Anna von England wandte sich in zwei Briefen an den Staatsrath und die vier Ministres von Neuchâtel, ebenso die Generalstaaten, die auch an die eidgenössische Tagsatzung schrieben und Denkschriften vertheilten; Kaiser Joseph I. und König Karl XII. von Schweden sandten Schreiben an Bern. Doch

*) Eine deutsche Staatschrift für die Rechte Preußen's erschien unter dem Titel: Hohenhard, Preussisch-Neuenburg und dessen Gerechtsame, 1708 in 4. Die nassauischen Ansprüche sind auseinandergesetzt in der Schrift: *Memoire des droits du feu roi Guillaume sur la Comté de Neuchâtel*, 1703 in Fol.; die französischen in den *Memoires de la paix d'Utrecht*, Utrecht 1712, tom. 4. Ferner erwähnen wir Gundling's *histor. Nachrichten von der Grafschaft Neuchâtel und Balangin und deren Erläuterung*. Frankfurt. u. Leipzig. 1708 in 8.

auch Ludwig XIV. blieb nicht unthätig. Sein Bevollmächtigter bei der Eidgenossenschaft, Marquis de Puisieux, wandte sich an die katholischen Cantone und wurde dabei vom päpstlichen Nuntius in Lucern unterstützt, den der Pabst beauftragt hatte, den preussischen Interessen so viel nur möglich entgegen zu treten; auch von französischer Seite wurden Schriften verbreitet; ganz besonders aber suchte man durch Einschüchterung zu wirken, indem man das Gerücht verbreitete, ein französisches Heer sei bereits im Anzug. Die katholische Gemeinde des Fürstenthums Landern protestirte auch wirklich gegen die preussische Regentschaft; die drei Stände aber (sie hatten ihre Sitzungen über die Souveränitätsfrage am 28. Juli 1707 begonnen) wiesen diese Protestation zurück und entschieden sich am 3. Nov. 1707 für den König Friedrich I. von Preußen. Sie erklärten, das Fürstenthum habe ursprünglich dem Hause Chalons zugehört, dessen Erben ihre Ansprüche auf dasselbe niemals aufgegeben hätten. Vom Hause Chalons habe es rechtlich übergehen sollen an den Prinzen Wilhelm von Nassau, den Niederländer, welchen alle europäischen Mächte für den gesetzlichen Erben der Güter und Rechte des Hauses Nassau-Drantien anerkannt hätten. Ein Sohn dieses Wilhelm von Nassau sei Friedrich Heinrich, ein Sohn dieses Friedrich Heinrich Wilhelm II., ein Sohn dieses Letzteren König Wilhelm III. von England gewesen. Da König Wilhelm III. keine Nachkommen hinterlassen habe, so sei unstreitig König Friedrich I. von Preußen als Sohn der Luise von Nassau, Tochter des genannten Prinzen Friedrich Heinrich, der wahre und rechtmäßige Erbe des Fürstenthums. Die Herren von den drei Ständen sprachen daher durch einen freien und vollgültigen Beschluß dem König Friedrich I. von Preußen die Investitur mit dem Fürstenthum zu; derselbe möge es besitzen frei (*indépendant*), ohne Andere damit zu belehnen (*inalienable*) und untheilbar (*indivisible*), aber auch die Freiheiten der Bürger und der übrigen Bevölkerung, die von früheren Landesherren ertheilten Concessionen und die mit den benachbarten Staaten eingegangenen Verträge und Verbürgschaften (*les traités d'alliance et de combourgeoisie faits et dressés avec les états voisins*) aufrecht erhalten (vergl. Urkunde 2). So war also König Friedrich I. von Preußen zu seiner großen Freude in den Besitz von Neufchatel und Valangin gekommen. Er bestätigte den Einwohnern ihre Rechte und erklärte, die Neutralität des Landes aufrecht halten zu wollen. Der Graf von Metternich übernahm sogleich nach der Erklärung der Stände als Statthalter die Regierung und ließ am folgenden Tage seinem König als souveränen Fürsten von Drantien, Neufchatel und Valangin huldigen. Ludwig XIV. sandte zwar am Ende des Jahres 1708 einige Truppen, die sich des Ländchens bemächtigen sollten; als sich aber die Schweizer widersetzten, ließ er von dem Unternehmen ab, um seinen übrigen Gegnern nicht auch die Schweiz noch beizufügen. Im utrechter Frieden gestand er sodann der Krone Preußen den Besitz von Neufchatel förmlich zu. (Artikel 9 bis 11 des zwischen Frankreich und Preußen zu Utrecht

aufgerichteten Friedensinstruments; wir haben die Stelle diplom. Handb. Band I, S. 144 abgedruckt). Neuchâtel stand also fortan in dem doppelten Verhältniß: 1) zu dem König von Preußen, welcher Souverän des Landes war, jedoch unter der Beschränkung, welche ihm die Anerkennung der alten Rechte und Verträge des Fürstenthums auferlegte, und 2) zu der Schweiz, indem es mit den vier Cantonen Bern, Freiburg, Solothurn, Lucern verburgrechtet war. Da diese Cantone wiederum den Schutz der übrigen Schweiz für die Aufrechterhaltung dieses Verhältnisses in Anspruch nehmen konnten, so stand Neuchâtel zu der Schweiz überhaupt in dem Verhältniß eines schutzverwandten Bundesstaates. Die verburgrechteten Cantone hatten aber nicht nur die Verpflichtung, dem Fürstenthum bei Angriffen von Außen Beistand zu leisten, sondern auch den Regenten und die Bürgerschaft in ihren Rechten zu schützen und bei Streitigkeiten zwischen beiden als Schiedsrichter einzutreten; letzterer Punct war in dem zwischen dem Herrn und der Bürgerschaft von Neuchâtel mit der Stadt Bern am 23. April 1406 für ewige Zeiten geschlossenen Burgrecht ausdrücklich ausgesprochen.

Neuchâtel wurde fortan durch preussische Gouverneure regiert und befand sich wohl. Die Könige von Preußen achteten die Freiheiten, und bei politischen Verwicklungen kam dem Fürstenthum seine doppelte Stellung zu Preußen und zur Eidgenossenschaft sehr wohl zu Statten. Denn gab es Dissidien zwischen Frankreich und der Schweiz, so schützte die Einwohner ihr Verhältniß zu Preußen, entstand Krieg zwischen Frankreich und Preußen, so stützten sie sich auf ihre Verbindung mit der neutralen Schweiz. Zwischen den Einwohnern und der preussischen Regierung kamen nur ein paar Mal ernstlichere Mißhelligkeiten vor; so 1760, als Friedrich, der Große, den von der Compagnie des Pasteurs, weil er sich auf der Kanzel gegen die Ewigkeit der Höllestrafen erklärt hatte, abgesetzten Pfarrer Petitpierre in Ponts in Schutz nahm; 1767 über die Art der Steuerhebung, welche Friedrich, der Große, verpachtet hatte. Letztere Bewegung war ohne Zweifel durch einen Baron Tott gefördert worden, einen Commissär des französischen Ministers Choiseul, welcher letztere die Unzufriedenheit benützen wollte, um das Fürstenthum an Frankreich zu bringen. In beiden Fällen wurde die Streitsache dem Schiedsrichteramt von Bern vorgelegt; den ersten Fall, wobei die Compagnie des Pasteurs das Recht des Königs, für Petitpierre einzuschreiten, nicht anerkennen wollte, brachten die neuchâtelers fünf Staatskörper bei Bern an, und Petitpierre blieb abgesetzt; den zweiten Fall der König selbst, und erhielt Recht; worauf Friedrich den unbeliebten Vicegouverneur Michel aus Neuchâtel abrief und statt dessen den General Lentulus 1768 zum wirklichen Gouverneur einsetzte, welcher zur Sicherung des Friedens für die Zukunft, mit Hülfe des Professors Clavel de Brenles, eine sogenannte Pacification zu Stande brachte. In derselben war festgesetzt, daß es dem König freistehen solle, in welcher Weise er seine Einkünfte beziehen wolle, nur dürfe mit der Art der Erhebung keine Last verbunden

werden; wo der Gebrauch bestanden, den Körnerwerth nach einem jährlich festgesetzten Durchschnittspreis zu erheben, was man Abri nannte, da solle dieser Abri wiederhergestellt werden. Beamte sollen in Zukunft nur auf Untersuchung und Beschluß des Staatsrathes unter Genehmigung des Königs abgesetzt werden können. Gemeinden und Staatskörperschaften haben das Versammlungsrecht, müssen der Regierung jedoch vorher Anzeige von dem Gegenstand der Verhandlung machen. Die Jagd soll allen Einwohnern, unter Aufrechthaltung der besonderen Rechte einiger Gemeinden, freistehen. Bei Unruhen in der Stadt Neufchatel hat der Staatsrath erst dann mit Militär einzuschreiten, wenn die Stadtbehörden nicht mehr im Stande sind, die Ruhe herzustellen. Diese Bestimmungen wurden sowohl von den Staatskörperschaften, als von der Generalversammlung der neufchateleer Bürger anerkannt und vom König bestätigt.

In den Verwicklungen der Schweiz mit Frankreich (1798) hielten es die Schweizer selbst für vortheilhafter, daß sich Neufchatel zur Deckung der dortigen Grenze gegen Frankreich für neutral erkläre. Neufchatel trat also auch nicht in die von den Franzosen 1798 gegründete helvetische Republik ein, sondern genoß unter der Regierung Preußens einer friedlichen Stellung. Wohl aber war vorauszusehen, daß Napoleon bei der Ausdehnung seiner Macht das kleine, an den Grenzen Frankreichs gelegene Fürstenthum nicht übersehen, sondern die erste günstige Gelegenheit ergreifen werde, sich dasselbe anzueignen. Diese Gelegenheit bot sich dar nach der gewonnenen Schlacht bei Austerlitz (2. Dez. 1805). Der preußische Minister v. Haugwitz erschien damals im Lager Napoleon's und schloß am 25. Dez. 1805 mit demselben im Namen des Königs von Preußen eine Convention, nach welcher Preußen das Fürstenthum Ansbach, Cleve mit Wesel und Neufchatel an Napoleon abtrat und dagegen Hannover erhielt. Der förmliche Abtretungsvertrag wurde zu Paris am 15. Febr. 1806 abgeschlossen. Am 28. Febr. erließ der König Friedrich Wilhelm III. ein Schreiben an die Neufchateleer, worin er ihnen diese Veränderung mit Bedauern anzeigte und bemerkte, daß dieses freiwillige Abtreten im Interesse der Neufchateleer selbst liege, weil es ihnen ein besseres Schicksal bereite, als der Fall der Eroberung. Am 9. März, wo diese Erklärung im Staatsrath verlesen wurde, erließ derselbe ein Ergebnisschreiben an Napoleon und eine Zuschrift an den König von Preußen, worin die schmerzlichen Empfindungen niedergelegt waren, welche die Trennung von Preußen in den Einwohnern des Fürstenthums hervorgerufen habe.

So wenig, als bei größeren Territorialveränderungen in jener Zeit, war bei dem Uebergange Neufchatel's an Frankreich von einem Rechte der Einwohner, ihre Zustimmung zu einer Veränderung des Regenten zu geben, die Rede. Es würde völlig vergeblich gewesen sein, wenn Preußen an Napoleon erklärt hätte, er dürfe das Fürstenthum ohne Zustimmung der Neufchateleer nicht abtreten. Auch unterließen die Neufchateleer selbst jede Protestation, und die verburgrechteten Cantone

konnten nicht entfernt daran denken, die alte Verbindung des Fürstenthums mit der Schweiz zur Geltung zu bringen. Neuchâtel war jetzt von der Schweiz völlig getrennt und dem französischen Reiche einverleibt. Der General Dubinot, der am 18. März mit 2500 Franzosen einrückte, sagte in seiner Proclamation ganz kurz, er komme, um im Namen seines Kaisers und Königs von dem Fürstenthum Besitz zu nehmen. Schon am 30. März 1806 übergab Napoleon das Fürstenthum an seinen Kriegsminister Berthier als erbliches französisches Lehen, um es mit dem Titel eines Prinzen und Herzogs von Neuchâtel als volles Eigenthum mit allen Rechten eines Souveräns zu besitzen (*pour la posséder en toute propriété et souveraineté*) und dasselbe auf seinen legitimen und natürlichen Mannsstamm nach der Folge der Erstgeburt (*ses enfans mâles légitimes et naturels par ordre de primogéniture*) zu vererben (Urkunde 3 und 4). Die Gemeinden und die Staatskörper hatten jetzt in die Regierung Nichts mehr zu reden; der Staatsrath, an dessen Spitze Berthier einen gewissen Lespérut sandte, regierte allein, Berthier selbst, welcher in den acht Jahren, während welcher er das Fürstenthum besaß, gar nie nach Neuchâtel gekommen ist, gab seine Verordnungen durch Decrete aus den Feldlagern. Die Steuern der Einwohner wurden ansehnlich erhöht; auch mußte das Fürstenthum ein Bataillon zur französischen Armee stellen und vollzählig erhalten.

Als mit dem Verluste der Schlacht bei Leipzig die Gewaltherrschaft Napoleon's in Europa gebrochen war, dachte der König von Preußen daran, Neuchâtel wieder an sich zu bringen. Der Baron v. Chambrier, preussischer Gesandter bei der Eidgenossenschaft, machte am 25. Januar 1814 in einer Proclamation den Neuchâtelern bekannt, daß er in der Eigenschaft eines provisorischen Gouverneurs des Königs von Preußen von dem Fürstenthum Besitz ergreife. Die Bürgerschaften von Neuchâtel, Landeron, Boudry und Valangin antworteten darauf in einem Schreiben vom 3. Febr. 1814, worin sie, als die Organe des Fürstenthums, ihre Freude über diesen Entschluß des Königs von Preußen und zugleich ihre Huldigung in ehrerbietigen Ausdrücken an den Tag legten. Die förmliche Zurückstellung von Seiten des Fürsten Berthier, dem dafür eine jährliche Pension von 25,000 Franken zugesichert wurde, geschah in Folge des ersten pariser Friedens am 2. Juli 1814. Der König von Preußen that in den Erklärungen bei dieser Besitznahme keine Erwähnung von einer Anerkennung der alten Rechte der Einwohner bezüglich ihres Verhältnisses zum Landesherrn; auch machten die Neuchâteler ebensowenig, wie die alten mit ihnen in einem Burgrechtsverhältniß gestandenen Cantone, irgend einen Anspruch auf eigene Entscheidung oder mindestens Zustimmung bei diesem abermaligen Wechsel des Regenten. Neuchâtel kam durch Beschluß der Mächte wieder an Preußen in einem Verhältniß, wo die alten Rechte bereits aufgehoben waren, und wenn bei den neuesten Verwicklungen wiederholt von Seite der Schweizer darauf hingewiesen wurde, daß diese beiden Regentenwechsel (Berthier und Rückkehr

an Preußen) ungesetzlich gewesen seien, weil sie nicht aus einem Beschluß der Neuchâtelers hervorgegangen, so ist darauf zweierlei zu erwidern. Einmal haben diese Regentenwechsel allerdings die Zustimmung der Neuchâtelers erhalten; denn es ist dagegen weder von den Neuchâtelern selbst, noch von den Schweizern eine Protestation erfolgt, auch dem König von Preußen bei seiner Uebernahme weder von den Neuchâtelern noch von den Mächten vorgeschrieben worden, daß er nur unter Aufrechthaltung der alten und veralteten Rechte der drei Stände und der fünf Staatskörper die Souveränität über das Fürstenthum wieder antreten könne. Sodann aber sind ähnliche alte Rechtsverhältnisse, sowohl von Seiten der Fürsten als der Völker, auch anderwärts durch größere politische Bewegungen aufgehoben und neue Rechtsverhältnisse darauf gegründet worden, ohne daß die Betheiligten daran denken könnten, an die alten Zustände zu recurriren. Es sind namentlich in der napoleonischen Periode so viele weit empfindlichere Verluste an Rechten, und häufig zum Besten der Völker, vor sich gegangen, wie die Mediatisirung vieler kleinen Fürsten, die Aufhebung der geistlichen Territorien, der Reichsstädte u. s. f., ohne daß es den Betheiligten einfiel, darüber eine beständige vergebliche Anklage zu führen, daß in Vergleich mit den Veränderungen in anderen Staaten die Beschwerden der Schweizer über Beeinträchtigung der Rechte Neuchâtel's durch die Krone Preußen sehr am unrechten Orte erscheinen müssen, denn man sieht in der That nicht ein, warum die Neuchâtelers in Europa mehr Recht haben sollten, als die Bewohner Deutschland's, Italien's, der Niederlande u. s. f., über welche der wiener Congreß, trotz einer Jahrhunderte lang bestandenen Selbstständigkeit, gleichfalls verfügt hat, ohne sie zu fragen. Ganz Europa würde in Verwirrung gerathen, wenn alle durch die napoleonische Periode beeinträchtigten Stände, Städte und vormaligen Herrschaften, wie die Neuchâtelers, ihre vormaligen Rechte zur Geltung bringen wollten! — Die Krone Preußen hat, wie in alten Zeiten, so auch in neueren das Fürstenthum mit Wohlwollen behandelt; der König hat den Einwohnern am 18. Juni 1814 von London aus eine Constitution gegeben, in welcher die alten Verhältnisse möglichst berücksichtigt sind; er hat dafür gesorgt, daß dem Lande durch Aufnahme als 21. Canton in die schweizer Eidgenossenschaft am 17. April 1815 (wiener Congreßacte Art. 75. vergl. Urkunde 5) die Neutralität gesichert bleibe: wenn nun aber einst die kleinen Grafen und Herren von Neuchâtel bei ihren Zwistigkeiten mit der Bürgerschaft und mit anderen Dynasten über die Erbfolge die Entscheidung und Hülfe des verbürgrechteten Bern anriefen; so wird man wohl nicht erwarten, daß dies auch heut zu Tag noch vom König von Preußen geschehen solle!

Neuchâtel zahlte in dem neuen Verhältniß 700,000 Franken Civilliste an den König von Preußen und stellte, neben seinem eidgenössischen Contingent, 400 Mann geworbene Neuchâtelers zur königlichen Garde nach Berlin. Das Recht der Gesetzgebung und Besteuerung war zwischen dem König und den Landständen getheilt; zehn Mitglieder der Landstände

ernannte der König. Waren nun die materiellen Vortheile, welche das Fürstenthum aus seiner Verbindung mit Preußen zog, nicht gering, namentlich seit der Gründung des Zollvereins, wo für die neuchâtelers Uhren und Spitzen das deutsche Gebiet offen stand, das der Schweiz verschlossen blieb; so hätte man kaum erwarten sollen, daß die Parteikämpfe, welche in der Schweiz sogleich nach Vollzug der vom wiener Congreß sanctionirten neuen Organisation zur Erscheinung kamen, neben den demokratischen Bestrebungen, welche sich später in dem benachbarten Frankreich Bahn brachen, in Neuchâtel einen so störenden Einfluß auf die Verhältnisse zwischen Fürst und Volk üben würden. Als die Schweiz nach dem wiener Congreß ihre Selbstständigkeit wieder erlangt hatte, kam es alsbald sowohl zwischen den Bewohnern der einzelnen Cantone selbst, wo die Aristokratie wieder zu ihren alten Rechten zu gelangen suchte, als zwischen den älteren und neueren Cantonen, welche letztere eine Schmälerung der Souveränität der Einzelcantone zu Gunsten einer größern Einigung der Schweiz anstrebten, zu heftigen Conflicten. Die Regierung von Neuchâtel stellte sich bei diesen Kämpfen entschieden auf aristokratische Seite, während sich die Mehrzahl der Einwohner den Bestrebungen der Demokraten zuwandte und unverholen auf eine vollständige Trennung von der Krone Preußen hinarbeitete. Durch die französische Revolution vom Jahre 1830 erhielt die demokratische Partei in der Schweiz und auch in Neuchâtel ein entschiedenes Uebergewicht. Eine Anzahl republikanisch gesinnter Einwohner des Cantons griff im September 1831 zu den Waffen und nahm am 13. September das Schloß von Neuchâtel in Besitz; die monarchische Partei dagegen organisirte sich in Valangin; nur ein schnelles Einschreiten eidgenössischer Truppen und Commissarien verhinderte den Bürgerkrieg; der Aufstand wurde ohne Blutvergießen unterdrückt. Die am 9. Okt. 1831 versammelten Landstände verwarfen die verlangte Trennung von Preußen, nur einige Modificationen an der Verfassung wurden bewilligt. Dem preussischen Generalmajor v. Pfuel, der als königlicher Bevollmächtigter erschien, wurden von den meisten Gemeinden die bis zum 1. Nov. 1836 geforderten Unterwerfungsadressen eingesandt, der Führer der Republicaner Bourquin erklärte, daß er keine Trennung von Preußen beabsichtigte, sondern in dem König einen wohlwollenden Vater seines Volkes anerkenne und ehre. Freilich wurde von Bourquin, der sich nach Genf zurückgezogen hatte, mit Hülfe von Freischaaren bald eine neue Revolutionirung des Cantons versucht; die monarchisch gesinnten Neuchâtelers aber schlugen diesen Angriff mit leichter Mühe zurück.

Indem nun aber die neuchâtelers Regierung ihr Stimmrecht auf der Tagsatzung bei den inneren Kämpfen der Schweiz, wie dies in dem Wunsche des preussischen Cabinets lag, entschieden für das conservative und aristokratische Element geltend machte und in der Regel mit den katholisch-conservativen Cantonen stimmte, die unter dem Einfluß der Jesuiten standen, kam der protestantische Canton zu der übrigen protestantischen Schweiz in eine ganz eigenthümliche Stellung, von welcher

wohl vorauszusehen war, daß sie zu unangenehmen Verwicklungen führen werde. Als es sich im Jahr 1832 um die Anerkennung des Cantons Basel-Land handelte, stand die neuchâtelers Regierung auf Seite der Cantone Schwyz, Uri, Unterwalden und Basel-Stadt, welche auf der sarnen Conferenz am 14. Nov. 1832 erklärt hatten, daß sie die Tagsatzung nicht beschicken würden, wenn Basel-Land Zutritt erhielte. Die Tagsatzung dagegen hatte am 17. Aug. 1832 die mit dem Namen sarnen Conferenz bezeichnete Verbindung einiger Cantone für unverträglich mit den Gesetzen der Eidgenossenschaft und für aufgehoben erklärt, und bot Truppen auf, um ihrem Beschluß Nachdruck zu geben, worauf sich die genannten Cantone fügen mußten. Auf Anregung Lucern's sprach sich die Tagsatzung von 1832 insbesondere gegen Neuchâtel dahin aus, daß die monarchische Verfassung des Cantons unverträglich sei mit seinen Verhältnissen zur Eidgenossenschaft, und daß Neuchâtel sich entweder von der Eidgenossenschaft trennen, oder seine Verbindung mit Preußen lösen und Schweizercanton im vollen Umfang des Wortes werden müsse. Unter dem Einverständniß des Königs von Preußen beabsichtigte nun die neuchâtelers Regierung, die Verbindung mit der Schweiz völlig zu lösen; das preussische Cabinet trat auch mit den Großmächten wegen des Austrittes des Fürstenthums aus der Eidgenossenschaft in Verhandlung. Am 28. März 1834 übergaben Abgeordnete des neuchâtelers Staatsraths dem Borort Zürich eine vom 26. März 1834 datirte und von General v. Pfuel unterzeichnete Erklärung, daß der Staatsrath von Neuchâtel vom König von Preußen ermächtigt sei, wegen eines völligen Ausscheidens des Cantons mit der Tagsatzung in Verhandlung zu treten; Neuchâtel wolle für die Zukunft nur noch an der von den Mächten der Schweiz zugesicherten Neutralität Theil nehmen; die Zustimmung der Großmächte zu diesem Schritt, hieß es am Schluß dieses Schreibens, sei sicher. Allein die Tagsatzung ging auf den Vorschlag des Austrittes nicht ein, verlangte vielmehr, daß sich Neuchâtel nicht mehr als Fürstenthum bezeichne und die preussischen Farben ablege. Nun wollte der Staatsrath von Neuchâtel den Austritt des Cantons dadurch bethätigen, daß er 1835 die Tagsatzung nicht mehr beschickte; da letztere aber drohte, den Canton als widerspenstig mit 10,000 Mann besetzen zu lassen, wenn kein neuchâtelers Abgeordneter erschiene, so bequeme man sich, an der Tagsatzung Theil zu nehmen. Die Bestrebungen eines großen Theils der Schweizer, die Bundesgewalt auf Kosten der Cantonalselfständigkeit zu erweitern, riefen im Jahr 1843 den sogenannten Sonderbund hervor. Die katholischen Cantone Schwyz, Uri, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis verbanden sich zur Aufrechthaltung der cantonalen Selbstherrschaft und der katholischen Religion, und verhandelten unter einander über eine Trennung von den protestantischen Cantonen. Dagegen verschafften sich in den übrigen Cantonen die Bestrebungen für Austreibung der Jesuiten und Beschränkung der Cantonalsouveränität zu Gunsten der Bundes-Centralgewalt immer entschiedenere Geltung. Die in Bern am

5. Juli 1847 eröffnete Tagsatzung erklärte am 20. Juli mit $12\frac{1}{2}$ Stimmen den Sonderbund für aufgehoben und drohte, diesen Beschluß mit Waffengewalt auszuführen, wenn sich der Bund nicht sofort auflöse. Neuchâtel, obwohl protestantisch, stimmte auf dieser Tagsatzung mit den Sonderbundscantonen, welche, ebenso wie eine Note des französischen Ministers Guizot vom 2. Juli, der Mehrheit das Recht absprachen, der Minderheit derartige Beschlüsse aufzudringen. Dagegen erklärte eine Note des englischen Ministers Palmerston vom 12. Aug., daß auswärtige Mächte kein Recht hätten, sich in die inneren Angelegenheiten der Schweiz zu mischen, was die Tagsatzung ermuthigte, am 16. August auch die Revision des Bundesvertrags zu beschließen. Die Sonderbundscantone legten in der Tagsatzung vom 29. Okt. eine Wahrung ihrer politischen und kirchlichen Rechte ein; allein ihre Anträge wurden mit $12\frac{1}{2}$ gegen 8 Stimmen verworfen, worauf die sieben Abgeordneten die Versammlung verließen. Schon seit längerer Zeit hatten diese Cantone auf das Eifrigste gerüstet; die Tagsatzung beschloß jetzt, 50,000 Mann unter General Dufour gegen sie zu schicken. Neuchâtel hatte auf der Tagsatzung bisher immer Partei für den Sonderbund genommen und weigerte sich jetzt auch, sein Contingent gegen denselben zu stellen. Der König von Preußen erließ unter dem 19. Nov. 1847 eine Proclamation an die Regierung von Neuchâtel, worin er den von Neuchâtel am 29. Oktober gefaßten Beschluß, sich bei dem bevorstehenden Kriege neutral zu halten, vollständig billigte (Urkunde 6). Diesen Beschluß übergab der preussische Gesandte v. Sidow am 26. Nov. mit einer Erklärung dem Vorort Bern (Urkunde 7) und kündigte zugleich an, daß der König von Preußen den Mächten seine Stadt Neuchâtel zur Abhaltung einer Conferenz behufs der Schlichtung der schweizer Wirren vorgeschlagen habe. Von Frankreich war nämlich die Aufforderung zur gemeinsamen Beilegung der schweizer Streitigkeiten an die Großmächte ergangen und von Oestreich und Preußen auch angenommen worden; die politischen Differenzen sollten die Großmächte, die kirchlichen sollte der Papst entscheiden. Allein die bewaffnete Macht der Tagsatzung war über die Truppen der Sonderbundscantone bald Herr geworden; am 14. Nov. 1847 ergab sich Freiburg, am 21. Zug, am 24. Luzern, am 25. Unterwalden, am 27. Schwyz, am 28. Uri, am 30. Wallis. Die Tagsatzung antwortete am 2. Dez. 1847 auf die preussische Note, Neuchâtel sei im Jahr 1815 nur unter der Bedingung in die Eidgenossenschaft aufgenommen worden, daß es alle Pflichten eines schweizer Cantons erfülle; in wie weit Neuchâtel diesen Pflichten nachkomme, habe die Tagsatzung allein zu entscheiden. Was die Vermittlung der Großmächte und die beabsichtigte Conferenz in Neuchâtel anlange, so habe die Schweiz bereits selbst die Sonderbunds-Angelegenheit beendet (Urkunde 8). Die Tagsatzung verurtheilte den Canton Neuchâtel wegen der verweiger-ten Stellung seines Contingents zu einer Strafe von 300,000 Franken. Der Staatsrath beschloß, diese Summe zu zahlen, um ein Einrücken der

eidgenössischen Truppen in den Canton zu vermeiden, welches die demokratische Partei in Neuchâtel gewünscht hätte. War nun allerdings die Sonderbundsfrage durch die Schweizer selbst mit Gewalt der Waffen bereits entschieden, so wollten sich doch die Mächte hiebei nicht beruhigen, und der Zusammentritt ihrer Abgeordneten in Neuchâtel zur Ordnung der schweizer Angelegenheiten sollte gleichwohl stattfinden. Schon waren die Abgesandten in Neuchâtel versammelt, als die am 22. Febr. 1848 in Frankreich ausgebrochene Revolution und die auch in Deutschland alsbald zum Vorschein gekommene Gährung die Aufmerksamkeit der Mächte auf bedrohlichere Verhältnisse hinwies. Bei der veränderten Regierungsform in Frankreich konnte es ohnehin nicht mehr rathsam erscheinen, gegen die demokratischen Cantone Gewalt zu gebrauchen; und so ging die Conferenz ohne weitere Verhandlungen auseinander. Die Gährung in Frankreich hatte aber auch in die demokratischen Bestrebungen des Cantons Neuchâtel neuen Zunder geworfen. Schon am 28. Febr. war in Chaux de Fonds und Yverdon ein Aufstand gegen die Regierung ausgebrochen; am 29. Februar bildete sich daselbst eine provisorische Regierung und diese zog am 1. März mit etwa 1000 Aufständischen gegen Neuchâtel, rückte, ohne daß die dortige Regierung Gewalt entgegensetzte, unter dem Beifall der Bevölkerung in die Stadt ein und verlangte von den Mitgliedern der alten Regierung, daß sie ihr Amt niederlegten. Diese erklärten sich, unter dem Vorbehalt, daß der König von Preußen es genehm halte, hiezu bereit. Am 2. März ordnete die neue provisorische Regierung die Verhaftung der Mitglieder des bisherigen Staatsraths an (Urkunde 9). Dieselben wurden jedoch am 13. April 1848 wieder freigelassen, nachdem sie der König von Preußen durch Cabinetsordre vom 5. April ihres Eides entbunden hatte. Ein Decret der neuen Regierung vom 2. März erklärte den Canton für eine Republik und das monarchische Regiment für abgeschafft (Urkunde 10). Der preußische Gesandte in Bern, v. Sidow, protestirte gegen jede Verletzung der Rechte seines Königs; die von den Aufständischen herbeigerufenen eidgenössischen Commissäre erklärten auch, daß sie die Verhältnisse des Cantons zur Krone Preußen unberührt lassen wollten. Dagegen wurde die neue republikanische Verfassung, welche ein dazu einberufener Verfassungsrath entworfen hatte, von dem neuchâtelser Volk am 30. April 1848 mit 5813 gegen 4395 Stimmen angenommen und von der schweizer Tagsatzung, welche 1848 in Bern tagte, mit 21 Stimmen gegen eine garantirt; nur der Gesandte von Schwyz verweigerte in Berücksichtigung der verletzten Rechte des Königs von Preußen seine Zustimmung. Unter den großen Bewegungen, welche im Jahr 1848 ganz Deutschland in Aufregung erhielten, war die Krone Preußen zu sehr mit den deutschen und preußischen Angelegenheiten beschäftigt, als daß sie ernstliche Maßregeln zur Wahrung der Rechte des Hauses Hohenzollern auf Neuchâtel hätte ergreifen wollen. Auch schien der Besitz des Fürstenthums für Preußen nicht von so großem Werthe zu sein, daß es sich dafür der Möglichkeit

eines Krieges mit Frankreich hätte aussetzen wollen. Verzichtet hat Preußen bis jetzt nicht; es hat seine Rechte nicht nur nicht aufgegeben, sondern sie bei verschiedenen Veranlassungen förmlich gewahrt. Als die neue Regierung 1850 zur Veräußerung des fürstlichen Domänen- und Kirchengutes schritt, erklärte das preußische Cabinet unter dem 13. Juli 1850 alle solche Käufe für null und nichtig, auch ließ dasselbe am 24. Mai 1852 durch ein Protocoll der londoner Conferenz von den Großmächten die Anerkennung der Rechte Preußen's auf Neuchâtel, gemäß den Verträgen von 1815, förmlich aussprechen. Versuche der monarchischen Partei im Canton selbst, die alten Verhältnisse zu Preußen wieder herzustellen, sind bis jetzt ohne Erfolg geblieben.

Wir geben folgende Urkunden: 1) Die Erklärung, wodurch König Wilhelm III. von England seine Rechte auf Neuchâtel an den Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg abtritt, datirt vom 23. Okt. 1694. Sie findet sich abgedruckt bei Lünig, deutsches Reichsarchiv Band V. oder partis specialis dritte Abtheilung p. 280. 2) Die Urkunde, wodurch die Stände von Neuchâtel dem Kurfürsten Friedrich III. (König Friedrich I. von Preußen) das Fürstenthum Neuchâtel zusprechen. Sie findet sich bei Lünig deutsches Reichsarchiv Band V. oder partis specialis dritte Abthlg. p. 285. 3) und 4) Die Urkunden, wodurch Preußen (1806) Neuchâtel gegen Hannover vertauscht. Sie finden sich bei Martens recueil tom. VIII. 5) Die Urkunde, wodurch Neuchâtel am 17. April 1815 als 21. Canton in die Eidgenossenschaft aufgenommen wird. Findet sich bei Martens nouveau recueil tom. IV. 6) Die Erklärung des Königs von Preußen vom 19. Nov. 1847, worin derselbe die für den Sonderbundskrieg von Neuchâtel beschlossene Neutralität billigt. Findet sich bei Martens nouveau recueil général tom. XI. 7) Die Note des preuß. Gesandten v. Sidow, datirt vom 26. Nov. 1847, womit derselbe die Erklärung des Königs dem Vorort übergab. Findet sich bei Martens nouveau recueil général tom. XI. 8) Die Antwort der Tagsatzung auf diese Note, datirt vom 2. Dez. 1847. 9) Die Proclamation, wodurch sich die provisorische Regierung in Neuchâtel am 2. März 1848 constituirte. 10) Das Decret der neuen Regierung vom 2. März 1848, wodurch Neuchâtel für eine Republik und die monarchische Verfassung für abgeschafft erklärt wird. Findet sich bei Martens nouveau recueil général tom. XI.

Neufchâtel.

1. Acte

relatif à la cession de Neufchâtel au Roi de Prusse,

en date de la Haye le 23. Octobre 1691.

Guillaume Henry par la grâce de Dieu Roi de la Grande-Bretagne, Prince d'Orange, Comte de Chalon, Vis-Comte de Besançon, Ba-d'Arlay, Comte de Genève, de Nassau, Kazenellenbogen, Vianden, Diez, Lingen, Meeurs, Buyren, Leerdam, Marquis de Fervere et Vlissinge, Seigneur et Baron de Breda, de la Ville de Grave et pays de Cuicque Diest, Grimbergen, Herstal, Granendonque, Warneston, Arlay, Nosoroy, St. Vith, Daesbourg, Polanen, Willernstad, Niervaerth, Iselstein, Steenberg, St. Martensdyck, Geertruydenbergh, Turnhout, Zevenbergen, de Svaluve, Naeldwyk, Soest, Baren, Fer Eiem, Immenes, dedans et dehors Comte héréditaire d'Anvers et Besançons, Maréchal héréditaire de Hollande, Gouverneur héréditaire et Lieutenant de Gueldre, Comte de Zutphaen, Hollande, Zelande, Westfrise, Utrecht, Ober-Yssel, Drenthe, Capitain-Général héréditaire et Admiral des provinces-unies à tous ceux qui ces présentes verront salut; savoir faisons comme par la grâce de Dieu dans toutes nos actions, nous n'avons eu en vuë que le repos et la tranquillité du public et sur tout des Pays qui nous touchent. Par des liens plus particuliers que les autres, nous n'avons jusques icy pas jugé à propos de mettre en avant Notre qualité de Seigneur de Fief, et nos droits de souveraineté et de retour sur les Comtes et Comtés de Neufchâtel et Valangin, à nous écheus et de volus par les Sérénissimes Princes d'Orange, Philibert de Chalon, Rene de Nassa, et Guillaume de Nassau notre ayent, en considération que ce pays, quoi que contingu à notre portion héréditaire de Chalon, gisante en Franche Comté, n'ayant pu jouir de notre protection, ni avant ni pendant cette guerre aurait couru risque d'être exposée avec la Suisse voisine aux démarches violentes de la France, si nous découvriions prématurément notre intention à cet égard toutesfois

réfléchissant non seulement sur l'âge de Madame la Duchesse de Nemours, qui est la dernière de Longueville, mais aussi sur les dangers extraordinaires aux quels Nous pouvons être exposé pendant le cours de cette guerre: Nous avons trouvé à propos de prendre dorénavant les mesures convenables pour le maintien et la conservation de Nos droits concernant la souveraineté et la reversion des dits Comtés dans notre maison d'Orange, ou dans celle de Nos héritiers, et pour en prévenir et empêcher l'aliénation et le transport dans d'autres familles; pour ces causes et autres à ce Nous mouvants, après une mûre délibération, Nous avons cédé et transporté, cédon et transportons par les présentes à notre cousin, *Frédéric* le 3^{me} de ce nom, Margrave de Brandebourg, Archi-Chambellan et Electeur du St. Empire, Duc de Prusse, de Magdebourg, de Juilliers, de Clève, de Berg, de Stettin, de Pomeranie, des Cassubes et Wenden, en Silésie, en Crossie et Schvibus etc. Bourgrave de Nurenberg, Prince de Halberstadt, Minden et Camin, Comte de Hohenzollern, de la March et Ravensberg, Seigneur de Ravenstein et pays de Lauenburg et Butau, prérogatives, droits et actions de quel nom et de quelle nature qu'ils puissent être sur les Comtes et Comtés de Neubourg et Valangin en Suisse, en telle sorte, que s'il plaisait à Dieu de disposer de notre personne avant la conclusion de paix, ou bien avant la mort de Madame la Duchesse de Nemours, le dit Electeur notre cousin se peut servir des droits et actions, en la même sorte que si Nous les avions produits et fait valoir de Notre vivant: Mais s'il plaisait à Dieu de Nous conserver par sa grâce, alors Nous travaillerons de concert et de bonne amitié avec le dit Electeur notre cousin, à bien établir Nos droits et actions, et en vertu d'iceux Nous assurer la succession aux dits Comtés par un traité de paix, et la possession immédiate après Madame la Duchesse de Nemours, bien entendu, que quand Nous aurons été reconnus légitime souverain et successeur, dès alors la présente cession aura (après notre décès) aussi sa force et vigueur, non seulement en égard à la souveraineté et au droit de seigneur direct, mais aussi pour ce qui regarde l'usufruit et la possession immédiate des dits Comtés quand pour icelle il y aura ouverture, soit par accord, soit après le décès de Madame la Duchesse de Nemours, et partant le dit Electeur notre cousin pourra se servir de notre présente cession et transport, en la faissant avouer et confirmer par les états des dits Comtés et tous ceux à qui il appartiendra d'en prendre connaissance.

Ainsi fait et passé à la Haye ce 23. d'Octobre 1694.

Guillelmus Rex.

Par Ordre du Roi.

W. v. Schuylenburg.

2. Acte**relatif à l'extradition de Neuchâtel et Valangin
au Roi de Prusse.**

Nous *Nicolas Tribolet*, Conseiller d'Etat et Inspecteur Général des Milices de la Souveraineté de Neuchâtel et de Valangin, ci-devant Capitaine Commandant un Bataillon Suisse au service de France, savoir faisons à tous ceux qui verront les présentes, qu'après le décès de Son Altesse Sérénissime Madame Marie d'Orléans, Duchesse de Nemours, Princesse Souveraine de dits Neuchâtel et Valangin, de glorieuse mémoire, arrivé le seizième Juin dernier, les trois-états de cette Souveraineté s'étant assemblés, selon la coutume, le vingthuitième Juillet suivant, qui fut jour des six semaines après le dit décès, pour entendre les demandes et requisitions qui seraient faites, par les Hauts et Illustres Prétendants à cette dite Souveraineté, touchant la Mise en possession et l'investiture d'icelle. Ils auraient continué leurs séances plusieurs fois depuis lors, pour vaquer à l'instruction d'une grande procédure, qui se trouve au long inserée dans le Registre des dits Etats, sous la présidence du noble, généreux et puissant Seigneur Messire François Henry d'Estavay, Chevalier, Seigneur de Mollondin, Conseiller d'Etat de la Ville et Canton de Soleurre, en qualité de Gouverneur et Lieutenant Général en cette Souveraineté, lequel ayant discontinué de présider, le vingt neuvième Octobre dernier, Nous aurions été nommés, le lendemain en Conseil d'Etat, pour ce faire à cause que tous ceux qui nous précèdent, dans le dit Conseil, se trouvent juges dans les dits Etats, depuis qu'ils ont commencé de s'assembler, pour le sujet dont il s'agit, et qu'il n'a pas été jugé à propos d'en faire sortir aucun de son siège pour présider; tellement que par devant Nous présidant aux dits Etats se présentèrent, le trente et unième jour du mois d'Octobre dernier, Messieurs Ernest Eberhard Comte de Metternich, le fils, et Guillaume Frédéric Duncker, Conseiller de la Cour, Procureurs substitués de son Excellence Monsieur le Comte de Metternich, Ministre d'Etat, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de Prusse, avec le Sieur Peyrol, Conseiller et Avocat de sa dite Majesté d'une part, et Monsieur Louis Marin, Seigneur de Loisinge, Conseiller de son Altesse Royale de Savoye et Sénateur au Senat de Chambéry Procureur constitué de Son Altesse Sérénissime, Monseigneur le Prince de Carignan, avec le Sieur Fortis, Avocat de sa dite Altesse Sérénissime d'autre part: Sa dite Majesté le Roi de Prusse, sa dite Altesse Sérénissime Monseigneur le Prince de Carignan étant seuls des hauts et illustres prétendants à cette Souveraineté qui étaient restés en cause; tous les autres s'étant retirés auparavant. Et comme dans les audiences immédiatement précédentes, avait été vaqué la lecture de la procédure, après que dans celle du dit jour trente et unième Octobre on eut achevé de la lire, mes dits sieurs les Procureurs firent exposer, par les dits Avocats les droits respectifs de Sa dite Majesté le Roi de Prusse et de Sa dite Altesse Sérénissime Monseigneur le Prince de Carignan, dans des plaidoiers qu'ils con-

clurent l'un et l'autre, aux noms susdits, à ce qu'en suite de la Mise en possession à eux ci-devant accordée, l'investiture de cette Souveraineté, ses appartenances, dépendances et annexes leur fût pareillement ajugée. Surquoi nous aurions demandé le droit et jugement des mes dits sieurs des troits-états, qui étant allés en Chambre de consultation à leur retour, nous rapportèrent, par sentence qu'ayant entendu la lecture de la procédure et les plaidoiers des Avocats; ils s'ajournaient à aujourd'hui, pour vaquer au jugement de la cause. En exécution de quoi, mes dits sieurs des troits-états s'étant assemblés de nouveau; après quelques affaires qui se sont passées et qui sont portées sur le regître; nous leur aurions demandé le dit jugement, pour lequel former étant allés en chambre de consultation, à leur retour, ils nous ont déclaré qu'ayant fait rédiger par écrit leur sentence, ils nous priaient d'en faire lecture, par le Sieur Huguenin, Secrétaire du Conseil d'Etat; ce qu'il a fait, à haute voix, en ces termes: Messieurs des troits-états ayant vû et examiné les actes, titres et documens produits de la part des hauts et illustres prétendans, savoir, Sa Majesté le Roi de Prusse, Son Altesse Sérénissime Monseigneur le Prince de Carignan, Madame la Duchesse Douaire de Lesdiguiere, Monsieur le Comte de Matignon, Mademoiselle Louise Léontine Jacqueline de Bourbon, Madame la Marquise de Mailly, et Monsieur le Marquis d'Allegre, avec les inventaires raisonnés de leurs productions, aux fins de satisfaire aux appointements en preuve aux quels ils avaient été admis, pour établir leurs droits à la Souveraineté de Neufchâtel et Valangin; Et aussi considéré la retraite d'aucunes des parties, et leur volontaire désertion en cause mentionnée dans le devis de la procedure des premier et vingt neuvième du mois dernier; non obstant reconnaissance de ce tribunal et l'exécution de plusieurs sentences contradictoirement rendues et agréées de leur part, au moyen dequoi elles sont déchues de fait et de droit. Après avoir donné leur attention à l'importance de la matière et fait réflexion que cette Souveraineté et le domaine directe a appartenu originairement à la maison de Châlon; que l'utile a été réuni et consolidé à la directe, tant par le décès, sans enfans, de Jean de Fribourg arrivé en mil quatre cent cinquante sept, que par diverses ouvertures suivantes; que ces droits n'ont pas été prescrits, mais qu'ils sont de leur nature imprescriptibles, de l'aveu même de l'Avocat de Son Altesse Sérénissime Monseigneur le Prince de Carignan; que les droits de la Maison de Châlon ont été transmis légitimement en la personne de Guillaume de Nassau dit le Belgique, qui a été reconnu généralement et par toutes les Puissances de l'Europe, l'héritier universel des biens et droits de la maison de Nassau-Orange, dont lui et ses successeurs ont joui librement et dans lesquels ils ont été réintégrés, lors qu'ils y ont été troublés; que par le décès sans enfans de Guillaume trois, Roi de la Grande-Bretagne, qui était fils de Guillaume second, fils de Frédéric Henry, fils du dit Guillaume Belgique; Sa Majesté Frédéric premier Roi de Prusse, du Chef de Louise de Nassau sa Mère, fille aînée du dit Prince Frédéric Henry, se trouve

incontestablement le véritable et légitime héritier, à cet égard, de la maison de Nassau-Chalon-Orange, ce qui donne l'exclusion à Son Altesse Sérénissime Monseigneur le Prince Carignan. Pour ces causes mesdits sieurs des trois-états donnent et ajuvent, par sentence souveraine et absolue, à Sadite Majesté Frédéric premier Roi de Prusse, l'investiture de cet Etat et Souveraineté, avec ses annexes, appartenances et dépendances; pour être le dit Etat par Lui possédé comme indépendant, aliénable et indivisible, en conservant les libertés, franchises, privilèges et immunités, tant des Bourgeois que des autres peuples de cet Etat, les concessions accordées par les précédens Souverains, tant aux corps qu'aux particuliers du pays et les Traités d'alliance et de Combourgeoisie faits et dressés avec les Etats voisins. Ordonnant aux Trésorier et Receveurs de cet Etat de payer et délivrer, suivant les ordres de Sadite Majesté, ou de ceux qui auront chargé d'Elle, moyennant quoi eux et les leurs ne pourront être recherchés ni inquiétés, pour ce sujet sous quel prétexte que ce soit. Après la lecture de la dite sentence et que le Sieur Fortis Avocat de sadite Altesse Sérénissime Monseigneur le Prince de Carignan a eu fait lecture d'une certaine protestation qui, par une nouvelle sentence de Messieurs des Trois-Etats, n'a pas été admise, ainsi que le Registre en est chargé; nous avons mis en possession et invêti Sa dite Majesté le Roi de Prusse, de la dite Souveraineté de Neufchâtel et de Valangin, avec ses appartenances, dépendances et annexes, par la tradition du Sceptre que nous avons déposé entre les mains de son Excell. Monsieur le Comte de Metternich son Ministre d'Etat et son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire, lequel Messieurs des Troit-Etats avaient envoyé prendre, dans son logis, par un abrégé de leur corps, à fin d'être présent à la publication de la dite sentence, et pour prendre et recevoir la dite Mise en possession et investiture. Ce qui a été jugé et sentencé souverainement et absolument par les nobles, généraux, vertueux et prudents sieurs Louis Guy, Maire de Rochefort, Jean Jacques Sandoz, ancien Commissaire-Général, Samuel Chambrier, Chancelier et Samuel Marval, ancien Maire de Neufchâtel, tous quatre Conseillers d'Etat, pour l'Etat de la Noblesse: Jonas Hory, Docteur aux droits, Châtelain de Boudry, Simon Chevallier, Châtelain de Thiele, François Chambrier, Maire de Neufchâtel, tous trois aussi Conseillers d'Etat et François Parroset, Lieutenant du Landeron, pour le rang des Officiers; et pour le tiers Etat, les Sieurs quatre Ministraux de la Ville de Neufchâtel, nommément David Bullot, Maitrebourgeois en Chef, Frédéric Chambrier, Lieutenant de Ville, Henry Petit-Pierre et Jean Henry de Pierre, tous quatre du Conseil étroit de la dite Ville. En présence des Nobles, Gentils-hommes, Vassaux et Officiers de l'Etat, des Sieurs Doyen et Ministres de la vénérable Classe, des Sieurs Conseillers de la Ville de Neufchâtel, des Sieurs Maitresbourgeois et Députés de la Bourgeoisie de Valangin, des Députés de toutes les Justices et Communautés du pays et de plusieurs autres personnes notables et du peuple, autant que le grand poile en a pu contenir.

Au dit grand poile du Château de Neuchâtel le troisième jour du mois de Novembre, l'an de grâce mil sept cent et sept.

N. Tribolet.

Par Monsieur le Président.

Huguenin.

Secrétaire du Conseil d'Etat.

3. Rescript

de S. M. le Roi de Prusse au conseil d'état et aux états de la principauté de Neuchâtel et du comté de Valengin pour leur annoncer la cession de ce pays à la France,

en date de Berlin, le 28. Février 1806.

Frédéric Guillaume par la grâce de Dieu Roi de Prusse etc. etc.

A nos aimés et féaux, salut! L'affection paternelle que, depuis notre avènement au trône nous avons pris à tâche de témoigner en toutes occasions au pays de Neuchâtel et Valengin, doit vous faire juger des sentimens que nous éprouvons en vous adressant la présente. Elle est destinée à vous annoncer un changement que les circonstances ont rendu inévitable. Des considérations de la dernière importance, prises de l'intérêt le plus puissant de notre monarchie entière, nous ont obligé d'acquiescer à remettre entre les mains de S. M. l'Empereur des Français le soin du bonheur futur de cet état. Quelque désir que nous eussions de continuer à y travailler nous mêmes, et quelque peine profonde que nous ressentions de nous séparer de sujets estimables, dont nous avons toujours hautement apprécié la loyauté et l'attachement, nous ne pouvons nous dissimuler combien cette résignation volontaire était préférable pour vous au sort d'un pays de conquête dont, sous d'autres rapports, vous étiez menacés; d'ailleurs la distance de votre pays, par sa position géographique, se trouvant hors du centre de nos états, ne nous permet pas de le faire jouir d'une protection directe et efficace, et cette situation le faisant nécessairement dépendre de l'empire français, tant pour son approvisionnement que pour les relations de culture, de commerce et d'industrie, nous devons penser que les liens plus étroits qui vont l'attacher à cet empire, pourront devenir pour ses habitans une nouvelle source de bien-être et de prospérités. Aussi notre intention est elle de contribuer, autant qu'il dépendra de nous, par notre intercession et nos bons offices auprès du gouvernement français, à leur assurer les avantages qu'il peut désirer. Vous devez être convaincus en général et nous vous chargeons de témoigner en toutes occasions, que nous prendrons toujours à ce pays et à ses habitans un vif et sincère intérêt, et que la mémoire de leur dévouement

et fidélité ne s'effacera jamais de notre coeur. — La sagesse du puissant souverain auquel leur sort est remis, nous permet d'espérer en toute confiance l'accomplissement des vœux ardens que nous formons pour eux. Nous avons nommé notre chambellan et envoyé extraordinaire près le corps helvétique, le Baron de Chambrier d'Oleyres, pour soigner de notre part et en qualité de notre commissaire royal, la remise de cette province à celui que S. M. l'Empereur des Français aura choisi pour en prendre possession en son nom; il est muni à cet égard des pouvoirs requis, et nous lui avons également adressé nos instructions relativement aux objets de finances, par rapport auxquels nous avons à coeur de donner aux sujets dont nous nous séparons à regret, une dernière preuve de notre amour et de notre désir de leur être utile. Nous sommes persuadés que vous seconderez le Baron de Chambrier en tout ce qui dépendra de vous dans la commission dont il est chargé; il l'est en particulier de vous déclarer déliés, ainsi que tous les officiers publics, du serment qu'ils ont prêté à notre maison, et de les remercier tous du zèle et de la fidélité dont ils nous ont fait preuve, en les assurant des sentimens inaltérables d'intérêt et de bienveillance sur lesquels ils peuvent compter de notre part.

Sur ce nous prions Dieu etc.

A Berlin, le 28. Février 1806.

Signé: *Frédéric Guillaume.*
Reck. Hardenberg.

A. Décret

de S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie qui transfère la principauté de Neuchâtel au maréchal Berthier,

en date du 30. Mars 1806.

Napoléon, par la grâce de Dieu et les constitutions, Empereur des Français et Roi d'Italie, à tous présens et à venir, salut:

Voulant donner à notre cousin le maréchal Berthier, notre grand-veneur et notre ministre de la guerre, un témoignage de notre bienveillance pour l'attachement qu'il nous a toujours montré, et la fidélité et la talent avec lesquels il nous a constamment servi, nous avons résolu de lui transférer, comme en effet, nous lui transférons par les présentes, la principauté de Neuchâtel avec le titre de prince et duc de Neuchâtel, pour la posséder en toute propriété et souveraineté, telle qu'elle nous a été cédée par S. M. le Roi de Prusse.

Nous entendons qu'il transmettra la dite principauté à ses enfans mâles légitimes et naturels, par ordre de primogéniture, nous réservant, si sa

descendance masculine légitime et naturelle venait à s'éteindre, ce que Dieu ne veuille, de transmettre la dite principauté aux mêmes titres et charges, à notre choix, et ainsi que nous le croirons convenable pour le bien de nos peuples et l'intérêt de notre couronne.

Notre cousin le maréchal Berthier prêterait en nos mains, et en sadite qualité de prince et duc de Neuchâtel, le serment de nous servir en bon et loyal sujet. Le même serment sera prêté à chaque vacance par ses successeurs.

Nous ne doutons pas qu'ils n'héritent de ses sentimens pour nous, et qu'ils ne nous portent ainsi qu'à nos descendans, le même attachement et la même fidélité.

Nos peuples de Neuchâtel mériteront par leur obéissance envers leur nouveau souverain la protection spéciale qu'il est dans notre intention de leur accorder constamment.

Donné en notre palais des Tuileries, le 30. Mars 1806.

Signé: *Napoléon.*

Vu par nous, archichancelier de l'empire,

Signé: *Cambacérès.*

Par l'Empereur,

le ministre secrétaire d'état,

Signé: *H. B. Maret.*

5. *Urkunde*

über die Aufnahme des Cantons Neuchâtel in den Schweizerbund

vom 7. April 1815.

Wir, die Gesandten der Cantone der Schweiz, auf der eidgenössischen Tagsatzung in Zürich ausserordentlich versammelt, thun kund und zu wissen hiermit:

Dass, nachdem die Tagsatzung der schweizerischen Eidgenossenschaft bereits unterm 12. Herbstmonat 1814 beschlossen hat, in das Begehren des souverainen Staats Neuenburg einzuwilligen und denselben als Canton in den Schweizerbund aufzunehmen, Wir es für angemessen erachtet haben, diese endliche Vereinigung nicht länger aufzuschieben, welche für beide Theile gleich vortheilhaft und geeignet ist, die seit Jahrhunderten gegenseitig bestandenen freundschaftlichen Verhältnisse durch eine völlige Gemeinschaft der Schicksale und Interessen immer mehr zu befestigen.

Zu dem Ende haben Wir ernannt und mit den erforderlichen Vollmachten versehen die Herren —, und der souveraine Stand Neuenburg die Herren —, welche hierauf denjenigen Vereinigungspunkt abgeschlossen haben, dessen Inhalt hier folgt:

Art. I. Der souveraine Staat Neuenburg wird als Canton in die schweizerische Eidgenossenschaft aufgenommen. Diese Aufnahme findet unter der ausdrücklichen Bedingung statt, dass die Erfüllung aller Verpflichtungen, welche dem Stand Neuenburg als Glied der Eidgenossenschaft obliegen, die Theilnahme dieses Standes an der Berathung der allgemeinen Angelegenheiten der Schweiz, die Ratification und Vollziehung der Beschlüsse der Tagsatzung, ausschliesslich die in Neuenburg residirende Regierung betreffen werden, ohne dass dafür eine weitere Sanction oder Genehmigung erforderlich sei.

Art. II. Der Canton Neuenburg tritt allen Bestimmungen des Bundesvertrags bei, den er gleich den übrigen Ständen der Schweiz zu beschwören hat.

Art. III. Er liefert sein Contingent zur eidgenössischen Armee in dem für alle andern Stände angenommenen Verhältnisse von zwei Mann auf hundert Seelen der ganzen Bevölkerung, nach welchem Maasstabe auf funfzigtausend Seelen das Contingent tausend Mann betragen soll.

Art. IV. Sein Geldcontingent, nach dem gleichen Verhältniss wie jenes der Stände Basel und Genf berechnet, ist auf fünf und zwanzigtausend Schweizer-Franken festgesetzt. Durch diese Bestimmung und durch jene im vorhergehenden Artikel soll indess der durch den dritten Artikel des Bundesvertrags vorbehaltenen Revision der Beiträge an Mannschaft und Geld nicht vorgegriffen sein.

Art. V. Der Staat Neuenburg ist der einundzwanzigste Canton der Schweiz; er nimmt seinen Rang in der Tagsatzung unmittelbar nach der Republik Wallis.

Art. VI. Die gegenwärtige Vereinigungsurkunde, welche von den Commissarien der Tagsatzung unterzeichnet worden, soll allsogleich den eidgenössischen Ständen und der Regierung von Neuenburg zur Ratification vorgelegt werden; so bald diese erfolgt, wird die Vereinigung vollendet und definitiv auf ewige Zeiten beschlossen sein.

6. Proclamation

**adressée par S. M. le Roi de Prusse aux autorités de
la province de Neuchâtel et de Valendis.**

Nous, Guillaume IV, par la grâce de Dieu, Roi de Prusse, Prince souverain de Neuchâtel et de Valendis, etc., après avoir pris connaissance de la résolution adoptée par le corps législatif, en date du 29. Octobre de cette année, proclamant la neutralité du pays pendant la guerre civile qui vient d'éclater en Suisse, et nous être assuré de l'assentiment complet des quatre bourgeoisies, du clergé et des organes les plus influents du pays, nous déclarons par les présentes que nous approuvons entièrement les motifs qui ont dicté cette résolution au corps législatif.

En conséquence, en notre qualité de Prince souverain, et de notre propre mouvement, nous ratifions et confirmons ladite résolution, et nous proclamons notre principauté de Neuchâtel et Valendis pays neutre et inviolable pendant toute la durée de la guerre civile, ainsi que cette neutralité et cette inviolabilité ont été déterminées par le corps législatif et le conseil d'Etat de Neuchâtel.

En foi de quoi, nous avons signé la présente déclaration, et nous y avons fait apposer le sceau de l'Etat.

Donné à Berlin, le 19. Novembre de l'an de grâce 1847, la huitième année de notre gouvernement.

Signé: *Frédéric-Guillaume.*

Contresigné: *Werther.*

7. Déclaration

du ministre de Prusse près la confédération Suisse jointe à la lettre royale relative à Neuchâtel.

A. S. Exc. le président et les membres du conseil exécutif du haut Etat et directoire fédéral de Berne.

Le soussigné, envoyé de S. M. le Roi de Prusse près la confédération Suisse, est chargé par sa cour de faire à LL. EE. les président et membres du conseil exécutif du haut Etat et directoire fédéral de Berne, et en même temps à tous les autres gouvernements cantonaux, la déclaration suivante:

Le Roi, très-gracieux maître et seigneur du soussigné, a, en sa qualité de prince souverain de Neuchâtel, par la lettre dont copie est annexée à la présente, sous la date du 19 de ce mois, daigné sanctionner et confirmer la décision „d'observer une stricte neutralité dans la guerre civile qui vient d'éclater," résolution qui a été prise par les corporations politiques du pays existant en vertu de la constitution et des lois.

Animé du désir de couvrir de sa protection non-seulement cette partie de la Suisse, mais voulant offrir à la confédération tout entière aide et protection, pour la préserver des maux de la guerre, Sa Majesté a proposé à ses hauts alliés sa ville de Neuchâtel comme point de réunion, à l'effet d'ouvrir des négociations médiatrices, dans la ferme conviction que tous les gouvernements cantonaux et les chefs des troupes respecteront strictement la neutralité de l'Etat souverain de Neuchâtel.

En portant cette communication à la connaissance de LL. EE. les président et membres du conseil exécutif du haut Etat de Berne, le soussigné doit ajouter sa déclaration que S. M. le Roi devrait considérer toute violation de cette neutralité, sanctionnée par lui comme une rupture de la paix et un acte d'hostilité commis envers Sa Majesté.

Le soussigné saisit etc.

Berne, le 26. Novembre 1847.

L. de Sidow.

S. Réponse

de la diète fédérale de la Suisse à la note de S. Exc. M. le conseiller intime de légation de Sidow, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de S. M. le Roi de Prusse près la confédération suisse.

La note datée du 26. Novembre dernier, que S. Exc. l'envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de S. M. le Roi de Prusse près la confédération suisse a adressée au directoire ainsi qu'à tous les gouvernements cantonaux, a été portée par le territoire à la connaissance de l'autorité suprême fédérale actuellement assemblée, et celle-ci a l'honneur d'y répondre comme suit;

La première condition sous laquelle le canton de Neuchâtel a été reçu comme canton dans la confédération est, d'après l'acte de réunion dès 6. Avril et 19. Mai 1815, conçue dans les termes suivans:

Art. 1. L'Etat de Neuchâtel est admis dans la confédération suisse en qualité de canton. Cette admission a lieu sous la condition expresse que l'accomplissement de tous les engagements que l'Etat de Neuchâtel contracte, comme membre de la confédération, la participation de cet Etat à la délibération des affaires générales de la Suisse, la ratification et l'exécution des arrêtés de la diète, concerneront exclusivement le gouvernement résidant à Neuchâtel, sans exiger aucune ratification ni sanction ultérieure.

D'après cette disposition claire de l'acte en question, le prince souverain de Neuchâtel est exclu de toute action sur les rapports de droit fédéral entre la confédération et le canton de Neuchâtel. Ce dernier a, en sa qualité de membre de la confédération, absolument les mêmes droits et obligations que tout autre canton, et l'article mentionné de l'acte de réunion n'a pas d'autre but que de garantir à la confédération cette assimilation de la position de Neuchâtel.

Or, S. M. le Roi de Prusse, soumettant à sa sanction un acte du corps législatif de Neuchâtel, relatif aux rapports fédéraux, communiquant en outre cette sanction officiellement à la confédération, et exigeant que, dans les affaires intérieures de la Suisse, le canton de Neuchâtel soit reconnu comme territoire neutre, la diète fédérale doit y voir une intervention impliquant contradiction avec l'art. 1. de l'acte mentionné, et réserver de la manière la plus solennelle les droits et l'indépendance de la confédération.

D'après le pacte fédéral du 7. Août 1815 et un usage qui n'a jamais été contesté, la diète suisse est compétente pour décider la question de savoir si un canton a accompli les obligations que le pacte lui impose, tout comme la diète a, dans le cas contraire, le droit de prendre toutes les mesures nécessaires pour faire respecter les droits et l'autorité de la confédération. Si elle doit en agir ainsi à l'égard d'un canton quelconque, conformément au devoir qui lui est imposé et au serment qu'elle a prêté sur le pacte, cet acte exclut nécessairement toute présomption d'offense ou d'hostilité, et la diète doit repousser l'interprétation exprimée à cet égard dans la note.

La confédération a de tout temps reconnu les droits de la principauté de Neuchâtel comme telle, et ne s'est point immiscée dans les rapports du pays avec son prince. En général, les antécédents et le propre intérêt de la confédération sont une garantie suffisante qu'elle s'efforcera constamment d'entretenir et de cultiver les rapports d'amitié avec d'autres Etats, en observant religieusement les obligations internationales. D'un autre côté, la confédération exprime toutefois la juste attente que l'on saura aussi respecter sa souveraineté et son indépendance, et elle sait que sa mission et son devoir sont de la défendre de toutes ses forces.

La diète ne peut s'empêcher de rappeler encore que, dans des circonstances parfaitement semblables, elle a proclamé déjà une fois les mêmes principes sur la position de Neuchâtel vis-à-vis de la confédération, principes qu'elle a su faire prévaloir. A cet effet, elle se permet d'appeler l'attention de S. Exc. l'envoyé de Prusse sur la note datée du 5. Septembre 1833, de M. d'Olfers, chargé d'affaires de S. M. le Roi de Prusse, et sur la réponse du directoire du 7. Septembre 1833.

A l'égard de la notification portant que S. M. le Roi de Prusse a proposé à ses hauts alliés la ville de Neuchâtel comme point de réunion pour ouvrir des négociations médiatrices touchant la Suisse, la diète se trouve dans le cas d'informer S. Exc. l'envoyé de Prusse que l'exécution armée des arrêtés de la diète contre l'alliance dite Sonderbund est terminée, attendu que tous les sept cantons se sont soumis à l'arrêté fédéral, et cela en majeure partie par voie de capitulation, et sans qu'il ait été besoin d'employer la force des armes.

Grace à la fermeté de l'autorité fédérale, au courage et à l'enthousiasme des troupes fédérales, ainsi qu'à l'habileté et à l'humanité de leurs chefs, on a réussi à rétablir en peu de temps l'ordre et la légalité. Abstraction faite de cela, la confédération doit réserver son droit de régler elle-même ses affaires, et cela à plus forte raison que dans la question actuelle il ne s'agit ni de complications avec d'autres Etats, ni d'une guerre entre quelques cantons, mais de l'emploi de la force fédérale contre des membres confédérés rénitents. Au surplus, la confédération a de nouveau fourni la preuve qu'elle a la volonté aussi bien que la force nécessaire pour réprimer énergiquement par elle-même les perturbations momentanées de la paix intérieure.

La diète saisit etc.

Berne, le 2. Décembre 1847.

9. Proclamation **du gouvernement provisoire de la république et** **canton de Neuchâtel.**

Concitoyens!

Le dernier acte de notre révolution est accompli! Aujourd'hui 2. Mars, la ville de Neuchâtel a été remise par son administration au gouvernement provisoire, qui en a fait prendre possession par le commandant militaire.

L'arrestation du conseil d'état a ensuite été ordonnée et ses membres ont été conduits dans les appartemens du château, où ils demeureront détenus jusqu'à nouvel ordre: ils y seront traités avec égards.

Dès ce moment, l'ancien gouvernement n'existe plus.

Le gouvernement provisoire est le seul au pays; et bientôt reconnue par la confédération, la république neuchâteloise va prendre son rang parmi les démocraties helvétiques.

Réjouissons-nous de l'heureux résultat de notre entreprise! Préparons l'avenir en établissant les bases solides sur lesquelles doivent reposer désormais nos institutions. Soyons fiers que cette belle réforme ait été accomplie sans une goutte de sang versé et qu'elle soit demeurée pure de tout excès. Le pays doit prendre une ferme confiance. Quand un peuple sait demander et conquérir ainsi ses droits, il est digne de les exercer.

Le gouvernement provisoire:

Château de Neuchâtel, le 2. Mars 1848.

Alexis-Marie Piaget, avocat, président.

Louis Brandt-Stauffer.

L.-Edouard Montandon, de Travers.

George Dubois, docteur.

Henri Grandjean, du Locle.

Erhard Borel.

Louis Sandoz-Morthier.

10. Décret **du gouvernement provisoire, de la même date.**

Art. 1. Le gouvernement provisoire prononce la dechéance de l'ancien gouvernement de la principauté.

Art. 2. Le régime monarchique est aboli.

Art. 3. Le canton est proclamé république: tout pour le peuple et par le peuple.

Art. 4. Toutes les victimes du pouvoir déchu rentrent dans leurs droits, et toutes poursuites pendantes pour prétendu délit politique sont mises à néant.

Art. 5. Le corps législatif est dissous, le peuple sera réuni en assemblée nationale pour procéder à la constitution du pays. Cette constitution sera établie sur des bases larges et libérales, propres à régénérer le pays et à resserrer nos liens fédéraux par une réciprocité de jouissance des droits politiques et de libre établissement.

Art. 6. Tous les fonctionnaires publics, civils et militaires sont déclarés provisoires; au besoin il sera pourvu à leur remplacement.

Art. 7. Il sera pris des mesures pour donner cours aux affaires judiciaires aussi promptement que possible. La justice sera désormais administrée au nom de la république.

Art. 8. L'échéance des effets de commerce est prorogée de vingt jours pour ceux échus au 28. Février, et de quinze jours pour ceux échus jusques à ce jour, 2. Mars.

Art. 9. Les poursuites judiciaires faites du 28. Février au 2. Mars sont déclarées nulles et non avenues en ce qui concerne les citoyens qui ont pris les armes ou rempli des fonctions auprès des comités et du gouvernement provisoire.

Art. 10. La faveur accordée par l'article précédent continuera pour les citoyens y mentionnés, aussi long-tems qu'ils demeureront au service du gouvernement de la république.

(Suivent les mêmes signatures.)
